

## V. Die politischen Parteien – Gründung und Entfaltung 1945–1949

„Tolle erste Tage! Die ganze Stadt war auf den Beinen, am Stachus wie am Marienplatz drängten sich manchmal tausendköpfige Mengen. Überall in der Altstadt stieß man auf politische Straßenredner, rundum lauschten die Zuhörer und stritten sich miteinander.“ So wie in München war es nach Kapitulation und Revolution im November 1918 im ganzen Deutschen Reich gewesen<sup>1</sup>. Alle schienen vom politischen Fieber gepackt. Der Kontrast zu den ersten Tagen und Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnte kaum größer sein. 1945 schienen die Deutschen gedommt und betäubt, ohne Interesse für politische Fragen. „Übermäßig in Anspruch genommen von vitalen Problemen wie Essen und Wohnen, und auch niedergedrückt von den Auswirkungen der langen Jahre unter NS-Diktatur und der Belastung durch die totale Niederlage“, berichtete General Lucius D. Clay im Juli 1945 nach Washington, „erscheint die große Mehrheit der Deutschen überall im Lande politisch apathisch.“<sup>2</sup>

Gleichwohl gab es in den Großstädten ebenso wie in den entlegensten Winkeln der Provinz kleine Gruppen, die schon wenige Stunden nach dem Eintreffen der alliierten Truppen in Privatwohnungen und Notunterkünften zusammensaßen, um politische Programme und erste Maßnahmen zu besprechen. Sozialdemokraten und Kommunisten, Zentrumspolitiker, Liberale und BVP-Angehörige, die während der NS-Zeit ihrer Gesinnung treu geblieben waren und in KZs, Zuchthäusern oder in der „inneren Emigration“ überlebt hatten, erhoben sich bei Kriegsende aus ihrer Deckung und gingen sofort an die Gründung von Parteien<sup>3</sup>. Daneben formierten sich vor allem in urbanen Regionen mit starker Arbeiterbewegungstradition sogenannte antifaschistische Ausschüsse, die sich zuweilen als Alternativen zu den gleichzeitig entstehenden Par-

<sup>1</sup> Karl Alexander von Müller, Mars und Venus. Erinnerungen 1914–1919, Stuttgart 1954, S. 273.

<sup>2</sup> Monthly Report of the Military Governor, U.S. Zone, Nr. 1: 20. August 1945, hrsg. von Office of Military Government for Germany (U.S.).

<sup>3</sup> Die Veröffentlichungen zur Wiedergründung von Parteien sind Legion. Vgl. u. a. Stöss, Parteien-Handbuch, 2 Bde.; Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart/Düsseldorf 1955; Alf Mintzel, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1975; Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982; Theo Pirker, Die SPD nach Hitler, München 1965; Jörg Michael Gutscher, Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, Meisenheim am Glan 1967; Hans Georg Wieck, Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, Düsseldorf 1958; ders., Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953; Leo Schwering, Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklinghausen 1963; Helga Grebing, Zur Problematik der personellen und programmatischen Kontinuität in den Organisationen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland 1945/46, in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/Köln 1976; Wolfgang Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus; Ilse Unger, Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957, Stuttgart 1979; Woller, Loritz-Partei; Henke/Woller, Lehrjahre der CSU.

teien verstanden. Ihr politisches Spektrum reichte von Sozialdemokraten über Kommunisten bis zu bürgerlichen NS-Gegnern. Eher spontane Selbsthilfeorganisationen als Vorboten oder Träger einer revolutionären Umwälzung, wirkten sie bei Aktionen zur kampflosen Übergabe ihrer Städte mit, beteiligten sie sich an der Trümmerbeseitigung und an Reparaturarbeiten an Häusern und Wohnungen oder begannen sie mit der politischen Säuberung. Außerdem fanden sich im Frühjahr 1945 kleine kirchliche Kreise, die während der NS-Zeit zur Bekennenden Kirche gehört hatten, Intellektuellenzirkel und Betriebsausschüsse zusammen und diskutierten politische Fragen<sup>4</sup>.

Nach dem Willen der Besatzungsmächte hätte es dies alles nicht geben dürfen. Die obersten Stäbe der amerikanischen Militärregierung hatten nach dem Einmarsch ihrer Truppen ein allgemeines Verbot politischer Betätigung verhängt, das erst nach der Konferenz der „Großen Drei“ in Potsdam schrittweise gelockert wurde. Die Amerikaner waren schon mehrere Monate in Deutschland, ehe sie im Frühherbst 1945 nach jeweils langwierigen Lizenzierungsverfahren die Bildung von politischen Parteien zunächst auf Kreisebene, ab Ende November 1945 auch auf Länderebene und im Februar 1946 schließlich auf Zonenebene erlaubten. Die Anträge auf Lizenzierung von Kreisparteien mußten von mindestens 25 bis 30 Personen – sogenannten sponsors – unterzeichnet sein, die über jeden Verdacht einer Mitgliedschaft in NS-Organisationen erhaben waren<sup>5</sup>. Die meisten politischen Initiativgruppen ließen sich von diesen restriktiven Bestimmungen nicht entmutigen. Im Verborgenen oder mit Duldung liberaler Militärregierungsbeamteten leiteten sie die Wieder- oder Neugründung ihrer Parteien ein, die in den Städten und Gemeinden der amerikanischen Zone wohl nur selten sehr viel anders verlief als in der mittelfränkischen Provinz um Ansbach und Fürth.

## 1. SPD und KPD – Die Linke formiert sich schnell

19. April 1945, die amerikanischen Panzer waren erst sechs, sieben Stunden in der Stadt, da saßen im Ansbacher Gasthaus „Am Drechselsgarten“ einige Kommunisten zusammen, froh die langen Jahre der NS-Herrschaft überstanden zu haben und voller Zuversicht, daß nun die Stunde der KPD gekommen sei. Größere Bedeutung hatte die 1920 gegründete Ortsgruppe in der konservativen Beamtenstadt nie erlangen können; in den Reichstagswahlen zwischen 1920 und 1930 war ihr Stimmenanteil regelmäßig unter drei Prozent gelegen, zur Stadtratswahl von 1929 hatte sie nicht einmal eigene Kandidaten aufgestellt. Erst 1930 war die KPD stärker geworden, aber – wie in anderen Orten auch – sofort unter den staatlichen Druck der bayerischen BVP-Regierung geraten. Die Polizei hatte viele kommunistische Versammlungen verboten oder aufgelöst, Flugblätter beschlagnahmt, die Treffen im Gasthaus „Zum Walfisch“ ständig überwacht. 1932 war der Ortsgruppe aus etwa 60 bis 70 Mitgliedern, darunter vor allem jüngere Erwerbslose, auch noch der eigentliche Motor, der 30jährige Hilfsarbeiter Michael Grüner, durch seinen Übertritt zur NSDAP verloren gegangen<sup>6</sup>. Nach der

<sup>4</sup> Zu den Antifas vgl. u. a. Niethammer/Borsdorf/Brandt, Arbeiterinitiative 1945.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Woller, Loritz-Partei, S. 11–21.

<sup>6</sup> Zur KPD in Ansbach vor 1933 vgl. Fränkische Zeitung vom 9. Dezember 1929 und Stadtarchiv Ansbach, ABc K/3/21; vgl. auch Werner Bürger, 1933 in Ansbach, unveröffentlichtes Manuskript, Ansbach 1983.

nationalsozialistischen Machtergreifung war die ideologisch wenig gefestigte Gruppe fast ganz aufgerieben worden.

Nach Kriegsende erlebte die KPD in Ansbach einen erstaunlichen Aufschwung, sie verdankte ihn in erster Linie einem Mann: Hans Sessler<sup>7</sup>, dem Pächter des „Drechselsgarten“, in dem sich am Abend des 19. April einige Ansbacher Kommunisten trafen. Der 43jährige Sessler, untersetzt, rundliches Gesicht, nur noch wenige dunkelblonde Haare auf dem Kopf, war von Beruf Schreiner und stammte aus einer politisch rührigen Familie aus Geisengrund bei Ansbach. Der Vater, ein Waldarbeiter, war nach einer schweren Verwundung im Ersten Weltkrieg überzeugter Pazifist geworden und hatte sich der DDP zugewandt. Zwei Brüder, einer davon auch Gruppenführer des Wandervogels, sympathisierten mit der SPD. Mitte der zwanziger Jahre hatte Hans Sessler die Meisterprüfung abgelegt und war nach Marbach am Neckar übersiedelt. Dort trat er 1929 der KPD bei, die ihm bald die Führung im Kampfbund gegen den Faschismus und wichtige Agitations- und Propagandaaufgaben übertrug. 1933 wurde Sessler, der in Marbach bald als der „Rote“ verschrien war, verhaftet und etwa ein halbes Jahr in das KZ Heuberg, später in ein Gestapo-Gefängnis in Stuttgart gebracht. Nach seiner Entlassung fand er im Württembergischen keine Stellung mehr, so daß er 1940 wieder in seine alte Heimat zurückging. „Aber schneller als ich selbst“, so schrieb er später, „war in Ansbach bereits meine politische Belastung bekannt geworden.“<sup>8</sup> Seine Bemühungen, das heruntergewirtschaftete Gasthaus „Am Drechselsgarten“ in Pacht zu nehmen, scheiterten zunächst am Veto des Stadtrats – man verlangte von ihm, gleichsam als Geste seines guten Willens, ein Aufnahmegesuch an die NSDAP zu richten. Erst als Sessler, nicht zuletzt aus Sorge um seine drei kleinen Kinder, dieser Erpressung nachgegeben hatte, konnte er das Gasthaus übernehmen. Die Hürnerbrauerei, die sich beim Stadtrat für Sessler eingesetzt hatte, kümmerte sich um die politische Vergangenheit ihres Pächters wenig; sie wollte das Gasthaus nur in guten Händen wissen. Trotz des Kniefalls vor der NSDAP blieb Sessler seiner kommunistischen Gesinnung treu und verbreitete, obwohl dauernden Bespitzelungen durch die Gestapo ausgesetzt, seine Ideen weiter<sup>9</sup>.

Bei Kriegsende war der Gastwirt sofort die führende Persönlichkeit der Ansbacher KPD. Er habe in der Beamtenstadt, so urteilte die Militärregierung, „einen guten Stand“<sup>10</sup>. Ein ganz anderer Typ als die meisten dogmatischen KP-Funktionäre Weimarer Prägung, wendig, durchsetzungsfähig und im Auftreten fast ein Bohemien, voller Idealismus und Begeisterung für die kommunistischen Ideen, war Sessler der geeignete Mann, die Ansbacher KPD aus ihrer früheren sektiererischen Enge herauszuführen. Zugleich war er der ideale Protagonist des neuen Kurses des ZK der KPD, dessen Vortrupp, aus dem Moskauer Exil kommend, Ende April/Anfang Mai in der

<sup>7</sup> Vgl. Amtsgericht Ansbach, Registratur S: Nr. 23 und mündliche Mitteilung von Peter Sessler vom 1. Februar 1984.

<sup>8</sup> Amtsgericht Ansbach, Registratur S: Nr. 23.

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Hist. Rep., Det. Ansbach, 9. März 1946, in: NA, RG 260, 10/80-3/6. 1945 wurde Sessler, von den Gewerkschaften vorgeschlagen, Mitglied des Beratenden Ausschusses der Stadt. Er war im Wohnungsausschuß und im Ausschuß zur Betreuung von Flüchtlingen und KZ-Insassen tätig. Vgl. Stadtarchiv Ansbach, ABc T/3/55. Vgl. auch Bericht über die erste Mitgliederversammlung der KPD, 15. Januar 1946, in: NA, RG 260, CO 447/4. Ebenda, Liste der Sponsors und Programm der Ansbacher KPD, das mit dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 fast identisch ist.

schwer zerstörten Reichshauptstadt Berlin gelandet war. In der Tasche führten Ulbricht und Genossen ein neues Programm mit, in dem sie den alten klassenkämpferischen und revolutionären Prinzipien weitgehend abschworen und den Weg einer „parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ einzuschlagen versprochen. Es sei falsch, hieß es, Deutschland das Sowjetsystem aufzwingen zu wollen, vielmehr gelte es, zusammen mit der Sozialdemokratie und antifaschistischen bürgerlichen Kräften, die „1848 begonnene Demokratisierung ... zu Ende zu führen“<sup>11</sup>.

Dieses offenkundige Abrücken von der alten KP-Programmatik ließ ebenso aufhören wie die moderate Erklärung des Ansbacher Kommunisten Rudolf Karmann zum Verhältnis seiner Partei zur Kirche. In einem amerikanischen Bericht hieß es dazu, „... daß die KPD sehr positiv eingestellt ist gegenüber der Kirche und daß die Zehn Gebote die Moral und Grundlage der Gesellschaft und jedes Staates sind.“<sup>12</sup> Das neue Programm der KPD, bemerkte die Militärregierung für Ober- und Mittelfranken, erinnere mehr an eine gemäßigte als an eine extreme Linkspartei<sup>13</sup> und unterscheide sich nur wenig vom Programm der SPD. Unumstritten war der auch von Sessler vertretene neue Kurs innerhalb der Ansbacher Ortsgruppe freilich nicht. Hier, wie in allen kommunistischen Zellen und Gruppen der vier Besatzungszonen, fragten sich die mehrheitlich „1933 stehengebliebenen“ Genossen, weshalb ihre Partei das hohe Ziel der Diktatur des Proletariats aufgegeben habe, für das sich so viele Genossen geopfert hatten. Sie wunderten sich, daß auch sie – wie im Gründungsaufbruch der KPD zum Ausdruck gebracht – am Unheil des Hitlerfaschismus mitschuldig sein sollten, und konnten nicht verstehen, daß ihre Partei die Zusammenarbeit mit bürgerlichen und sogar kirchlichen Kreisen suchte, die sie früher heftig bekämpft hatte<sup>14</sup>.

Anders als Ansbach war Fürth schon in der Weimarer Zeit eine Hochburg der KPD gewesen. In den Arbeitervierteln der Südstadt, im sogenannten Glasscherbenviertel, hatte sie bei den Wahlen im Jahr 1932 zwischen 30 und 40 Prozent der Stimmen zu gewinnen vermocht. Es war aber immer ein relativ kleiner Kern von etwa 100 Mitgliedern gewesen, der die aktive Organisationsarbeit der Partei getragen hatte<sup>15</sup>; um so stärker war der Zusammenhalt innerhalb dieser Gruppe auch während der harten Verfolgungsmaßnahmen der NSDAP gewesen. In den südlichen Wohngebieten hatten sich kleine Zirkel gehalten, die sofort nach Kriegsende wieder hervortraten. Ihr Eifer war anfangs kaum zu bremsen. Er jagte der amerikanischen Militärregierung zuweilen einen gehörigen Schreck ein und veranlaßte sie zu übertriebenen Befürchtungen: „In den Sommermonaten von 1945 wurde vorausgesagt: die kommunistische Partei gewinnt schnell an Einfluß, mit dem bevorstehenden Abzug der Amerikaner

<sup>11</sup> Zur Politik der KPD nach 1945 vgl. Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945–1955, Köln 1959, S. 17. Vgl. auch Helga Grebing, Die Parteien, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Politik, Frankfurt/Main 1983, S. 134 f. Vgl. auch den großen Beitrag von Dietrich Staritz über die KPD, in: Stöss, Parteien-Handbuch, Bd. 2, S. 1681 ff.

<sup>12</sup> Political activity report, 2. Mai 1946, in: NA, RG 260, CO 481/1. Vgl. auch Political activity report, 2. März 1946, in: NA, RG 260, CO 481/1 und mündliche Mitteilung von Peter Sessler vom 1. Februar 1984.

<sup>13</sup> Hist. Rep., Det. für Ober- und Mittelfranken, 9. März 1946, in: NA, RG 260, 10/80-3/6.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Staritz, KPD, in: Stöss, Parteien-Handbuch, Bd. 2, S. 1685.

<sup>15</sup> Zur KPD in Fürth vgl. Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise, S. 359 ff., Mehlinger, Die KPD in Bayern 1919–1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, S. 43; Ulrich Neuhäuser-Wespy, Die KPD in Nordbayern 1919–1933, Nürnberg 1981.



werden die Kommunisten dominierend, und im Endeffekt tritt der Kommunismus an die Stelle des Nationalsozialismus.“<sup>16</sup>

Der frühere Chef der KPD-Fraktion im Fürther Stadtrat, Anton Hausladen (Jg. 1894), klein, korpulent, ein wenig an Mussolini erinnernd, war die treibende Kraft. Der gelernte Metalldrucker gehörte der KPD schon seit 1919 an und war am Ende der Weimarer Republik als Mitglied der KPD-Bezirksleitung Nordbayerns und Leiter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zur Führungsmannschaft der KPD in Bayern aufgerückt. Im März 1933 verhaftet, hatte er zehn Jahre im Konzentrationslager zubringen müssen<sup>17</sup>. Wie kaum einer in der Fürther KPD glaubte er nach Kriegsende, daß nun das kommunistische Zeitalter anbrechen werde. „Dort, wo jetzt amerikanische Jeeps und Lastkraftwagen fahren“, sagte er im Frühjahr zu einem alten Bekannten aus der SPD, „werden bald sowjetische Panzer rollen“<sup>18</sup>.

Die Gruppe, die sich zur Wiedegründung der KPD in Fürth zusammenfand, war klein. Georg Metzler gehörte dazu, ein aus dem Moskauer Exil zurückgekehrter eingefleischter Stalinist, der sich dem neuen moderaten Kurs der Partei nur widerstrebend fügte, und Fritz Hopf, der während der NS-Zeit mehrmals inhaftiert gewesen war<sup>19</sup>. Einige alte Genossen waren dem NS-Terror zum Opfer gefallen, andere, wie etwa der aus der kommunistischen Jugend hervorgegangene Willi Schuster, hatten das Vertrauen in ihre Partei verloren und sich von ihr abgewandt. Schuster war 1933 nach Dachau verschleppt und bis Anfang der vierziger Jahre nicht wieder entlassen worden. Um aus Dachau zu entkommen, hatte er sich schließlich zum Bewährungsbataillon 999 an die Ostfront gemeldet. Dort war er zusammen mit einigen Kameraden zu den Russen übergelaufen. Auf den Zuruf „Wir kommen aus dem KZ“ reagierten die Rotarmisten jedoch nicht, sondern empfingen die kommunistischen Deserteure mit MG-Salven. Dieses Erlebnis hatte Schuster belehrt: Wenn er nach Kriegsende Hausladen oder einem der anderen Fürther Kommunisten auf der Straße begegnete, wechselte er sofort die Seite<sup>20</sup>.

Als erste der im Entstehen begriffenen Parteien reichte Anfang Oktober 1945 die Fürther KPD die Unterlagen für das Lizenzierungsverfahren ein. Am 1. November erhielt Hausladen die Zulassungsurkunde der KPD, die damit als erste Partei in Fürth offiziell auftreten konnte. Sessler in Ansbach mußte einen Monat länger warten<sup>21</sup>. Seine Unterlagen waren zunächst zurückgewiesen worden, weil die von der Militärregierung geforderten 30 „sponsors“ nicht hatten aufgebracht werden können – ein Vorgang, der 1945 an der Tagesordnung war und alle Parteien betraf, am stärksten die bürgerlichen Parteien, die sich besonders schwer taten, „sponsors“ mit politisch weißer Weste zu finden.

<sup>16</sup> Annual Hist. Rep., Det. Fürth, 20. Juni 1946, in: NA, RG 260, 10/81-1/5. „The Communists seem to be the most active and energetic party“, hieß es auch im Weekly Summary des Det. Fürth vom 6. Oktober 1945, in: NA, RG 260, 9/96-2/12.

<sup>17</sup> Zu Hausladen vgl. Mehninger, Die KPD in Bayern 1919–1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, S. 159. Vgl. auch Fürther Nachrichten vom 14. September 1949.

<sup>18</sup> Mündliche Mitteilung von Fritz Rupprecht vom 29. November 1984.

<sup>19</sup> Mündliche Mitteilung von Hans Blöth vom 26. Januar 1984. Zu Hopf und Metzler vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 25. Mai 1946.

<sup>20</sup> Mündliche Mitteilung von Konrad Grünbaum vom 29. November 1984.

<sup>21</sup> Vgl. Weekly Summary, Det. Fürth, 13. Oktober 1945, in: NA, RG 260, 9/96-2/12. Vgl. Hist. Rep., Det. Ansbach, 17. November 1945, in: NA, RG 260, 10/80-3/6. Vorläufige Erlaubnis zur Bildung der Kommunistischen Partei im Stadt- und Landkreis Ansbach, in: StA Nürnberg, LRA Ansbach (1961), Nr. 656.

Das neue demokratische Image der KPD und ihr Ansehen als antifaschistische Avantgarde, die am energischsten vor dem Kriegstreiber Hitler gewarnt und im Kampf gegen ihn viele Genossen verloren hatte, halfen manche früheren Hemmungen vor einem aktiven Engagement in der KPD abzubauen. Die offizielle Lizenzierung durch die Militärregierung tat ein übriges, um die KPD von ihrem Ruf des radikalen Außenseiters, der ihr vor allem im ländlich-agrarischen und mittelständisch-handwerklichen Milieu anhaftete, zu befreien. Anders als vor 1933 schien die KPD nun zum Spektrum der etablierten Parteien dazuzugehören: Kommunisten arbeiteten mit amerikanischen Stellen wie CIC und Special Branch eng zusammen, in Fürth waren das Arbeitsamt und die Polizei eine kommunistische Domäne, in den provisorischen Gemeindeparlamenten saßen bald Mitglieder der KPD und leisteten ordentliche Arbeit. Dies alles zahlte sich aus. Ende 1945 erreichte die Fürther KPD wieder ihre Weimarer Stärke und bis 1947 gewann sie nicht weniger als 1600 Mitglieder<sup>22</sup>. Erstaunlich erfolgreich war die KPD auch in dem ihr an sich viel ungünstigerem Milieu von Ansbach, wo sie Ende 1946 auf immerhin etwa 200 Mitglieder zählen konnte. Von den ersten vierzig Mitgliedern waren 18 Altgenossen, darunter einige auswärtige KZ-Häftlinge, die das Schicksal nach Ansbach verschlagen hatte; sieben hatten vor 1933 der SPD, die übrigen 15 früher keiner Partei angehört. Doch bald kamen mehr und mehr einheimische jüngere Arbeiter und Handwerker hinzu, so daß die Genossen aus der Zeit vor 1933 nur noch eine Minderheit bildeten. Auch der hochbegabte jüngste Sohn des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten, Götz Schregle, schloß sich – enttäuscht von der Partei seines Vaters – der KPD an, die damit in Ansbach ihre früheren lumpenproletarischen Züge abgelegt zu haben schien<sup>23</sup>.

Wenige Tage nachdem das Sternenbanner auf dem Fürther Rathaus gehißt worden war, treffen sich zum ersten gemeinsamen politischen Gespräch auch einige Fürther Sozialdemokraten, die einander seit der Weimarer Zeit kennen. Die Runde findet sich in der Küche des ehemaligen Landtagsabgeordneten Konrad Eberhard in der Schwabacherstraße zusammen, wo Emilie Eberhard, selbst eine Aktivistin der Partei, eine karge Mahlzeit anbietet. Eberhard, der allseits geachtete letzte Sekretär der Fürther SPD, hatte sich während der NS-Zeit mit den Einkünften aus einem kleinen Seifengeschäft über Wasser halten können, daß von ihm 1933 nach kurzer Schutzhaft eröffnet worden war. Nicht der inzwischen 70jährige Hausherr führt bei der ersten Zusammenkunft den Vorsitz, sondern Hans Rupprecht (Jg. 1882), der gelernte Schreiner mit der Nickelbrille und dem fast haarlosen Bauernschädel. Der ehemalige Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes und Chef der Rathausfraktion hatte ein Jahr KZ-Haft in Dachau absitzen müssen. Er war es in den zurückliegenden Jahren vor allem gewesen, der trotz häufiger Bespitzelungen durch die Nationalsozialisten die Kontakte zu den Genossen aufrecht erhalten hatte. In der kleinen Schreinerei, die er seit Mitte der dreißiger Jahre betrieb, waren die alten politischen Freunde nicht selten zusammengesessen. Erst zehn Monate liegt es zurück, daß Rupprecht nochmals auf einer Verhaf-

<sup>22</sup> Zur Mitgliederentwicklung der Fürther KPD vgl. Annual Hist. Rep., Det. Fürth, Juni 1948, in: NA, RG 260, 9/96-3/11.

<sup>23</sup> Zur Mitgliederentwicklung der Ansbacher KPD vgl. Annual Hist. Rep., Det. Ansbach, 30. Juni 1948, in: NA, RG 260, 10/80-3/6.

tungsliste der Gestapo gestanden hatte. Damals hatten ihn wohlmeinende Nationalsozialisten aber so rechtzeitig gewarnt, daß er untertauchen konnte. Mit am Tisch in der Küche der Eberhards sitzt auch der frühere Fürther SPD-Bürgermeister Hans Schmidt mit dem Spitznamen der „Eichene“. Schmidt, seit der Kaiserzeit eng mit Hans Böckler, dem späteren Vorsitzenden des DGB, befreundet, hatte 1933 aus der Stadtverwaltung ausscheiden müssen, war aber wegen seines Ansehens in der Stadt nicht nach Dachau verschleppt worden. Selbst der nationalsozialistische Oberbürgermeister Franz Jakob, ein hartgesottener Nazi, hatte Respekt vor ihm. Deshalb konnte er seinen Posten als Vorsitzender der AOK bis 1934 behalten, nach seiner Entlassung war ihm auch Ruhegeld gewährt worden<sup>24</sup>.

Etwa zur selben Zeit riefen in Nürnberg Julius Loßmann und Josef Simon zur Wiedergründung der SPD auf. In München sammelten sich die alten Sozialdemokraten um Albert Roßhaupter, und in Hannover scharten sich Gesinnungsgenossen um den früheren Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher. In der Gründungsversammlung des hannoverschen Ortsvereins der SPD hielt Schumacher am 6. Mai 1945 das Referat „Wir zweifeln nicht!“, das die Wandlung der SPD zu einer „gegenwartsorientierten“ linken Volkspartei proklamierte. Einige Monate später war er unangefochten der erste Mann der SPD in den Westzonen<sup>25</sup>.

In der Küche der Eberhards sitzen auch die beiden ehemaligen Stadträte Christian Bauermann (Jg. 1877) und Fritz Otto. Nach einigen Monaten Dachau-Aufenthalt im Jahre 1933 hatten sie, von den Nationalsozialisten als politisch ungefährlich eingestuft, die NS-Zeit weitgehend unbeschadet überstehen können. Bauermann konnte sein Friseurgeschäft weiterführen, Otto eine Anstellung als Lederzuschneider finden. Ähnlich war es Hans Fehn (Jg. 1901) ergangen; er hatte vor 1933 erst zur zweiten Riege der SPD gehört und nach der Machtergreifung seine Stelle bei der Reichsbahn behalten können. Während des Krieges war er sogar zum Werkmeister aufgestiegen<sup>26</sup>.

Die Fürther Militärregierung wußte von den Treffen in der Schwabacherstraße und duldete sie. Captain Cofer, in seiner Heimat aktives Mitglied der Demokratischen Partei, war an der Wiedereingangssetzung demokratischer parteipolitischer Aktivität besonders interessiert und hatte schon bald nach seiner Ankunft in Fürth im April 1945 Kontakt mit den Sozialdemokraten Hans Schmidt und Hans Teichmann aufgenommen, die ihn bei der Besetzung der wichtigsten Ämter der Stadtverwaltung berieten. Nach solcher Zusammenarbeit tolerierte Cofer die Treffen im kleinen Kreis, obwohl sie den besatzungspolitischen Grundsätzen zuwiderliefen.

Im Sommer 1945 wird die Küche der Eberhards zu klein, die Sozialdemokraten ziehen um in das Nebenzimmer der Gastwirtschaft „Rotes Roß“, die der Genosse und ehemalige KZ-Häftling Hans Riedel betreibt. Der Kreis wird größer und größer. Inzwischen ist der frühere Stadtrat Hans Segitz, magenleidend, tiefe Furchen im schmalen Gesicht, nach Fürth zurückgekehrt. Nach fast einjähriger KZ-Haft hatte er seinen

<sup>24</sup> Zur Entwicklung der Fürther SPD nach 1945 vgl. Unveröffentlichte Memoiren von Stadtrat Georg Lederer (Privatbesitz Otto Gellinger); kurze Aufzeichnung von Konrad Grünbaum über die SPD nach 1945 (Privatbesitz Konrad Grünbaum); vgl. auch 110 Jahre Fürther SPD, Fürth 1982 und 1872–1962. 90 Jahre Fürther Sozialdemokratie, Fürth 1962; mündliche Mitteilungen von Konrad Grünbaum und Fritz Rupprecht vom 29. November 1984; mündliche und schriftliche Mitteilungen von Alfred Schmidt vom 11. und 30. Oktober 1984, 10. November 1984 und 3. Dezember 1984.

<sup>25</sup> Vgl. dazu Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei*, S. 43; Behr, *Sozialdemokratie und Konservatismus*, S. 98.

<sup>26</sup> Vgl. Anm. 24.

Arbeitsplatz als Werkmeister bei Zündapp in Nürnberg verloren und war lange Zeit arbeitslos geblieben, ehe er dann von 1940 bis 1945 als Betriebsleiter einer Zündapp-Niederlassung im oberfränkischen Naila unterkommen konnte. Aus kurzer Kriegsgefangenschaft ist Willy Fischer (Jg. 1904) heimgekommen. Dynamisch, gewandt und ein zupackender Redner wird er bald zu einer bestimmenden Figur in der Fürther SPD. Der kaufmännische Angestellte, der seit 1939 in der Wehrmacht gedient hatte, ist aus der sozialistischen Arbeiterjugend hervorgegangen, hatte sich nach 1933 im Widerstand betätigt und war wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat sieben Monate lang in Untersuchungs- und Schutzhaft gewesen.

Auch Fischers Altersgenosse und Freund aus der Arbeiterjugend Fritz Gräßler findet sich bald im „Roten Roß“ ein. Wegen illegaler Tätigkeit 1934 kurze Zeit in Haft genommen, hatte er danach bei der AEG in Nürnberg als Kontrolleur für Schleiferei und Galvanik gearbeitet. Zum wieder aktiven Kern der Fürther SPD stoßen ferner im Sommer 1945 der Schreiner Georg Lederer (Jg. 1883), der Uhrmachermeister Julius Haller (Jg. 1883) und der Maurerpolier Sigmund Schmaus (Jg. 1894). Sie haben sich in den zurückliegenden Jahren häufig ducken müssen, vorsichtig sein und hart arbeiten, hatte ihre oberste Devise gelaute, die sie strikt beherzigten und so kaum Verfolgungen ausgesetzt waren. Im Herbst 1945 kehrt der ledige Metalldrucker Konrad Grünbaum (Jg. 1906) aus der französischen Kriegsgefangenschaft nach Fürth zurück. Hinter ihm liegen ein dreijähriger Gefängnisaufenthalt, weil er 1933 illegal gearbeitet, Kurierdienste geleistet und Propagandamaterial verteilt hatte, drei Jahre KZ in Dachau und sechs Jahre Dienst in der Wehrmacht. Von allen Fürther Sozialdemokraten hatte er in der NS-Zeit das schwerste Schicksal zu erleiden<sup>27</sup>.

Aber die Lücken, die bleiben, sind groß. Von den 19 Stadträten, die vor der Machtergreifung zur SPD-Fraktion gehört hatten, sind nur noch fünf übrig. Acht sind seit 1933 verstorben, einer – der Jude Leo Bergmann – ist 1936 in die USA ausgewandert, vier fühlen sich zu alt, um wieder politisch aktiv zu werden, von Tobias Schorr hat niemand Nachricht<sup>28</sup>. Im Herbst fällt auch Konrad Eberhard aus, völlig unerwartet stirbt er an den Folgen einer harmlos scheinenden Wurstvergiftung<sup>29</sup> – ein schwerer Schlag für die Fürther SPD, denn Eberhard verkörperte wie kaum ein anderer die Kontinuität der SPD seit dem Kaiserreich und der Weimarer Republik.

Damals brachten die SPD-Aktivistinnen auch ihre Söhne und Töchter zu den Parteiveranstaltungen mit. Diesen früher fast selbstverständlichen familiären Nachwuchs gibt es jetzt nicht mehr; die jüngere Generation hat nicht mehr den gleich engen Kontakt zum Parteimilieu wie ihre Eltern und ist im „Roten Roß“ kaum vertreten. Ein Beispiel ist Alfred Schmidt (Jg. 1910): Der Sohn des „Eichenen“ war 1930 in die SPD eingetreten, die ihm aber schon damals betulich und altmodisch erschienen war. Anders als dem Vater wurde ihm die SPD nie Lebensinhalt. Nicht die „gute alte Zeit“ der SPD hatte er erlebt, sondern ihr Scheitern 1933. Den ihm noch vom Vater vermittelten Posten bei der Stadtverwaltung konnte er nach 1933 unter der nationalsozialistischen

<sup>27</sup> Ebenda und Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, hrsg. vom Landtagsamt, München 1984, S. 72; Handbuch des Deutschen Bundestages, hrsg. von Fritz Säger, Stuttgart 1952, S. 249.

<sup>28</sup> Vgl. zu den Daten über die SPD-Stadträte von 1933 Mitteilungen des Stadtarchivs Fürth vom 24., 26. und 30. Oktober 1984 und schriftliche Mitteilungen von Konrad Grünbaum vom 19. Juli und 19. Dezember 1983.

<sup>29</sup> Mündliche Mitteilung von Konrad Grünbaum vom 26. Oktober 1984.

stischen Stadtverwaltung beibehalten; 1938 wurde er zur Wehrmacht einberufen und blieb bis Kriegsende sieben Jahre lang Soldat. Nach der Rückkehr aus dem Krieg stand für ihn das berufliche Fortkommen ganz im Vordergrund. 1945 nimmt er zwar an einigen Parteisitzungen teil, fühlt sich dabei aber sofort wieder an die endlosen Diskussionen aus der Weimarer Zeit erinnert. So kehrt er – „ein Beamter der alten Schule“, wie er sich später nannte – in die Stadtverwaltung zurück. Wie seine acht Geschwister blieb er Mitglied der SPD, aber keines der Schmidt-Kinder entfaltete größere politische Aktivitäten<sup>30</sup>.

Die wenigen neuen Gesichter zwischen den Altgenossen fielen im „Roten Roß“ zunächst kaum auf. Abgemagert, schüchtern wirkend, den kahlen Schädel etwas geneigt, nahm Leo Rosenthal (Jg. 1887) an den improvisierten Sitzungen teil. Er war Jude und hat die NS-Zeit – verheiratet mit einer „Arierin“ – in Fürth überlebt. 1933 hatte er sich aus der Schuhfabrik „Schloß“ zurückziehen müssen, später war er zu Zwangsarbeiten verpflichtet worden. Neu in dem Kreis der SPD-Genossen war auch Erich Herrmann, „ein Herr“ vom Scheitel bis zur Sohle. Der gebürtige Schlesier (Jg. 1882) war Lehrer von Beruf; der SPD gehörte er seit Anfang der dreißiger Jahre an; zuvor war er Mitglied der Demokratischen Partei gewesen, die ihn 1925 in den Preußischen Landtag entsandt hatte. Nach 1933 mußte er aus dem Schuldienst ausscheiden, fand aber bald wieder eine gut dotierte Stelle in einem chemischen Werk in Fürth, dessen Direktor er im Krieg wurde. Der dritte Neuling stand ihm an Bildung und Geschick kaum nach: Dr. Wilhelm Kluth, ein 54jähriger Nervenarzt mit einer eigenen Praxis in Fürth. Bevor er sich für die SPD entschied, liebäugelte Kluth eine Weile mit den Liberalen. Als er das Aufnahmeformular unterschrieb, soll er gesagt haben, „es gelte jetzt eine linke Volkspartei zu etablieren, die ohne den Stempel und die Einengung als Arbeiterpartei für die progressiven bürgerlichen Wähler attraktiv“ ist<sup>31</sup>.

Auch in Ansbach taten sich die übriggebliebenen alten sozialdemokratischen Aktivistinnen schon kurz nach dem Einmarsch der Amerikaner wieder zusammen. Die ehemalige Residenzstadt war nie ein gutes Pflaster für die SPD gewesen. Der Ortsverein konnte zwar auf eine traditionsreiche Geschichte zurückblicken, mehr als ein Viertel der Wähler hatte er aber selten hinter sich bringen können, denn die vielfach noch in alten Zunfttraditionen verhafteten Gesellen und Arbeiter in kleinen Handwerksbetrieben und Geschäften mit stark paternalistischem Gefüge waren kaum klassenbewußt gewesen, hatten häufig konservativ gewählt und ein starkes Bedürfnis entwickelt, Anschluß an die dominierende Honoratioren- und Bürgerkultur zu finden<sup>32</sup>. Während der NS-Zeit hatten sich die ohnehin dünnen Reihen noch weiter gelichtet. Einige führende Genossen waren umgezogen, andere verstorben; der frühere Stadtrat Andreas Laudenbach war bei den schweren Luftangriffen vom Februar 1945 ums Leben gekommen.

Im Mai 1945 gab es nur noch eine kleine Gruppe. Sie sammelte sich um den früheren Landtagsabgeordneten Emil Pörschmann, der im KZ Dachau zum Krüppel ge-

<sup>30</sup> Mündliche und schriftliche Mitteilungen von Alfred Schmidt vom 11. und 30. Oktober 1984, 10. November 1984 und 3. Dezember 1984.

<sup>31</sup> Vgl. Anm. 24. Mündliche und schriftliche Mitteilungen von Hans Lotter vom 2. Februar und 27. Februar 1984.

<sup>32</sup> Zur Geschichte der SPD in Ansbach vgl. Adolf Lang, 100 Jahre Ansbacher SPD 1869–1969, Ansbach 1969 und das Protokollbuch der SPD Ansbach 1946 ff., in: Stadtarchiv Ansbach (o. Signatur). Mündliche Mitteilung von Karl Reichel vom 21. Januar 1982.

schlagen worden war. Die beiden früheren Stadträte Ludwig Setzer und Paul Fiedler, ihr Altgenosse Georg Liebel, der 1933 im Stadtrat mutig gegen die Verleihung der Ehrenbürgerrechte an Hitler und Hindenburg gestimmt hatte, Ernst Körner und der Sohn von Pörschmann gehörten der Gruppe an, der sich auch das frühere Mitglied der KPD-Ortsgruppe Heinrich Däschlein (Jg. 1905) hinzugesellte<sup>33</sup>. Viel Zeit, sich der Parteiarbeit zu widmen, blieb ihnen 1945/46 nicht, denn fast alle waren inzwischen beruflich oder ehrenamtlich in der Stadtverwaltung tätig. Wie sehr die Kräfte dieser kleinen Gruppe überbeansprucht waren, zeigte sich, als Anfang 1946 ein Vorsitzender gefunden werden sollte und fast alle prominenteren Mitglieder abwinkten. So gelangte schließlich ein „Auswärtiger“ an die Spitze der Ansbacher SPD: Alfred May (Jg. 1901), ein aus Schweinfurt stammender Alt-Sozialdemokrat, der seit September 1945 in Ansbach arbeitete<sup>34</sup>.

Mehr als drei Viertel der sozialdemokratischen Gründungsmitglieder in Ansbach und Fürth hatten schon vor 1933 der SPD angehört und dort ehrenamtliche Funktionen ausgeübt<sup>35</sup>. Einige hatten noch die SPD der Kaiserzeit erlebt. Parteipolitik war – wie vor 1933 – weiterhin Männersache, nur wenige Genossinnen verirrten sich in die Männergesellschaft. Die SPD war 1945 zwar keine überaltete Partei, der Altersdurchschnitt lag aber deutlich über 50 Jahre. Die unter 40jährigen ließen sich fast an den Fingern einer Hand abzählen. In den führenden Positionen gaben die 60jährigen den Ton an. Etwa die Hälfte der Gründerväter hatte während der NS-Zeit die Erfahrungen zeitweiliger Schutzhaft in Lagern und Gefängnissen machen müssen, aber nur einer, Konrad Grünbaum, mußte mehrere Jahre in Haft verbringen. Vor allem die Fürther SPD war – wie vor 1933 – eine „Partei der kleinen, aber gestandenen Leute“, von denen viele, aufgrund der starken Position der Partei in der Stadt, in einflußreiche Stellungen gelangten und bald großes Ansehen genossen. Angestellte und Beamte sowie viele Handwerker (die meisten mit mittleren und kleineren Betrieben) prägten hier das Erscheinungsbild der SPD. Die wenigen Neulinge wie Herrmann und Kluth veränderten das Sozialprofil der SPD zwar nicht grundlegend, ihr sofortiger Aufstieg in leitende Positionen erweckte aber den Eindruck, daß sich die SPD – mehr denn je – zur bürgerlichen Mitte hin öffnete.

Anfangs drehten sich die Gespräche bei den Eberhards und im „Roten Roß“ um die unterschiedlichen Erlebnisse und Erfahrungen in der NS-Zeit. Doch bald wurden aktuelle Themen immer drängender. Die SPD – darüber gab es keinen Zweifel – war die

<sup>33</sup> Vgl. dazu die Meldebögen und Spruchkammerakten der Ansbacher Sozialdemokraten, in: Amtsgericht Ansbach, Registratur S. Mündliche Mitteilungen von Ludwig Setzer vom 19. Juli 1984; Andreas Laudenschach vom 19. Juli 1984; Hilde Brendel vom 11. Oktober 1984; Hans Kern vom 11. Oktober 1984; Luise Pörschmann vom 19. Juli und 9. Oktober 1984; Georg Liebel vom 19. Juli 1984; Horst Däschlein vom 9. Oktober 1984; Norbert Kostorz vom 9. Oktober 1984; vgl. auch die schriftlichen Mitteilungen des Stadtarchivs Ansbach vom 31. Juli 1984, der Einwohnermeldeabteilung der Stadt Ansbach vom 8. August 1984, und des Einwohneramtes der Stadt Bamberg vom 11. Oktober 1984.

<sup>34</sup> May, vor 1933 Kassier und Redner der Schweinfurter SPD, verbrachte 1933 einige Monate in Schutzhaft und wurde dann in das KZ Dachau gebracht. Von Beruf Kaufmann siedelte er in den dreißiger Jahren nach Nürnberg über. Nach Kriegsende arbeitete er im Arbeitsamt Fürth, dann im Ansbacher Arbeitsamt und ab Juli 1946 wieder im Nürnberger Arbeitsamt. Mündliche Mitteilung von Otto Pilger (Bad Neustadt) vom 13. März 1984 und schriftliche Mitteilung des Einwohnermeldeamtes Ansbach vom 6. März 1984. Der Lizenzierungsantrag und das erste Programm der Ansbacher SPD finden sich in: NA, RG 260, CO 447/4.

<sup>35</sup> Die Daten beruhen auf einer Auswertung der Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, der Fränkischen Landeszeitung sowie auf den schon genannten schriftlichen und mündlichen Mitteilungen von Zeitzeugen und der Stadtarchive Ansbach und Fürth.

tonangebende Partei in der Stadt. Nie zuvor war ihr Einfluß so groß. Seit Oktober 1945 stellte sie mit Hans Schmidt den kommissarischen Oberbürgermeister, fast alle wichtigen Referentenposten waren mit Sozialdemokraten besetzt: das Sozialreferat leitete Heinrich Burghart, Anton Kalthäuser war Polizeichef, Albert Schorer stand der städtischen Schulbehörde vor. Gleichwohl dachte man 1945/46 kaum daran, die neuen Machtpositionen systematisch für die Partei zu nützen. Die Inhaber der städtischen Posten wollten vor allem der Allgemeinheit dienen, sich durch rechtschaffene Arbeit der Verantwortung an der Stadtspitze würdig erweisen. Mehr denn je ging es darum, die alten, in der NS-Zeit diskriminierend verschärften Vorurteile der angeblichen gesellschaftlichen Minderwertigkeit der Sozialdemokraten zu widerlegen<sup>36</sup>. Deshalb waren die Genossen auch schnell bereit, unter die alten Konflikte mit der bürgerlichen Honoratiorenschaft und den ehemaligen Nationalsozialisten einen Strich zu ziehen, gewillt, die Augen nicht nach hinten, sondern nach vorne zu richten.

Die auf den ersten Blick auffällige Tatsache, daß in der SPD kaum ein Gefühl der Rache und Abrechnung gegenüber den Nationalsozialisten aufkam, erklärt sich aber auch aus den sozialen und persönlichen Erfahrungen in der NS-Zeit. Nach den ersten Verfolgungsmaßnahmen 1933/34 hatte die große Mehrheit der Fürther und Ansbacher SPD ihre berufliche bürgerliche Existenz relativ ungefährdet fortsetzen können. Einige machten nach zeitweiliger KZ-Haft und vorübergehendem Berufsverbot sogar kleine Karrieren in der freien Wirtschaft. Sie waren während der NS-Zeit zwar politisch, aber nicht sozial zu Außenseitern degradiert worden und respektierte Bestandteile der dörflichen und städtischen Gesellschaft geblieben. Sie hatten die örtlichen Nationalsozialisten nicht nur als Gegner, sondern auch als Nachbarn und Kollegen kennengelernt oder sogar, wie der spätere Ansbacher Oberbürgermeister Ernst Körner, als Helfer in prekären Situationen: Körner war 1940 nach Stettin übersiedelt und hatte dort eine Stelle als Industriemeister angetreten, war aber jeden Sommer gewöhnlich für einige Wochen nach Ansbach zurückgekehrt. 1943 brachte er bei dieser Gelegenheit einige Feindflugblätter mit, wurde dabei ertappt und der NSDAP-Kreisleitung gemeldet. Wilhelm Wolf, Kreisamtsleiter und Pg seit 1932, der mit dem Fall Körner befaßt wurde, ließ die Angelegenheit jedoch auf sich beruhen. Er kannte den Sozialdemokraten und schätzte wohl auch seine Gesinnungstreue. 1948, als Wolf vor der Spruchkammer stand, schrieb Körner über ihn: Der „Alte Kämpfer“ sei „ein wirklich anständiger Mensch“ und habe sich „trotz seiner Zugehörigkeit zur Partei immer menschlich benommen“<sup>37</sup>.

Ähnliche Erfahrungen machte der spätere SPD-Stadtrat Karl Stürzenhofecker aus Ansbach mit dem Ehrenzeichenträger und SA-Truppführer Johann Nebert. Schreiner der eine, Lokführer der andere, ergaben sich persönliche Beziehungen zwischen ihnen, die durch den politischen Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten wenig tangiert wurden. „Ich habe Herrn Nebert im Jahre 1928 kennengelernt. Ich wußte, daß er bei der Partei war und daß er ein guter Nazi war“, sagte Stürzenhofecker nach Kriegsende vor der Spruchkammer aus. „1933 habe ich ihn besser kennengelernt. Er ist dann schon von seiner Anschauung zurückgegangen ... Ich

<sup>36</sup> Mündliche Mitteilungen von Fritz Rupprecht und Konrad Grünbaum vom 29. November 1984.

<sup>37</sup> Vgl. dazu Stellungnahme von Ernst Körner vom 22. Januar 1948, in: Amtsgericht Ansbach, Registratur S: Nr. 24.

wußte, daß ich zu Nebert offen reden kann, und daß er mich nicht anzeigt“<sup>38</sup>. Selbst Oberbürgermeister und Kreisleiter Richard Hänel (Pg seit 1923), in den Augen vieler ein „100prozentiger Nazi“, wurde von einigen Sozialdemokraten das Prädikat „guter Nazi“ ausgestellt. Wilhelm Zimmerer, vor 1933 Abgeordneter der SPD im bayerischen Landtag, nach der Machtergreifung nach Ansbach strafversetzt und einige Monate in Dachau inhaftiert, berichtete nach Kriegsende über Hänel: „Ich wurde schriftlich bei ihm denunziert. Hänel warf diesen Brief nicht nur in den Papierkorb, sondern ließ den Briefschreiber verständigen, daß es keines Hinweises von ihm über mich bedürfe, da er völlig über mich im Bilde sei. Durch seinen Fahrer ... ließ er mir sagen, ich solle vorsichtig sein, denn es gäbe in solchen Zeiten immer Leute, die glauben, besonders emsig sein zu müssen.“<sup>39</sup> Der geringe Grad der Verfolgung nach der Machtergreifung und vor allem die zahlreichen, auch während der NS-Zeit nicht abgerissenen menschlichen, beruflichen und nachbarschaftlichen Kontakte zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten dämpften den Willen zur Abrechnung oder ließen ihn gar nicht erst aufkommen.

Im Oktober 1945 hielten die Fürther Sozialdemokraten die Zeit für reif, bei der Militärregierung die offizielle Zulassung als politische Partei zu beantragen. Die 30 „sponsors“ zu finden, bereitete keine Schwierigkeiten, hatte die Fürther SPD doch inzwischen bereits Hunderte von Mitgliedern – alte Genossen zumeist, die nach Kriegsende ihre Parteibücher wieder hervorgeholt hatten, aber auch einige politische Neu-linge und viele Konjunkturritter, die mit ihrem Eintritt in die SPD unterstreichen wollten, daß sie in den zurückliegenden Jahren mit der NSDAP nichts zu tun gehabt hätten. Nachdem die Militärregierung die Fragebogen der Bürgen genauestens durchleuchtet hatte, erhielten Rupprecht und Genossen am 6. November 1945 aus der Hand von Captain Cofer die Lizenzierungsurkunde. In Ansbach dagegen mußte die sozialdemokratische Gruppe bis zum 6. Januar 1946 warten, ehe sie offiziell als Kreisverband zugelassen wurde<sup>40</sup>.

Im Dezember 1945 hatte die SPD im Bezirk Franken „fast wieder den Stand von 1933 erreicht“<sup>41</sup>. In allen Städten und größeren Marktflecken schossen Parteiorganisationen aus dem Boden, in der stillen Zeit um die Jahreswende fanden die Gründungsfeiern statt. Die Fürther Sozialdemokraten trafen sich am 23. Dezember 1945, 10.00 Uhr, im festlich geschmückten Stadttheater<sup>42</sup>. Die Stuhlreihen sind dicht besetzt, noch vor den Türen drängen sich viele Genossen. Hans Rupprecht begrüßt die Gäste, allen voran die Vertreter der Militärregierung, die in den ersten Reihen sitzen. Bürgermeister Schmidt gedenkt der in der NS-Zeit ums Leben gekommenen Genossen, dann folgt das Gewerkschaftsorchester mit dem Triumphmarsch aus Verdis Aida, der

<sup>38</sup> Anlage zum Prot. des Spruchkammerverfahrens gegen Johann Nebert vom 14. Januar 1948, in: Amtsgericht Ansbach, Registratur S: Nr. 25.

<sup>39</sup> Eidesstattliche Versicherung von Wilhelm Zimmerer vom 9. März 1949, in: Ebenda, Registratur S: Nr. 1.

<sup>40</sup> Vgl. Report of Authorized Political Parties, Det. für Ober- und Mittelfranken, 12. Januar 1946, in: NA, RG 260, 9/112-3/5.

<sup>41</sup> Nürnberger Nachrichten vom 3. Januar 1946; vgl. auch Hist. Rep., Det. für Ober- und Mittelfranken, Dezember 1945, in: NA, RG 260, 10/81-3/8.

<sup>42</sup> Vgl. Bericht über die Gründungsfeier der Fürther SPD, in: Nürnberger Nachrichten vom 29. Dezember 1945; Bericht über die Gründungsfeier der Zirndorfer SPD, in: Nürnberger Nachrichten vom 8. Dezember 1945. Vgl. auch Prot. der Gründungsversammlung der Ansbacher SPD am 14. Januar 1946, in: Protokollbuch der SPD Ansbach, in: Stadtarchiv Ansbach (o. Signatur) und in: NA, RG 260, CO 447/4.



Vortrag eines Gedichts durch den Parteineuling Erich Herrmann mit der Schlußstrophe: „Sei wachsam Volk, hüte der Freiheit Licht“, dann der Chor des Arbeitersängerkartells mit dem Lied „Empor zum Licht“, ehe der Erlanger Oberbürgermeister Pöschke mit der Festrede beginnt. In feierlicher, ernster Stunde, so Pöschke, ist die SPD zusammengekommen, um zum zweiten Mal die Partei des schaffenden Volkes zu gründen. Fürth sei schon immer ein entschlossener, mutiger Vortrupp der Partei gewesen. Die „kommende Demokratie“, so der Redner, „muß straff diszipliniert, hart sein; heute sind wir noch weit entfernt davon“. Sie habe „die überragende Aufgabe, die deutsche Jugend zu überzeugen und nie wieder auf die Schlachtfelder zu schicken“. Pöschke erhält viel Beifall, anschließend erklingt die Jubelouvertüre von Bach, ein Genosse rezitiert das Gedicht „Wir haben noch Kraft“. Mit der „Suite Orientale“ von Popy, dem alten Kampflied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ und dem Sozialistenmarsch von Gramm klingt die Feier aus.

Wieder einmal, wie nach dem Sozialistengesetz unter Bismarck und im November 1918, konnte sich die SPD dem stolzen Gefühl überlassen, vor der Geschichte recht behalten zu haben. Zwar hatten nur wenige eine zeitlang aktiven Widerstand riskiert, fast alle aber den propagandistischen Verführungen der Nationalsozialisten standgehalten, wie sich am Beispiel der führenden Sozialdemokraten Ansbachs exemplarisch zeigen läßt<sup>43</sup>. Aus den Lebensdaten einer 14köpfigen Gruppe von SPD-Aktivisten, die genau rekonstruiert wurden, ergibt sich: Nur einer von diesen 14 schloß sich 1933 der NSDAP an, nämlich der Bruder des späteren SPD-Ortsvorsitzenden und Arbeitsamtsdirektors Karl Reichel, weil er sonst seine gerade erst angetretene Stelle bei der Sparkasse Ansbach verloren hätte. Einige mußten zwangsweise zur DAF gehen, doch schon die Aufnahme in andere sekundäre Organisationen wie NSV vermied man tunlichst. Auch die Ehefrauen, Söhne und Töchter der Ansbacher Sozialdemokraten blieben gegenüber der NSDAP weitgehend immun. Lediglich der Sohn eines späteren Stadtrats war zeitweise stellvertretender Scharführer der Hitlerjugend.

Gleichwohl hatte die NS-Zeit Spuren hinterlassen und den Zusammenhalt nicht durchweg gestärkt. Das vom Festredner Pöschke in Fürth entworfene Bild sozialdemokratischer Solidarität zeigte auch einige deutliche Risse. Die Genossen hatten in den zurückliegenden Jahren z. T. ganz Unterschiedliches erlebt und waren nicht die Alten geblieben. Einige gingen sich aus dem Weg, trauten einander nicht mehr. Hans Teichmann beispielsweise, von 1919 bis 1925 Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes und später Vorsitzender des Reichsbanners, mußte sich viele schiefe Blicke gefallen lassen. Als Direktor einer Blattmetallfirma hatte sich der passionierte Jäger im Westen von Fürth ein Jagdrevier leisten können, auf dem er häufig Ärzte, Richter, Anwälte und höhere Verwaltungsbeamte zu Gast hatte, die – allesamt Pgs – ihrerseits später dafür sorgten, daß Teichmann in der NS-Zeit unbehelligt blieb. Und warum, so fragten sich einige, war seine Tochter 1933 so problemlos im Büro der Firma „Quelle“ des späteren NS-Ratsherrn Gustav Schickedanz untergekommen<sup>44</sup>. Manchem verdachte man, daß er sich zu vorsichtig verhalten hatte. Dem kommissarischen Oberbürgermeister Hans Schmidt vergaß man nicht, daß er sich 1933 geweigert hatte, der sozialde-

<sup>43</sup> Vgl. dazu Amtsgericht Ansbach, Registratur S: Nr. 26–57.

<sup>44</sup> Schriftliche und mündliche Mitteilungen von Konrad Grünbaum vom 19. Dezember 1983 und 23. November 1984.

mokratischen Stadtratsfraktion anzugehören, die sich nach der Märzwahl neu bildete. Als Feigheit war ihm das damals vor allem von den jüngeren Genossen ausgelegt worden<sup>45</sup>.

Die feierliche Stimmung bei den Gründungsfeiern wurde noch durch weitere Resentiments getrübt – vor allem durch Neid und Mißgunst. Einige Genossen machten nach Kriegsende vorher nie erträumte steile Karrieren im öffentlichen Dienst. Selbst in der Beamtenstadt Ansbach saßen nun Sozialdemokraten in Chefesseln: Paul Fiedler, vor 1933 Vorstand des Konsumvereins, danach selbständiger Helfer in Steuersachen, leitete das Finanzamt. Karl Reichel, von 1932 bis Kriegsende kleiner Angestellter im Arbeitsamt, fungierte nun als Direktor seiner alten Behörde. Und Ernst Körner, der gelernte Sattler, war das neue Stadtoberhaupt. Viele andere Genossen fühlten sich übergangen oder waren erst im Herbst oder Winter 1945 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, als, in ihren Augen, die besten Plätze schon vergeben waren. Nicht wenige glaubten so zu kurz gekommen zu sein. Der Ansbacher Sozialdemokrat Friedrich Eisenmann, vor 1933 zweiter Vorsitzender der Naturfreunde, konnte es nie verwinden, daß Paul Fiedler und Karl Reichel gutdotierte Posten bekommen hatten, während er wieder in seinen alten Beruf als Schreiner zurückkehren mußte. Aus Verbitterung ließ er sich in der SPD nur noch selten sehen<sup>46</sup>.

Unterschiedliche Schicksale und Erfahrungen beeinflussten auch die Einstellung zu wichtigen politischen Fragen, vor allem bei der Frage der Zusammenarbeit mit der KPD. Einzelne Sozialdemokraten hatten in Dachau oder in Rüstungsbetrieben positive Erfahrungen im Umgang mit Kommunisten sammeln können. Sie glaubten aufgrund der gemeinsam erlittenen Unterdrückung und Verfolgung die schlimmen Bruderkämpfe von ehemals überwunden und setzten auf den Gedanken der Volksfront zwischen SPD und KPD. In zahlreichen Städten kam es nach Kriegsende tatsächlich zu spontanen Zusammenschlüssen von Kommunisten und Sozialdemokraten. Der „Wille zur neuen sozialistischen Einheit“<sup>47</sup> zeigte sich etwa in Hamburg, im Ruhrgebiet, in München und in Bremen, wo die lokalen Ortsgruppen und Bezirksverbände bereits Abkommen über eine Aktionseinheit beider Parteien schlossen<sup>48</sup>.

In der Fürther Parteispitze stießen Bestrebungen zur Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei von Anfang an auf Ablehnung. Im Funktionärskader, so erinnern sich die Gründerväter der Fürther SPD, gab es starke Vorbehalte gegen die Kommunisten, die sogar häufig mit den Nationalsozialisten auf eine Stufe gestellt wurden<sup>49</sup>. Die frühere kommunistische Abstempelung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ war ebensowenig vergessen wie die von den Kommunisten vor 1933 unternommenen Versuche, das Vereins- und Genossenschaftswesen der Arbeiterbewegung zu spalten. Erschwert wurde eine Zusammenarbeit in Fürth vor allem auch dadurch, daß sich 1927 eine Reihe prominenter kommunistischer Funktionäre der SPD angeschlossen hatte: Willy Fischer etwa, der in Moskau ausgebildet worden war und bis zu seinem

<sup>45</sup> Ebenda.

<sup>46</sup> Mündliche Mitteilung von Friedrich Eisenmann vom 5. April 1984.

<sup>47</sup> Klotzbach, Auf dem Weg zur Staatspartei, S. 68.

<sup>48</sup> Vgl. den Beitrag von Staritz über die KPD in: Stöss, Parteien-Handbuch, Bd. 2, S. 1669. Vgl. auch Klotzbach, Auf dem Weg zur Staatspartei, S. 68 (Anm. 170).

<sup>49</sup> Mündliche Mitteilungen von Fritz Rupprecht und Konrad Grünbaum vom 29. November 1984 und schriftliche Mitteilung von Alfred Schmidt vom 3. Dezember 1984.

Übertritt als die große Hoffnung der Fürther KPD gegolten hatte<sup>50</sup>. Fischer, damals als Renegat verhöhnt, saß jetzt in der Führung der SPD und winkte sofort ab, wenn das Gespräch auf eine Zusammenarbeit mit der KPD kam. Wie sehr manche alten Differenzen zwischen KPD und SPD aus der Weimarer Zeit das Jahr 1933 überdauerten, belegt auch eine Erzählung Konrad Grünbaums. Mitte der dreißiger Jahre nach Dachau gebracht, traf Grünbaum dort auf den Kommunisten Gustav Schneider, der 1932/33 versucht hatte, die sozialdemokratischen Naturfreunde unter kommunistische Regie zu bringen, dabei aber an Grünbaum gescheitert war. Voller Haß habe ihm Schneider bei ihrer ersten Begegnung in Dachau ins Gesicht gesagt: „Hoffentlich kommst Du hier nicht mehr raus!“<sup>51</sup>

Zu solchen Hypothesen aus der Vergangenheit kamen neue Belastungen. Die Fürther Kommunisten hatten es 1945 verstanden, das Arbeitsamt zu ihrer Domäne zu machen und operierten hier zuweilen nicht sehr diplomatisch. Als Grünbaum im November 1945 aus französischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrte und sich beim Arbeitsamt meldete, wurde er von einem Kommunisten, der ihn aus dem KZ kannte, „sofort zu den Nazis zum Baumfällen eingeteilt“<sup>52</sup>. Eine Maßnahme, die alte Narben ebenso aufbrechen ließ wie der Fall Gleixner<sup>53</sup>, der noch heute die Gemüter der Fürther Altgenossen bewegt: Der Kommunist Gleixner saß im Sommer 1945 in der Gastwirtschaft Bleisteiner in der Friedrichstraße mit etwa 15 bis 20 Sozialdemokraten zusammen, die glaubten, Gleixner habe sich gewandelt und suche Anschluß an die SPD. Nachdem er sich die Namen seiner früheren politischen Gegner notiert hatte, gab er sich als Mitarbeiter des CIC zu erkennen, verwies auf eine Verordnung der Militärregierung, wonach sich nicht mehr als fünf Personen an einem Ort versammeln dürften, und forderte die Sozialdemokraten auf, die Gastwirtschaft zu verlassen.

Da und dort schien sich aber auch in „unserer“ Region die Hoffnung auf ein Zusammengehen der beiden Arbeiterparteien zu erfüllen. In der Arbeitersiedlung Oberasbach im Süden von Nürnberg arbeiteten Kommunisten und Sozialdemokraten in einer Antifaschistischen Einheitsfront zusammen<sup>54</sup>. In Vach rief die KPD ihre Anhänger auf, den sozialdemokratischen Bürgermeister zu unterstützen<sup>55</sup>. In Fürth organisierten ehemalige KZ-Häftlinge aus beiden Parteien mit Hilfe der amerikanischen Militärregierung eine Transportgenossenschaft; auch die Arbeit in der städtischen KZ-Betreuungsstelle ergab manche gute Kooperation<sup>56</sup>. Vor allem die Gedenkfeiern für die Opfer des Faschismus hielten den Gedanken an eine Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wach, etwa in Burgfarrnbach, wo sich im März 1946 rund 300 Kommunisten und Sozialdemokraten ihrer Märtyrer erinnerten<sup>57</sup>.

Diesen Ansätzen bereitete vor allem Kurt Schumacher ein Ende. Überzeugt davon, daß es der KPD – wie in Weimar – nicht gelingen werde, sich von der Rolle als Handlanger der sowjetischen imperialistischen Außenpolitik freizumachen, sprach er den

<sup>50</sup> Vgl. dazu Fränkische Tagespost vom 7. und 14. Oktober 1927 und schriftliche Mitteilung von Konrad Grünbaum vom 8. Januar 1984; vgl. auch Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise, S. 359.

<sup>51</sup> Mündliche Mitteilung von Konrad Grünbaum vom 29. November 1984.

<sup>52</sup> Schriftliche Mitteilung von Konrad Grünbaum vom 8. Januar 1984.

<sup>53</sup> Zum Fall Gleixner vgl. die in Anm. 24 genannten Festschriften der Fürther SPD.

<sup>54</sup> Vgl. dazu das Kapitel über den Verwaltungsaufbau nach 1945, S. 88 ff.

<sup>55</sup> Vgl. Nürnberger Nachrichten vom 26. Januar 1946.

<sup>56</sup> Zur Tätigkeit der KZ-Betreuungsstelle vgl. StA Nürnberg, Reg von Mittelfranken (1978), Nr. 6871.

<sup>57</sup> Vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 9. und 13. März 1946.

Kommunisten die Fähigkeit ab, „am deutschen Wiederaufbau als eigenständige, die nationalen Interessen gebührend berücksichtigende Kraft teilzunehmen“<sup>58</sup>. Eine Verständigung mit der KPD war somit ausgeschlossen. Als er im Frühjahr 1946 vor den überfüllten Rängen des Stadttheaters in Fürth sprach, schärfte er seinen Genossen diesen Standpunkt erneut ein: Ein Zusammengehen mit den Kommunisten, diesen „rotlackierten Nazis“, wie er sie zuweilen nannte, komme nicht in Frage. Hausladen und die Fürther Kommunisten schäumten und entfesselten eine Propagandakampagne gegen den SPD-Vorsitzenden. Das Klima zwischen KPD und SPD war seitdem auf Jahre hinaus vergiftet<sup>59</sup>.

So sehr die alten Weimarer die Absage Schumachers an die Kommunisten begrüßten, so wenig behagte ihnen das Diktum aus Hannover: „Nicht Wiederaufbau, sondern Neuaufbau“ der Partei sei das Gebot der Stunde, die SPD müsse eine große linke Volkspartei werden und sich deshalb mit Nachdruck darum bemühen, die Mittelschichten zu gewinnen<sup>60</sup>. Als Traditionalisten reinsten Wassers waren Hans Rupprecht, Hans Teichmann und Hans Schmidt Neuerungen gegenüber skeptisch, andererseits kamen sie als disziplinierte Parteiarbeiter gar nicht auf den Gedanken, sich der Parteispitze zu widersetzen. Ohne innere Überzeugung machten sie die Öffnung zur Mitte hin mit, die in Fürth vor allem von Parteineulingen wie Erich Herrmann und Wilhelm Kluth und von jüngeren Genossen forciert wurde. Diese hatten sich in den zurückliegenden Jahren namentlich durch die Zeit bei der Wehrmacht vom alten sozialdemokratischen Milieu entfernt, dessen Enge und Isolation sie zunehmend mehr verspürten. Ihre Bejahung der Parolen Schumachers, nun die SPD auch für Bürgerliche wählbar zu machen, führte sie auch zu starker Zurückhaltung, als die SPD 1945/46 darüber beriet, ob die sozialdemokratischen Arbeitervereine wieder ins Leben gerufen werden sollten.

#### Exkurs: „Heraus aus dem Ghetto“ – Die Auseinandersetzungen um die Wiedergründung der Arbeitervereine

Ein klassenspezifisches „Lager“<sup>61</sup> mit eigenen Kultur-, Konsum-, Selbsthilfe- und Freizeitorganisationen war in Ansbach und Fürth vor 1933 weniger stark ausgebildet gewesen als in den großstädtischen Industrieregionen im Ruhrgebiet oder in Mittel-

<sup>58</sup> Klotzbach, Auf dem Weg zu Staatspartei, S. 70.

<sup>59</sup> Vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 20., 23. und 27. März 1946 und den Artikel von Staritz über die KPD, in: Stöss, Parteien-Handbuch, Bd. 2, S. 1805.

<sup>60</sup> Vgl. Klotzbach, Auf dem Weg zur Staatspartei, S. 54.

<sup>61</sup> Zum Begriff des „Lagers“ und zum sozialdemokratischen Vereinswesen vor 1933 vgl. u.a. die Beiträge in dem von Gerhard A. Ritter herausgegebenen Sammelband, Arbeiterkultur, Königstein/Ts. 1979 sowie Jürgen Kocka (Hrsg.), Arbeiterkultur im 19. Jahrhundert, Göttingen 1979 (in: Geschichte und Gesellschaft 5 (1979), Heft 1). Vgl. auch Hartmut Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt/Main 1980; Horst Ueberhorst, Frisch, frei, stark und treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893–1933, Düsseldorf 1973, sowie die grundlegende Studie von Dieter Langewiesche, Zur Freizeit des Arbeiters. Bildungsbestrebungen und Freizeitgestaltung österreichischer Arbeiter im Kaiserreich und in der Ersten Republik, Stuttgart 1979. Vgl. auch ders., Politik–Gesellschaft–Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXII. Bd. (1982), S. 359–402. Vgl. auch Mehringer, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, S. 307 und Anton Großmann, Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand. Am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD, in: Ebenda, S. 438.

deutschland, wo der Arbeitersportbund mit seinen über eine Million Mitgliedern (1928) oder der Deutsche Arbeiter-Sängerbund mit rund 320 000 Mitgliedern (1932) ihre stärksten Wurzeln hatten. Die Zusammensetzung aus Arbeitern, Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden mit ihren z. T. unterschiedlichen Bedürfnissen hatte es der SPD nicht erlaubt, von der Wiege bis zur Bahre alle Lebensbereiche ihrer Mitglieder so umfassend zu betreuen wie in reinen Industriegebieten. Mit Hilfe von sogenannten Patenschaften hatte sich aber auch hier das sozialdemokratische Vereinswesen von den Großstädten über Kleinstädte bis in den letzten Winkel der fränkischen Provinz ausgebreitet<sup>62</sup>. Selbst in Ansbach mit seinen wenigen größeren Gewerbebetrieben hatten am Ende der Weimarer Republik nicht weniger als zehn Arbeitervereine existiert: die Naturfreunde, der Arbeiterrad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“, der Gebirgstrachtenverein „Almenrausch und Edelweiß“, eine Sektion der Proletarischen Freidenkerbewegung, ein Arbeiterschachklub, ein Freier Kraftsportverein, der Arbeitergesangsverein „Union“, eine kleine Gruppe des Arbeiter-Esperanto-Bundes, der Verein Arbeiterwohlfahrt und der Turn- und Sportverein Fichte<sup>63</sup>. Auch in kleinen Dörfern und Marktflecken mit kaum mehr als tausend Einwohnern hatten sich Arbeiter, die sich im bürgerlichen Turn-, Kraftsport- und Gesangsverein nicht wohlfühlten oder dort gar nicht erst aufgenommen wurden, kurz nach der Jahrhundertwende zu eigenen Vereinen zusammengeschlossen. In Roßtal im Landkreis Fürth, das 1910 gerade 1300 Einwohner zählte, war ein Ableger der Solidarität, ein Arbeitergesangsverein und ein Arbeitersportverein gegründet worden<sup>64</sup>. Und auch in Boxdorf mit seinen 500 Einwohnern, damals ein kleines Bauerndorf mit einigen Pendlern nach Nürnberg und Fürth, hatte sich eine Gruppe von Arbeitern zu einem Gesangsverein „Liedertafel“ und einer Sektion der „Solidarität“ zusammengetan<sup>65</sup>.

Die Auflösung auch der nichtpolitischen „marxistischen Organisationen“ durch die nationalsozialistischen Machthaber war für die meisten der Arbeitervereine überraschend gekommen. Der Gesangsverein Lyra in Roßtal hatte in seiner Generalversammlung im Januar 1933 noch frohen Mutes ein Fest zum 25jährigen Bestehen des Vereins vorbereitet, das im Mai mit einem großen Ball gefeiert werden sollte. Wenige Wochen später notierte der Schriftführer Jean Greinel ins Protokollbuch: „Notgedrungen durch die gegenwärtige Lage wurde beschlossen, unseren Arbeiter-Gesangsverein ‚Lyra‘ laut Beschluß der Verwaltungssitzung vom 18. März 1933 aufzulösen.“<sup>66</sup> Nach dem Erlaß der Gesetze über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 und über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom

<sup>62</sup> Mündliche Mitteilung von Erich Löschner und Hans Kern vom 2. April 1984. Vgl. auch die Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Solidarität Fürth/Vach aus dem Jahre 1983, die von ähnlichen Patenschaften berichtet.

<sup>63</sup> Vgl. dazu eine Aufstellung der Ansbacher Polizei vom 15. Februar 1934 über „Beschlagnahme von Vermögenswerten aus Anlaß der Staatsumstellung“, in: Stadtarchiv Ansbach, ABc K/3/28.

<sup>64</sup> Mündliche Mitteilung von Ludwig Zahn vom 6. April 1984. Zum Vereinswesen im Landkreis Fürth vor 1933 vgl. das aus dem Jahre 1926 stammende Verzeichnis der nichtpolitischen Vereine, das aufgrund einer Verfügung des Bezirksamtes Fürth vom 21. November 1925 entstand, in: StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 103.

<sup>65</sup> Ebenda.

<sup>66</sup> Vgl. das Protokollbuch des Gesangsvereins Lyra Roßtal, in: Unterlagen des Gesangsvereins, die jeweils beim Schriftführer verwahrt werden.

14. Juli 1933 waren überall SA- und Polizeieinheiten angerückt<sup>67</sup> und hatten Klaviere, Turngeräte, Sportplätze, Bibliotheken und die im Eigenbau errichteten Heime beschlagnahmt. Nach Kriegsende dauerte es oft Jahre, bis die Vermögen der Arbeitervereine, wenn sie überhaupt noch vorhanden waren, zurückerstattet werden konnten. Der Turn- und Sportverein Fürth, den 1895 Hans Böckler und Hans Vogel mitgegründet hatten, mußte bis 1950 warten, ehe er sein altes Sportgelände wieder sein eigen nennen konnte<sup>68</sup>, der TSV Fichte aus Ansbach sogar noch ein Jahr länger<sup>69</sup>.

Vor allem aber fehlte es nach Kriegsende an Aktiven; viele waren gefallen, andere befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft und Nachwuchs war kaum zu gewinnen, wie man an der Spitze der SPD richtig erkannte: „Die Sportler, die unter der Hitlerherrschaft aufgewachsen sind, kennen die frühere Arbeitersportbewegung überhaupt nicht, und werden dafür auch nicht ohne weiteres gewonnen werden können.“<sup>70</sup> Der einst mitgliederstarke TSV Fichte konnte 1945 nur mit zwei Dutzend Aktiven rechnen, die aber durch HJ-Dienst und Krieg ganz aus dem traditionellen Kreislauf von Arbeit, Familie und Verein herausgerissen worden waren und sich so gezwungenermaßen vom alten „Fichte-Geist“ emanzipiert hatten. Sie reagierten meist nur mit Unverständnis, wenn die alten Funktionäre von den früheren tiefgreifenden Gegensätzen zwischen „roten“ und bürgerlichen Vereinen erzählten.

Viele Arbeitervereine machten deshalb in der Region um Ansbach und Fürth nach Kriegsende nicht einmal mehr den Versuch, die alten Traditionen fortzuführen, so etwa die Proletarischen Freidenker oder der Esperanto-Bund; über die von ihnen propagierten Ziele war die Zeit offenbar ebenso hinweggegangen wie über die Arbeiterbildungsvereine. Nur einige wenige Vereine holten nach Kriegsende die alten Fahnen, Lieder- und Protokollbücher, die sie 1933 versteckt hatten, wieder hervor und machten unbeirrt im alten Geist weiter. Die Lyra in Roßtal fand sich schon im Februar 1946 wieder zusammen. Bei der Gründungsfeier im Gasthaus Kandel traten ihr sogleich etwa 100 alte Sänger bei. Zum neuen Vorsitzenden wurde der alte Vorsitzende aus der Weimarer Zeit, Georg Haspel, gewählt, der Schlosser Jean Greinel („konnte der schön schreiben“) fungierte wieder als Schriftführer<sup>71</sup>. In Zirndorf und Fürth taten sich alte Solidaritäts-Sportler wieder zusammen. Auch die Naturfreunde beider Städte erlebten eine Neuauflage, ebenso der Arbeitergesangsverein „Liedertafel“ in Boxdorf.

<sup>67</sup> Vgl. dazu Aufstellung der Ansbacher Polizei vom 15. Februar 1934 über „Beschlagnahme von Vermögenswerten aus Anlaß der Staatsumstellung“, in: Stadtarchiv Ansbach, ABc K/3/28 sowie Bericht der Stadt Ansbach über den Vollzug der Gesetze über Enteignung von zu nationalen Zwecken verwendetem Gut, 13. Mai 1933, in: Ebenda. Vgl. auch StA Nürnberg, LRA Ansbach (1961), Nr. 2316. Mündliche Mitteilung von Otto Gellinger vom 4. April 1984, Hans Kern vom 2. April 1984 und Ludwig Zahn vom 6. April 1984.

<sup>68</sup> Mündliche Mitteilung von Ernst Voigt vom 10. April 1984. Vgl. auch 75 Jahre. 1895–1970. Turn- und Sportverein Fürth e.V., Fürth 1970 und mündliche Mitteilungen von Karl Knöfel vom 8. Mai 1984 und Anton Schuster vom 8. Mai 1984.

<sup>69</sup> Prot. der Gründungsversammlung vom 7. August 1948, in: Privataarchiv Erich Löschner. Abschrift der Festrede zur 50. Jahresfeier des TSV Fichte, Ansbach vom 27. Juni 1953, in: Ebenda. Vgl. dazu die Prot. und sonstigen Unterlagen des TSV Fichte aus den Jahren 1948–1960, in: Ebenda. Vgl. auch Mitteilung der Wiedergutmachungsbehörde Ansbach vom 29. März 1984. Mündliche Mitteilungen von Erich Löschner und Hans Kern vom 2. April 1984.

<sup>70</sup> Fritz Wildung an Heinrich Sorg, 22. August 1946, abgedruckt in: Ueberhorst, Frisch, frei, stark und treu, S. 346.

<sup>71</sup> Schreiben von Georg Haspek, Vors. der Lyra, vom 16. Oktober 1945, in dem er um Lizenzierung des Gesangsvereins bittet, in: StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 106/14; Prot. der „General-Gründung u. Mitgliederversammlung“ vom 3. Februar 1946, in: Unterlagen des Gesangsvereins, die jeweils vom Schriftführer verwahrt werden. Mündliche Mitteilung von Ludwig Zahn vom 6. April 1984; Festschrift: 75 Jahre Gesangsverein Lyra Roßtal 1908–1983, Roßtal 1983.

Die Fürther Arbeiterbaugenossenschaft „Eigenes Heim“ lebte ebenso wieder auf wie die Arbeiterwohlfahrt und der 1932 gegründete Arbeitertennisverein „Grün-Weiß“<sup>72</sup>.

Die große Mehrheit der alten Arbeitervereine hatte aber weder die personellen und materiellen Voraussetzungen, noch den Willen, an die Tradition von vor 1933 anzuknüpfen. Daß Schumacher zu den strikten Gegnern einer Wiedegründung der alten Arbeitervereine gehörte, weil – so schrieb der Sportreferent der SPD Fritz Wildung – seine „politische Konzeption ... weit über die Industriearbeiterschaft“ hinausging und er „große Teile der bisher bürgerlichen Intelligenz für den Sozialismus gewinnen“ wollte<sup>73</sup>, dürfte die Entscheidung der Funktionäre der Arbeitervereine in Ansbach und Fürth kaum beeinflusst haben; denn Schumachers Meinung war ihnen meist nicht bekannt. Beispiele für diese halb erzwungene Neubesinnung der SPD sind aus einigen Orten der Region überliefert: Die Ansbacher Fichtesportler wollten ihr altes Image als roter Verein abstreifen und suchten die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Vereinen<sup>74</sup>. In Stadeln einigten sich 29 Mitglieder des ehemaligen Arbeitergesangsvereins „Lohengrin“, die sich am 17. Februar 1946 im Gasthof „Kalb“ getroffen und über die Zukunft ihres Vereins beratschlagt hatten, darauf, daß der „Name ‚Arbeiter‘ ... in Wegfall“ kommen sollte, „da nur *ein* Verein bestehen soll“<sup>75</sup>. In Vach gab sich der frühere Arbeitergesangsverein „Freiheit“ den neutralen Namen „Volkschor“, das gleiche taten die Unionssänger in Ansbach<sup>76</sup>. Auch der frühere Arbeitergesangsverein „Unter uns“ in Großründlach verzichtete im neuen Namen auf den Zusatz „Arbeiter“<sup>77</sup>.

In einigen Orten gingen sozialdemokratische Funktionäre sogar noch einen Schritt weiter. Zielstrebig bemühten sie sich um die Vereinigung der Überreste der ehemaligen roten und bürgerlichen Vereine. In Zirndorf war der frühere Stadtrat und spätere Landtagsabgeordnete Martin Loos die treibende Kraft bei den Vereinigungsbestrebungen. Der dynamische und gewandte Loos (Jg. 1904)<sup>78</sup>, ein gelernter Mechaniker und Metalldrücker, der seit 1928 den elterlichen Metallwarenbetrieb führte, hatte durch seine berufliche Tätigkeit schon in der Weimarer Zeit den engen Kontakt zum sozialdemokratischen Milieu verloren. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten hatte er auch als ein Scheitern seiner Partei empfunden, die, befangen in längst überlebter klassenkämpferischer Programmatik, zu einer volksparteilichen Ausweitung nicht fähig gewesen war. Als er 1940 einberufen und nach München dienstverpflichtet wurde, wo er kaum mehr mit Gleichgesinnten zusammentraf, hatte er sich der alten SPD fast ganz entfremdet. Selbst Sangesbruder und Sportkamerad, glaubte er, daß die frühere Klassensegmentierung des Vereinswesens nach den egalisierenden Erfahrungen von NS-Zeit, Krieg und Niederlage obsolet geworden sei. Wenn die SPD breitere Schich-

<sup>72</sup> Festschrift. 75 Jahre Solidarität Fürth-Vach 1983, Fürth 1983. Mündliche Mitteilungen von Friedrich Eisenmann vom 5. April 1984 und Walter Frank vom 4. April 1984. Vgl. die Unterlagen, in: StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 106/2 b. Jubiläumsschrift aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Baugenossenschaft Eigenes Heim in Fürth, Fürth 1958.

<sup>73</sup> Vgl. Anm. 70.

<sup>74</sup> Mündliche Mitteilungen von Erich Löschner und Hans Kern vom 2. April 1984.

<sup>75</sup> Gründungsprot. vom 17. Februar 1946, in: StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 106/15.

<sup>76</sup> Vgl. die Unterlagen in: Ebenda, Nr. 106/17. Mündliche Mitteilung von Ernst Eberlein vom 6. April 1984.

<sup>77</sup> Prot. der Gründungsversammlung vom 11. September 1946, in: StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 106/7.

<sup>78</sup> Zu Martin Loos vgl. Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1962. Vgl. auch Mehringer, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, S. 363, 368.

ten erreichen wolle, müsse sie jetzt darauf verzichten, ihre alten Vereine wiederzugründen und stattdessen die Gunst der Stunde nutzend aktiv am Aufbau neuer Großvereine mitwirken.

Im Winter 1945/46 regte er deshalb zahlreiche Gespräche mit den führenden Männern des Arbeiterturn- und Sportvereins Jahn, des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Solidarität und der beiden bürgerlichen Vereine 1. Fußballclub Zirndorf und Turn- und Sportverein Zirndorf 1861 an, die zu einer Fusion führen sollten, zunächst aber unter keinem guten Stern standen<sup>79</sup>. Vor allem die Funktionäre des TSV hätten ihren traditionsreichen Verein nur zu gerne wieder ins Leben gerufen.

Dem stand freilich ein Erlaß der Militärregierung entgegen, der besagte, daß die Mitgliedschaft in lizenzierten Vereinen nur für politisch einwandfreie Personen offen sei<sup>80</sup>. Den Funktionären des TSV Zirndorf wie auch allen anderen bürgerlichen Funk-

<sup>79</sup> Vgl. Niederschrift über die Sitzung des vorbereitenden Ausschusses zur Schaffung eines Großvereins vom 27. Februar 1946, in: StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 106/12; Niederschrift über die Gründungsversammlung des Allgemeinen Sportvereins Zirndorf am 7. April 1946, in: Ebenda. Mündliche Mitteilungen von Michael Egerer vom 5. April 1984 und Willi Knapp vom 6. April 1984. Vgl. 10 Jahre ASV Zirndorf, Zirndorf 1956.

<sup>80</sup> Mit Wichtigerem beschäftigt, hatte die Besatzungsmacht dem Sport und Vereinswesen nach dem Einmarsch ihrer Truppen kaum Beachtung geschenkt. Niemand wußte, ob es erlaubt war, die alten Vereine weiterzuführen oder neue zu gründen. „Die einzig maßgeblichen Autoritäten in dieser Zeit waren die Truppenkommandeure“, schrieb Heinrich Sorg, ein führender Sportfunktionär der SPD. „Von ihnen hing alles ab. Man mußte ihnen die Sache vortragen und sie um eine Lizenz bitten ... Aber die Truppenkommandeure wechselten in rascher Folge, wenn man bei dem einen ungefähr klagelassen war, wurde er versetzt, und man hatte bei dem neuen Kommandeur das Spiel wieder von neuem zu beginnen. Aber es half alles nichts, man mußte ein ‚Papier‘ haben.“ Heinrich Sorg, Von der Stunde Null bis zum Deutschen Sportbund, in: Jahrbuch des Sports 1955/56, Frankfurt/Main 1955, S. 79. Erst im Zuge einer sich verschärfenden Entnazifizierungspolitik begannen sich die Besatzungsmächte auch für das Vereinswesen zu interessieren, nicht zuletzt weil sich wohl der Verdacht ergeben hatte, hinter harmlos klingenden Vereinsnamen könnten sich militärische oder paramilitärische Organisationen verbergen. Um dieser Gefahr zu begegnen, lösten die Besatzungsmächte mit der Kontrollratsdirektive Nr. 23 vom 17. Dezember 1945 alle bestehenden Sportvereine auf und räumten lediglich ein, daß das „Bestehen nicht-militärischer Sportorganisationen örtlichen Charakters auf deutschem Gebiet ... gestattet“ sei, sofern diese Organisationen Sportarten pflegten, „denen in keiner Weise eine militärische Bedeutung zukommen“ könne. Kontrollrats-Direktive Nr. 23: Beschränkung und Entmilitarisierung des Sportwesens in Deutschland, 17. Dezember 1945, in: Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Stuttgart 1947 ff. (Sammlung Hemken). Damit war zumindest im Sport der „gesetzlose Zustand“ (Sorg, Stunde Null, S. 81) beendet, die übrigen Vereine wußten noch immer nicht, woran sie waren. Dabei blieb es in der amerikanischen Zone bis zum Sommer 1946 – zumindest theoretisch, denn vor Ort genehmigten die Militärregierungen immer wieder Wander-, Kraft- und Gesangsvereine oder drückten beide Augen zu, wenn sie von „wilden“ Gründungen erfuhren. Im August 1946 rückte OMGUS schließlich von der Kontrollratsdirektive Nr. 23 ab und erlaubte die Lizenzierung geselliger Vereine und bruderschaftlicher Vereinigungen auf Ortsebene. OMGUS an OMGB, 2. August 1946, in: StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 106 a; vgl. auch OMGB an MinPräs Hoegner, 26. August 1946, in: Ebenda, sowie Bay. Innenministerium an alle Regierungspräsidenten, 22. November 1946, in: Ebenda. Bis sich Amerikaner und Deutsche allerdings auf die Ausführungsbestimmungen zur OMGUS-Order einigten, verging ein halbes Jahr, und erst im Januar 1947 konnten die Landräte und Oberbürgermeister öffentlich bekanntgeben, daß sich „gesellige Vereinigungen ... auf örtlicher Basis (Gemeinde oder Kreis)“ organisieren könnten. Vgl. das vom LR Fürth am 23. Januar 1947 herausgegebene Merkblatt, in: Ebenda. „Die Mitgliedschaft des Vereins ist nur für vollkommen politisch einwandfreie Personen offen und kann Personen umfassen, die auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ... nur als *Mitläufer* erklärt wurden ... Ehemalige Kriegsteilnehmer sind nicht berechtigt, eine gesellige ... Vereinigung zu organisieren ... Vereine, die bereits von der Militärregierung nach früheren Richtlinien zugelassen worden sind, sind verpflichtet, ihre Mitglieder nach diesen Weisungen zu überprüfen und Hauptschuldige, Belastete und Minderbelastete unverzüglich auszuschließen.“ Ebenda. Diese scharfen Bestimmungen blieben bis 1948 in Kraft. Bis dahin durften Mitläufer nur „einfache Mitglieder, aber keine Organe, z. B. Vorstandsmitglieder, sein“. Lediglich Sportvereine genossen eine gewisse Sonderbehandlung. Mit Genehmigung der Militärregierung konnten nämlich Mitläufer *niedere* Funktionen wie „Fußballwarte, Geräteverwalter“ ausüben. Bay. Innenministerium an alle Regierungspräsidenten, 30. Juni 1947, in: StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 106 a.



tionären waren somit die Hände gebunden, denn die „früheren Sportführer und Fachkräfte waren seinerzeit“, so beurteilte der Chef der katholischen Jugend Ludwig Wolker die Lage in den Westzonen, „zum großen Teil von der NS-Sportorganisation übernommen“ worden und „so zwangsläufig PG geworden“. Sie konnten sich „deshalb jetzt nicht aktiv in die Führung des Sports“ einschalten<sup>81</sup>. Da niemand sagen konnte, wann die Militärregierung ihre strengen Bestimmungen lockern würde, machten die TSV-Sportler wohl oder übel bei der Gründung des Großvereins mit, die ihnen auch dadurch etwas schmackhafter gemacht wurde, daß die Arbeitersportler, obwohl die Mehrheit im Verein, darauf verzichteten, die Vorstandschaft ganz aus den eigenen Reihen zu besetzen. Der erste Vorsitzende kam vom 1. Fußballclub, sein Stellvertreter vom TSV 1861<sup>82</sup>.

Erfolgreiche Fusionen gab es auch in Roßtal<sup>83</sup> und in Cadolzburg. „Am 9. Dezember 1945 haben sich in Cadolzburg 80 Antifaschisten zur Gründung des Turn- und Sportclub Cadolzburg zusammengefunden“, so hieß es in einem Schreiben der Vereinsführung. „Die Gründung hat sich aus dem bis 1945 bestehenden Turnverein 1886 und dem 1933 aufgelösten Arbeiter-Sportclub Cadolzburg vollzogen.“<sup>84</sup> Die Initiative war von aktiven Sportlern des Turnvereins ausgegangen, die gleichsam heimatlos waren, „nachdem die ganze Vorstandschaft des Vereins politisch sehr belastet“ und „eine Weiterführung des Vereins nicht möglich war“<sup>85</sup>. Die Arbeitersportler zögerten lange, ob sie das Angebot des Rest-TV, der vor 1933 als Verein der „Besseren“ gegolten und auf Distanz zu den „Roten“ gehalten hatte, annehmen sollten. Die älteren Sportgenossen liebäugelten mit der Wiedergründung ihrer „Germania“, die bis 1933 vor allem das Ringen gepflegt hatte. Die Jüngeren aber, die mit dem Ringen allein nicht mehr zufrieden waren, sondern auch andere Sportarten treiben wollten, drängten auf den Zusammenschluß mit dem TV, der erfahrene Fußballer und Faustballer in seinen Reihen hatte. Schließlich gaben die Älteren nach, damit „in Zukunft ... auf dem Gebiet des Sportes eine Einheit geschaffen“ werden könne<sup>86</sup>. Wie von Schumacher gefordert, hatte die SPD auch in Cadolzburg die gar nicht mehr so großen Überreste der Kultur der Arbeitervereinsbewegung über Bord geworfen und damit, so hofften die Parteiführer wenigstens, wesentliche Voraussetzungen für den politischen Durchbruch geschaffen.

<sup>81</sup> Ludwig Wolker, Jugendkraft. Vom Ziel und Aufbau des Sports in katholischer Gemeinschaft, Altenberg 1948, S. 6.

<sup>82</sup> Niederschrift über die Gründungsversammlung des ASV Zirndorf am 7. April 1946, in: StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 106/12. Mündliche Mitteilungen von Michael Egerer vom 9. April 1984 und Willi Knapp vom 6. April 1984.

<sup>83</sup> Vgl. StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 106/14; mündliche Mitteilung von Ludwig Zahn vom 6. April 1984.

<sup>84</sup> TSC Cadolzburg an Sportbeauftragten des Landkreises Fürth, 4. Juni 1946, in: StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 106/5; Prot. der Generalversammlung vom 9. Dezember 1945, in: Ebenda.

<sup>85</sup> Prot. der Generalversammlung vom 9. Dezember 1945, in: Ebenda. Vgl. TSC Cadolzburg an LRA Fürth, 26. Dezember 1947, in: Ebenda.

<sup>86</sup> Prot. der Generalversammlung vom 9. Dezember 1945, in: Ebenda. Mündliche Mitteilung von Georg Gessel vom 9. April 1984 und Günther Deindörfer vom 9. April 1984.

## 2. Die CSU – Mühseliger Start der interkonfessionellen Sammelpartei

Während Sozialdemokraten und Kommunisten bereits seit Monaten eine rege Tätigkeit entfalteten und z.T. auch schon die offizielle Lizenz der Militärregierung erhalten hatten, waren die bürgerlichen Kreise des fränkisch-protestantischen Milieus, das vor 1933 ein fruchtbarer Nährboden für völkisches und nationalistisches Gedankengut gewesen war, noch immer politisch gelähmt und orientierungslos. Rechtsparteien, die an nationalistische und nationalliberale Traditionen hätten anknüpfen können, waren nach dem Willen der Besatzungsmacht verboten, die meisten Träger dieser Tradition auch zu sehr belastet oder zu vorsichtig. Sie wagten nach dem Ende der NS-Herrschaft nicht, sofort wieder politisch hervorzutreten<sup>87</sup>. Als Kristallisationskerne für politische Aktivitäten auf bürgerlicher Seite blieben fast nur christlich-kirchliche Gesinnungsgemeinschaften und alte BVP-Gruppen. Daneben erlangten auch kleinere liberale Zirkel und Freundes- und Bekanntenkreise aus den kirchlichen Laienorganisationen sowie Reste der Freimaurerbewegung Bedeutung. Sie waren zwar während der NS-Zeit politisch zumeist nicht in Erscheinung getreten, hatten aber an ihrer Gesinnung festgehalten und waren gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda immun geblieben<sup>88</sup>. Es dauerte so geraume Zeit, bis sich die Idee einer bürgerlichen Partei über freundschaftliche und bekanntschaftliche Beziehungen, die sich auch während der NS-Zeit bewährt hatten, ausbreitete und weitere Kreise erfaßte.

Seit Frühsommer 1945 war in Ansbach bekannt, daß sich in vielen Städten christlich gesinnte bürgerliche Gruppen zu einer interkonfessionellen Sammelpartei zusammengetan hatten. Man wußte: In Berlin bereiteten Andreas Hermes und Jakob Kaiser zusammen mit alten Zentrumspolitikern und christlichen Gewerkschaftlern die Gründung der CDU vor; ihr „Aufruf an das deutsche Volk“ vom 26. Juni 1945 enthielt eine leidenschaftliche Verurteilung des Hitlerismus und die Aufforderung zur Sammlung der christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte. In Köln verzichteten Zentrumsfunktionäre auf die Wiederbelebung ihrer alten Partei und verständigten sich mit evangelischen und liberalen Kreisen auf die Gründung einer CDU-Gruppe und die Verabschiedung der sozialreformerischen „Kölner Leitsätze“. In Bayern – vor allem in München, Bamberg und Würzburg – propagierten Josef Müller und Adam Stegerwald die Idee einer „christlich-interkonfessionellen Sammlungsbewegung und Massenpartei mit sozialevolutionären Impulsen“<sup>89</sup>. Der Sammlungsgedanke lag damals in der Luft. Die heillose Zersplitterung der bürgerlichen Parteien in der Weimarer Zeit und deren Unfähigkeit, zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen Brücken zu schlagen, hatten in den Augen vieler wesentlich zum Scheitern der Republik beigetragen. Auch die Erfahrung mit den antikirchlichen Maßnahmen und der antichristlichen Ideologie des NS-Regimes, die beide Konfessionen gleichermaßen bedroht hatten, förderte die Bildung einer „Einheitsfront aller christlichen Bekenntnisse“. Die in bürgerlich-christli-

<sup>87</sup> Vgl. Mintzel, CSU, S. 84.

<sup>88</sup> Vgl. dazu besonders Martin Broszat, *Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. IV, S. 691 ff.

<sup>89</sup> Mintzel, CSU, S. 83. Zur Wiedergründung der CDU/CSU vgl. neben der in Anm. 3 zitierten Literatur den Beitrag von Ute Schmidt über die CDU, in: *Stöss, Parteien-Handbuch*, Bd. 1, S. 490–660.

chen Kreisen nach 1945 virulente Furcht vor einem Linksrutsch tat schließlich ein übriges, Katholiken und Protestanten zusammenrücken zu lassen<sup>90</sup>.

Der „Zusammenschlußgedanke“ fand freilich keineswegs überall ungeteilten Beifall. In Westfalen und Niedersachsen fürchteten manche „Wächter der alten Zentrumstradition“, in der gemischt-konfessionellen CDU könnten nationale und liberale protestantische Kreise das katholische Element in den Hintergrund drängen. Sie traten deshalb für die Wiedergründung des Zentrums ein, das in einigen katholischen Regionen tatsächlich zu einer ernsthaften Konkurrenz für die CDU wurde. Auf evangelischer Seite widersetzten sich ebenfalls viele dem Unions-Konzept; den einen war die CDU zu demokratisch-sozial, den anderen zu sozialistisch und den dritten zu westdeutsch-antipreußisch<sup>91</sup>. Auch in Bayern waren die Aussichten einer christlichen Sammelpartei von Katholiken und Protestanten nicht durchweg rosig. Vor allem im katholischen Albayern hätten es viele vorgezogen, die BVP wieder ins Leben zu rufen. Er habe die Sorge, so meinte der designierte Vorsitzende der CSU, Josef Müller, „die unterschiedlichen Einstellungen der beiden Gruppen würden sich wieder geltend machen, wenn die anfängliche Furcht vor den Linken nachlasse. Die katholischen Separatisten oder die protestantischen Nationalisten oder beide könnten dann von der Union abfallen.“<sup>92</sup>

Die Ansbacher Honoratiorenschaft war vorerst noch nicht bereit, dem Beispiel Berlins und Münchens zu folgen. Anders die evangelische Geistlichkeit, die der Vorsprung der beiden Arbeiterparteien zunehmend mehr bekümmerte. Führender Kopf war hier Oberkirchenrat Georg Kern<sup>93</sup>, einst unversöhnlicher Kritiker des NS-Regimes. Um ihn hatten sich in der NS-Zeit zahlreiche, im evangelischen Kirchenkampf bewährte Christen gesammelt, die dem Nationalsozialismus gegenüber mehr und mehr auf Distanz gegangen waren. Kern, sein Duz-Freund Pfarrer Heinrich Seiler, der vor 1933 dem Christlich-Sozialen Volksdienst angehört hatte, und andere Mitglieder der Gruppe hatten vor 1945 oft miteinander diskutiert und waren dabei zu ähnlichen Ergebnissen gekommen wie die anderen Gründerzirkel der CSU. Sie täuschten sich nicht darüber, daß die Wiederbelebung der früher von der evangelischen Kirche favorisierten Deutschnationalen Volkspartei oder des nationalistischen Landbundes nach dem weitgehenden Verschleiß nationaler und völkischer Emotionen durch den Nationalsozialismus kaum größeren Anklang finden würde. Sie waren der Überzeugung, daß die im Namen der neuen Partei angedeutete Verbindung von Christlichkeit und sozialem Engagement am besten den Erfordernissen der Zeit entsprach. Schon in den während der letzten Kriegsphase wieder überfüllten Kirchen hatten sie erleben können, wie groß die Bereitschaft zum Rekurs auf den alten christlichen Glauben wieder geworden war, nachdem das NS-Regime seine Attraktivität verloren hatte. Und schließlich erkannten sie auch, daß im politischen Zusammenschluß von Katholiken

<sup>90</sup> Vgl. dazu Henke/Woller, *Lehrjahre der CSU*, S. 9.

<sup>91</sup> Vgl. dazu zusammenfassend den Beitrag von Helga Grebing über die Parteienentwicklung nach 1945, in: Benz, *Die Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1, S. 135–138.

<sup>92</sup> Zit. nach Borsdorf/Niethammer, *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S. 235.

<sup>93</sup> Vgl. Woller, *Demokratiebereitschaft in der Provinz*, S. 337f. Vgl. auch Emma Lösch, *Aus dem Leben der Ansbacher Gemeinden während des Kirchenkampfes 1933–1945*, unveröffentlichtes Manuskript (Privatsitz Emma Lösch).

und Protestanten wohl die einzige Chance lag, eine Übermacht der Linksparteien zu verhindern<sup>94</sup>.

Wie Kern und Seiler dachten damals nur wenige innerhalb der evangelischen Geistlichkeit im Raum Ansbach. Man war sich einig, „daß wir Christen nicht abseits von dem politischen Leben unseren kirchlichen Kohl bauen können, so verlockend das sein möchte“. Übereinstimmung herrschte darüber, daß die CSU unter den gegebenen Umständen zu unterstützen sei – trotz der „Reminiszenzen, die wir als Evangelische gegen diese Union auf dem Herzen haben“ und trotz der „Gefahr ... daß das Wort von den protestantischen Rompilgern zu einer späten Wahrheit werden könnte“<sup>95</sup>. Strittig war aber die Frage, wie weit das Engagement der Geistlichen gehen sollte. Die Mehrzahl scheute den Weg in die Politik. Nach der politischen „Überhitzung“ vieler evangelischer Pfarrer in der Weimarer Republik und in den dreißiger Jahren hatte ein Großteil den Rückzug ins Pfarrhaus auch als innere Reinigung empfunden. In einem Vortrag auf dem Pfarrkonvent in Leutershausen am 6. Mai 1946 wurden die Vorbehalte deutlich formuliert:

„Diejenigen, die dabei [Gründung der CSU] den Hintergedanken hatten, mittels dieser Partei die christliche Sache gegenüber dem Staat und der Öffentlichkeit zu stärken – übrigens ein ganz glaubensloser, unbiblischer Gedanke! – die werden erfahren, daß sie höchstens das Gegenteil erreichen, und daß das alte Wort auch heute noch wahr ist: ‚Verflucht ist, wer Fleisch für seinen Arm hält‘. Die deutsche Christenheit von heute, die diesen Fluch am Schicksal der DC sich hat vollziehen sehn, sollte gegen eine Wiederholung dieses Experiments gefeit sein ...

Der christliche Staat ist ein für allemal als ein unerfüllbarer Wunschtraum offenbar geworden. Deshalb sollte man Theologen nicht eigens darauf aufmerksam machen müssen, daß wir Pfarrer uns auf keinen Fall frisch-fröhlich in das gefährliche Fahrwasser des polit. Handelns stürzen können, sondern nur mit großen Hemmungen und mit höchster Vorsicht.“<sup>96</sup>

Kern ließ sich von diesem Zögern nicht anstecken. Er war zur Gründung einer CSU-Ortsgruppe ins Ansbach fest entschlossen und beauftragte deshalb Seiler, erste Führer nach geeigneten „zivilen“ politischen Weggefährten auszustrecken. Aber wer war außer dem engeren Kreis der Gruppe um Kern noch da? Die Alten und Kranken, Wehruntaugliche und einige Ladenbesitzer und Handwerker, die es aufgrund ihrer Verbindungen fertig gebracht hatten, uk-gestellt zu werden. Die Sozialdemokraten und Kommunisten hatten es etwas leichter. Viele von ihnen, vor allem die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben, waren nicht eingezogen worden, andere galten als wehrunwürdig, so daß sie bei Kriegsende sofort zur Stelle waren, um ihre Partei wieder ins Leben zu rufen. Als erstes trat Seiler an den 52jährigen Drogisten Friedrich Deffner heran, der das Amt eines „Trommlers“ für die CSU übernehmen sollte. Deffner, ein kirchentreuer Protestant, der vorher nie in einer Partei gewesen war, zögerte lange, ließ sich aber dann doch überreden. „Ich vermag alles durch den, der mich mächtig macht“, aus seinem Konfirmationsspruch, der von Seilers Vater – einem Ansbacher

<sup>94</sup> Mündliche Mitteilung von Heinrich Seiler vom 5. Januar 1984.

<sup>95</sup> Vortrag auf dem Pfarrkonvent in Leutershausen am 6. Mai 1946, in: LKA Nürnberg, Bestand: Ev.-Luth. Landeskirchenrat, III, 336 b (Slg.) (694).

<sup>96</sup> Ebenda. Vgl. auch Franz Kühnel, Die CSU und der fränkische Protestantismus 1945 bis 1953, unveröffentlichte Magisterarbeit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, o.J. (1972).

Pfarrer – stammte, glaubte Deffner die Kraft für sein Amt schöpfen zu können<sup>97</sup>. Vor allem bei dem kleinen katholischen Lager in Ansbach fiel Seilers Initiative auf fruchtbaren Boden. Einige führende Katholiken trugen sich zwar mit dem Gedanken, die BVP wieder aufleben zu lassen, die überwiegende Mehrheit unter Führung von Pfarrer Joseph Fruth von der St. Ludwigskirche fand sich aber zur Zusammenarbeit mit den Protestanten bereit. Fruth und Seiler wurden so zu Geburtshelfern der CSU in Ansbach und ihr gutes Einvernehmen blieb auch in kritischen Zeiten der Zukunft das Rückgrat der Union in Ansbach<sup>98</sup>.

Von der Stadt sprang der Funke auf den Landkreis über. Dort tat sich vor allem einer hervor: der spätere Landtagsabgeordnete Georg Mack aus dem kleinen Dorf Auerbach bei Leutershausen. Mack (Jg. 1899), ein arbeitsamer und evangelisch-kirchenfrommer Landwirt aus einer alten Bauernfamilie, der nebenberuflich ein gutgehendes Lagerhaus in seinem Heimatort führte, kannte die Verhältnisse in seinem Landkreis wie kaum jemand. Die Bauern der Umgebung kauften bei ihm ein, sein Lagerhaus war eine Börse für Informationen aller Art. Schon in jungen Jahren galt er als Bauernführer der Region<sup>99</sup>. Dieses Ansehen wuchs noch beträchtlich, als er während des Kirchenkampfes in der NS-Zeit mutig zu seiner Kirche stand und 1934 sogar mit einer kleinen Abordnung nach München fuhr, um bei Regierungs- und Parteistellen gegen die Arrestierung des Landesbischofs zu protestieren. „Die fränkischen Bauern sind ebenso fanatische Vorkämpfer für ihren Glauben, wie sie es gewesen sind für das 3. Reich“, hieß es in einem Protestschreiben an Reichsstatthalter Ritter von Epp, das Mack mitunterzeichnet hatte<sup>100</sup>. Das Beharren auf seinen kirchlichen Bindungen war später auch die Ursache einer etwa 14tägigen Haft. Der bauernschlaue und derbhumorige Mack, der 1945 von den Amerikanern in seinem Heimatort als Bürgermeister eingesetzt worden war, war kein Mann der Öffentlichkeit und alles andere als ein mitreißender Redner, in bäuerlichen Zirkeln hatte er aber große Überzeugungskraft und wurde deshalb schnell zum Motor der CSU im Landkreis. Die Idee einer engen Zusammenarbeit mit den Katholiken hatte sich bei ihm schon 1934 herausgebildet, als Kardinal Faulhaber von München-Freising „für die verfolgte evangelische Kirche Fürbitte“ gehalten hatte. „Hier“, so Mack später, „liegt die Geburtsstunde einer christlich-politischen Einheitsfront.“<sup>101</sup>

Um die Jahreswende 1945/46 waren die Vorbereitungen für die Gründung eines CSU-Kreisverbandes in Ansbach weitgehend abgeschlossen. Nun galt es nur noch, die von der Militärregierung geforderten 30 unbelasteten Bürgen zu finden. Unter Aufwendung aller Überredungskünste nahmen Seiler und Fruth auch dieses Hindernis, das zunächst unüberwindlich erschienen war. Am 2. Februar 1946 fand dann im hinteren Saal des Gasthauses „Zum Mohren“ in der Pfarrstraße die Gründungsversamm-

<sup>97</sup> Mündliche Mitteilung von Heinrich Seiler vom 5. Januar 1984.

<sup>98</sup> Mündliche Mitteilung von Willibald Kornburger vom 13. Juni 1983.

<sup>99</sup> Zu Mack vgl. Fränkische Landeszeitung vom 13. Oktober 1973; Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1948 und schriftliche Mitteilung von Luise Platter, geb. Mack, vom 7. Februar 1984.

<sup>100</sup> Schreiben vom 22. Oktober 1934, abgedruckt in: Georg Mack, Entscheidungsvolle Tage der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern 1934, Ansbach 1958, S. 22 f.

<sup>101</sup> Ebenda. Eine Charakterisierung Macks durch Landrat Neff findet sich in einem Lagebericht des Landrats vom 4. Dezember 1946 an die Militärregierung, in: NA, RG 260, CO 481/1.

lung statt<sup>102</sup>. Der Kreis der Gründungsmitglieder war klein, nur etwa 20 bis 30 Personen fühlten sich damals zur CSU gehörig. Aus den unterschiedlichsten Gründen fanden sie sich im „Mohren“ ein: Bei Frieda Lingmann (Jg. 1901), der selbstbewußten und resoluten Frau des Ansbacher Forstdirektors, war während der NS-Zeit das politische Interesse geweckt worden, als sie sich der Gruppe um den beherzten Oberkirchenrat Kern angeschlossen hatte. Begeistert von der Idee eines Zusammengehens der beiden Konfessionen in der CSU, bedurfte es bei ihr keiner langen Überlegungen, als Seiler sie zum CSU-Beitritt aufforderte<sup>103</sup>. Josef Estner (Jg. 1905) dagegen, wie Frieda Lingmann vor 1945 parteipolitisch nicht engagiert, zweifelte nach seiner Rückkehr aus dem Krieg lange, welcher Partei er beitreten sollte. Daß er sich politisch betätigen und am Wiederaufbau aktiv beteiligen müsse, stand für ihn aber spätestens fest, seitdem er im Frühjahr 1945 das Bahnhofsviertel und die Ludwigskirche in Trümmern gesehen hatte. Angebote von Parteien hatte der umtriebige Estner genug: Ernst Körner von den Sozialdemokraten trat an den angesehenen selbständigen Schreinermeister heran, die Liberalen bedrängten ihn und auch Pfarrer Seiler führte mit Estner einige Gespräche. In einem katholischen Elternhaus streng christlich erzogen, entschied er sich schließlich für die CSU. Die Sozialdemokraten schieden wohl auch deshalb aus, weil Estner nicht vergessen konnte, daß er 1923 als junger Schreiner Geselle von einigen gewerkschaftlich organisierten Streikposten „grün und blau geschlagen“ worden war, als er während eines Streiks arbeiten wollte<sup>104</sup>.

Zu den politischen Neulingen vom Typ Lingmann und Estner gesellten sich einige prominente Repräsentanten des früher dominierenden protestantisch-nationalen Lagers, die 1933 – im Unterschied zu vielen anderen gleicher politischer Gesinnung – der Versuchung widerstanden hatten, sich der NSDAP anzuschließen. Zu ihnen gehörten der erzkonservative Rechtsanwalt Dr. Konrad Ebert<sup>105</sup> (Jg. 1886), vor 1933 Mitglied der DNVP und Vertreter des Bürgerblocks im Ansbacher Stadtrat, der nach 1933 die juristischen Belange der evangelischen Kirche gegenüber den Nationalsozialisten vertreten hatte und so mit dem Kreis von Oberkirchenrat Kern in Berührung gekommen war, und Karl Niebling (Jg. 1892), ein alteingesessener Bürsten- und Pinselmachermeister, der in der Reichstagswahl von 1928 für den „Völkischnationalen Block“ kandidiert hatte<sup>106</sup>. Beide erblickten in der CSU die gleichsam geläuterte Neuaufgabe der DNVP.

Ein ganz anderer Typ unter den Gründern der Ansbacher CSU, aber doch dem protestantisch-nationalen Lager zuzuordnen, war der eher nationalliberale weltläufige ehemalige Botschafter des Deutschen Reiches in Tokio, Ernst-Arthur Voretzsch<sup>107</sup>, der uns schon als energischer Vorsitzender der Spruchkammer Ansbach-Land begegnet ist. Nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst saß er unausgelastet auf seinem Schloß in Colmberg. Fast schien es so, als habe er das Leben auf dem

<sup>102</sup> Vgl. Hist. Rep., Det. Ansbach, 9. März 1946, in: NA, RG 260, 10/80-3/6 und mündliche Mitteilung von Heinrich Seiler vom 5. Januar 1984.

<sup>103</sup> Mündliche Mitteilung von Frieda Lingmann vom 10. Oktober 1984.

<sup>104</sup> Mündliche Mitteilung von Josef Estner vom 16. Oktober 1984.

<sup>105</sup> Vgl. Amtsgericht Ansbach, Registratur S: Nr. 58, und Emma Lösch, Aus dem Leben der Ansbacher Gemeinden während des Kirchenkampfes 1933–1945 (Privatbesitz Emma Lösch).

<sup>106</sup> Vgl. Amtsgericht Ansbach, Registratur S: Nr. 59.

<sup>107</sup> Zu Voretzsch vgl. Mintzel, CSU, S. 256 und Wer ist's 1922, Bd. VIII, S. 1622.

Lande ausprobiert und es auf die Dauer für stumpfsinnig empfunden. Er wollte sich nun deshalb wieder politisch betätigen. Nicht in erster Linie christliche Gesinnung oder Begeisterung für eine Idee führten ihn nach Kriegsende zur CSU, sondern die Sorge, die Linke könne übermächtig werden, und das Gefühl, aufgrund seiner Lebenserfahrung und Charakterfestigkeit jetzt – mehr als zuvor – in einer neuen bürgerlichen Partei gebraucht zu werden.

Komplettiert wurde die kleine Runde, die sich Anfang Februar 1946 im „Mohren“ traf, durch einige kleine Pgs, die sich nicht von der Mitarbeit in der CSU abhalten ließen, obwohl sie den eindeutigen Befehl der Militärregierung kannten, daß Mitgliedern der NSDAP die Betätigung in einer Partei verboten war. Einer von denen, die ihre politischen Hoffnungen auf die konservativ-christliche CSU setzten, war der frühere Polizeioberinspektor Albert Aker<sup>108</sup>, ein Beamter der alten Schule, der sich in der Weimarer Zeit von allen Parteien ferngehalten hatte und 1933, so wurde ihm nach 1945 von allen Seiten bestätigt, nur auf Drängen von Oberbürgermeister Borkholder der NSDAP beigetreten war, da der Bürgermeister das Amt des Polizeichefs ungern einem „Alten Kämpfer“ übertragen wollte. „Meinem Grundsatz, mich nicht politisch zu betätigen, blieb ich auch während meiner Mitgliedschaft bei der NSDAP treu“, schrieb er später<sup>109</sup>. Im Sommer 1945 wegen seiner Parteizugehörigkeit aus der Stadtverwaltung entlassen, fand der gläubige Katholik im katholischen Pfarramt eine Beschäftigung, wo er häufig mit Pfarrer Fruth zusammenkam, der ihn schließlich zum Eintritt in die CSU bewog. Nicht unwesentlich mag seine Entscheidung für die CSU von der Überlegung beeinflusst gewesen sein, die größte bürgerliche Partei könne ihm bei seinen Bemühungen um die Rückkehr in die Stadtverwaltung behilflich sein.

Dank der Initiative Macks gelang es der CSU im Frühjahr 1946, auch viele der von der Militärregierung eingesetzten Dorfbürgermeister zu gewinnen. Er hatte dabei häufig ein hartes Stück Arbeit zu leisten, wie sich am Beispiel des Bürgermeisters des winzigen Bauerndorfes Bernhardswinden zeigen läßt: Der Landwirtschaftsgehilfe Georg Reindler (Jg. 1920)<sup>110</sup>, der 1944 mit einem Schulterdurchschuß aus der Wehrmacht entlassen worden war, hatte nach Kriegsende von den Amerikanern förmlich gezwungen werden müssen, das Amt des Bürgermeisters zu übernehmen – falls er ablehnte, hatte man gedroht, werde ein Pole zum Bürgermeister ernannt. Sich der CSU anzuschließen, die im Landkreis Ansbach seit der Jahreswende 1945/46 von sich reden machte, kam ihm nicht in den Sinn, bis eines Tages Mack, ein alter Freund seines Vaters, im Hof stand und ihn zur Mitarbeit in der neuen Partei aufforderte.

Reindler sträubte sich; er fühlte sich zu jung, außerdem fürchtete er, die Mitgliedschaft in einer Partei könne – wie die Zugehörigkeit zur NSDAP – später wieder einmal eine Belastung sein. Schließlich überwand der in einem streng nationalen Haus aufgewachsene Reindler aber solche Bedenken aufgrund des Drängens von Mack, der ihm die CSU als neue Heimatpartei vorstellte, die es zu unterstützen gelte, wenn man in den kurz bevorstehenden Wahlen das Feld nicht ganz den Linken überlassen wolle. Zwar ließen sich bei weitem nicht alle Bürgermeister zu einem Parteieintritt bewegen; bei vielen war das Unbehagen gegenüber parteipolitischen Bindungen noch zu stark, ebenso der Verdacht, die CSU sei lediglich die Nachfolgerin der katholischen BVP.

<sup>108</sup> Vgl. Amtsgericht Ansbach, Registratur S: Nr. 6.

<sup>109</sup> Ebenda.

<sup>110</sup> Mündliche Mitteilung von Georg Reindler vom 16. Oktober 1984.

Über die Dorfbürgermeister, die dann doch auf den Listen der CSU kandidierten, bot sich der neuen Partei die große Chance, unter den protestantisch-kirchenfrommen Bauern des Landkreises Fuß zu fassen. Kaum einer dieser „Vorposten“ der CSU im ländlichen Milieu hatte vor 1933 einer Partei angehört; fast alle bekannten sich zur evangelischen Kirche und waren – bei einem Durchschnittsalter von 55 Jahren – in der unpolitisch-patriotischen Atmosphäre der Kaiserzeit aufgewachsen<sup>111</sup>.

Von fast gleicher sozialer Herkunft war die Gründergeneration der CSU in Fürth. Auch der Gründungsvorgang ähnelte dem in Ansbach, nur daß hier eine kleine BVP-Gruppe die Initiative ergriff. Es begann damit, daß im Sommer 1945 im Fürther Pfarramt „Unserer lieben Frau“ das Telefon läutete. Geistlicher Rat Knapp, der den Anruf entgegennahm, war überrascht, die Stimme des künftigen CSU-Vorsitzenden Josef Müller zu hören. Müller berichtete, daß sich überall in Bayern Protestanten und Katholiken zu einer bürgerlichen Sammelpartei zusammenschließen begannen. Obwohl ein erklärter Gegner der „politisierenden Geistlichen“<sup>112</sup>, scheute Müller sich nicht, die Geburtshelferdienste der Kirche in Anspruch zu nehmen und forderte den Geistlichen Rat unverblümt auf, sich für die Gründung eines Kreisverbandes der CSU in Fürth einzusetzen. Knapp, der mit Politik wenig zu tun haben wollte, wandte sich daraufhin an seinen Mesner, Fidelius Ulrich, der bis 1933 Mitglied der BVP gewesen war. Ulrich beriet sich mit seinem Sohn Hans und einigen Freunden und Bekannten, die sich vor 1933 in der BVP, im Kolping-Verein und im katholischen Arbeiterverein getroffen hatten und diese Kontakte auch während der NS-Zeit nicht hatten abreißen lassen – unter ihnen auch die einst dominierende Figur der Fürther BVP, Stadtrat Ludwig Hein, der 1933 erwogen hatte, sein Mandat als Hospitant der NSDAP weiter auszuüben<sup>113</sup>. Wie gesinnungsverwandte Gruppen in vielen anderen Orten Frankens, dachte auch der Kreis um Ulrich nicht ernsthaft an die Wiedergründung der BVP. Bei den ersten Gesprächen in der Druckerei von Hans Ulrich in der Schwabacherstraße 90 war man einer Meinung, daß eine Neuauflage der katholischen Partei im zu zwei Drittel evangelischen Fürth wohl ebensowenig Chancen haben würde, wie einst die BVP, die in der Weimarer Zeit nie über sieben Prozent der Stimmen hinausgekommen war. Eine Zusammenarbeit mit der evangelischen Seite schien unverzichtbar, wollte man sich nicht wieder mit einer politischen Randposition begnügen.

Die BVP-Anhänger traten deshalb an die evangelische Geistlichkeit heran und forderten sie auf, die früheren Gegensätze zu vergessen und eine gemeinsame bürgerlich-überkonfessionelle Partei ins Leben zu rufen. Die Begeisterung der evangelischen Pfarrer hielt sich jedoch in Grenzen, alte Ressentiments und Empfindlichkeiten waren noch immer lebendig. Lediglich Pfarrer Otto Ammler von der St. Michaels-Kirche, später Dekan in Schweinfurt, ein entschiedener Anhänger der Idee des christlichen Sozialismus, war sofort mit Feuereifer bei der Sache. Er warb erfolgreich in seinem Freundes- und Bekanntenkreis für die CSU; vorwiegend jüngere Leute, die in der Endphase der Weimarer Republik dem Christlich-Sozialen Volksdienst und während

<sup>111</sup> Die Daten beruhen auf einer Auswertung der Fränkischen Landeszeitung, auf verstreuten Hinweisen im OMGUS-Material und auf der mündlichen Mitteilung von Heinrich Seiler vom 5. Januar 1984.

<sup>112</sup> Henke/Woller, *Lehrjahre der CSU*, S. 85.

<sup>113</sup> Mündliche Mitteilung von Hans Ulrich vom 27. Februar 1984; zur Rolle Heins, der 1933 für kurze Zeit in Schutzhaft war, vgl. auch Sischa, *Gleichschaltung in Fürth 1933/34*, S. 64.



der NS-Zeit der Bekennenden Kirche nahegestanden hatten, erwärmten sich für den Gedanken einer Sammelpartei. Besonders aktiv waren der Volkswirt Hans Drechsel, ein ehemaliger Jugendführer bei den Pfadfindern, der allerdings offiziell nicht in Erscheinung treten konnte, weil er der NSDAP angehört hatte, und Georg Kracker, ein kleiner Beamter und engagierter Christ, der im Fürther Kirchenvorstand saß<sup>114</sup>.

Um über den Vorschlag der katholischen Seite im größeren Kreis debattieren zu können, versammelten sich die politisch interessierten Evangelischen im ehemaligen CVJM-Heim in der Alexanderstraße 28, darunter Kirchenrat Schmetzer und einige Pfarrer. Sie hörten eine kurze Rede ihres Amtsbruders Ammler, der ihnen eindringlich nahelegte, das Angebot der Katholiken nicht auszuschlagen. Die Bedenken dagegen waren nicht leicht auszuräumen. Sie bezogen sich nicht nur auf den Verdacht, die BVP könne im Gewande einer interkonfessionellen Partei wiedererstehen. Einige Evangelische wollten sich auch andere politische Optionen offenhalten und sympathisierten mit Überlegungen ihres Kreisdekans Julius Schieder (Nürnberg), der schon im Frühjahr 1945 mit dem Vorschlag hervorgetreten war, zumindest „mit dem rechten Flügel der Mehrheitssozialdemokratie“ Fühlung aufzunehmen<sup>115</sup>. Dennoch beschloß man, einen Versuch mit den Katholiken zu wagen.

Ende des Jahres 1945 fand die für die Geburt der Fürther CSU entscheidende Zusammenkunft statt. Im Gasthaus Reuel in der Karolinenstraße trafen sich etwa zwanzig Personen, zwei Drittel Katholiken und ein Drittel Protestanten, die versuchten, zu einer Übereinkunft über konkrete Fragen und personelle Verantwortlichkeiten für die zu gründende Partei zu gelangen. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Wahl eines Vorsitzenden, der – darin waren sich alle einig – nicht aus dem Kreis der alten BVP stammen sollte. Das war keine leichte Aufgabe, denn dem Kreis mangelte es an prominenten Persönlichkeiten, die über politisches Geschick und Gespür verfügten. Schließlich einigte man sich auf den fast 75jährigen Amtsgerichtsrat im Ruhestand Karl Drechsel, der in Erlangen und München studiert hatte und Mitglied der Burschenschaft Germania gewesen war<sup>116</sup>. Er genoß ein gewisses Ansehen in der Stadt, war aber in politischen Dingen gänzlich unerfahren und wohl auch nicht sonderlich begabt. Eine Notlösung, aber Drechsel hatte einen Vorzug, der den Ausschlag gab: Er war evangelisch, und mit ihm an der Spitze hoffte man im überwiegend evangelischen Fürth bei den Wahlen gut abzuschneiden. Auf katholischer Seite glaubte man durch seine Wahl auch das Mißtrauen der Protestanten abschwächen zu können. Nach der Zusammenkunft im Gasthaus Reuel reichte Drechsel die Lizenzierungsunterlagen bei der Militärregierung ein und kurze Zeit später (4. Januar 1946) kam per Post die Erlaubnis zur politischen Betätigung<sup>117</sup>.

<sup>114</sup> Mündliche Mitteilung von Georg Kracker vom 18. Januar 1984.

<sup>115</sup> Nicht näher bezeichnete Aktennotiz: „Evangelische Kirche und Wahlfrage 1945“, in: LKA Nürnberg, Bestand: Kreisdekan Nürnberg, Nr. 36–510.

<sup>116</sup> Vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 25. Mai 1946. Liste der Sponsors und Programm der Fürther CSU, in: NA, RG 260, CO 448/1.

<sup>117</sup> Mündliche Mitteilungen von Georg Kracker vom 18. Januar 1984 und Hans Ulrich vom 1. Februar 1984.

### 3. Die Liberalen – Anknüpfen an Weimar

Einige Tage vor der Zulassung der CSU war am 22. Dezember 1945 in Fürth auch die Deutsche Demokratische Partei offiziell lizenziert worden. Sie knüpfte hier vor allem an die Tradition der DDP an, die namentlich in der Frühzeit der Weimarer Republik unter den Bildungs- und Besitzbürgern Fürths beachtliche Erfolge erzielt hatte<sup>118</sup>. Die Initiative zur Wiederbegründung der Partei, die sich erst Jahre später in FDP umbenannte, ging von einem Triumvirat aus, das schon 1933 der DDP angehört hatte: Hans Hacker, Ludwig Byschl und Josef Ostler.

Hacker (Jg. 1888), ein erfahrener Verwaltungsfachmann, war 1933 von den Nationalsozialisten aus seinem Posten als Bürgermeister von Kulmbach verdrängt worden<sup>119</sup>. Byschl, von Beruf Lehrer, hatte sich nach längerem Zögern schließlich der NSDAP angeschlossen und konnte deshalb bis zum Abschluß seines Entnazifizierungsverfahrens offiziell nicht für die DDP in Erscheinung treten<sup>120</sup>. Primus inter pares war der 56jährige Gymnasialprofessor Josef Ostler, der an der Fürther Oberrealschule Deutsch, Geschichte und Erdkunde unterrichtete; zwischen 1918 und 1933 war er 2. Vorsitzender der DDP in Regensburg gewesen und hatte zugleich der Gauleitung des Reichsbanners und des Republikanischen Schutzbundes angehört. Nach der Machtergreifung war er kurzfristig in Haft genommen und anschließend nach Fürth strafversetzt worden<sup>121</sup>. Ein Schulmann alter wilhelminischer Prägung, aufbrausend und etwas herrisch, gehörte Ostler zum nationalliberalen Flügel der Demokraten. Die Militärregierung charakterisierte ihn so: „Es kann nicht bestritten werden, daß Professor Ostler als eher rechtsstehender Demokrat einen festen Standpunkt gegenüber dem Nationalsozialismus bezogen hat ... In einer Stadtratssitzung, die sich mit der Änderung von Straßennamen in Fürth befaßte, protestierte Professor Ostler gegen die Änderung der Hindenburgstraße. Er erklärte, daß die historische Größe von Feldmarschall Hindenburg einen Platz in der Geschichte des deutschen Volkes verdient habe ... Imperialistische Ideen aus der Zeit Wilhelms II. scheinen im Denken von Professor Ostler oft an die Oberfläche zu kommen.“<sup>122</sup>

Wie die Gründer der CSU, versuchten auch die führenden Köpfe der DDP zuerst im Bekannten- und Freundeskreis Anhänger zu finden. Für die Fürther Demokraten spielte dabei die 1933 verbotene, in ihren persönlichen Kontakten aber auch während der NS-Zeit intakt gebliebene Loge „Zu Wahrheit und Freundschaft“ eine ebenso maßgebliche Rolle wie für die Gründung der CSU die Kirche. Ostler und Hacker waren vor 1933 Freimaurer gewesen. Der letzte Meister vom Stuhl, Daniel Lotter, schickte seinen Sohn Hans in die DDP, der Ostler bald seinen Rang streitig machte und bis in die achtziger Jahre der führende Mann der Fürther FDP blieb. Er habe damals mitgemacht, so erinnerte sich Lotter später, weil er „bei diesem fundamentalen Neubeginn“, als es galt, die Weichen „in Richtung Demokratie, Recht und Freiheit

<sup>118</sup> Vgl. dazu Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise, S. 298 ff.

<sup>119</sup> Vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 25. Mai 1946. Mündliche Mitteilung von Dieter Ostler vom 7. Februar 1984.

<sup>120</sup> Vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 25. Mai 1946.

<sup>121</sup> Ebenda. Vgl. Report of Authorized Political Parties, Det. für Ober- und Mittelfranken, 12. Januar 1946, in: NA, RG 260, 9/112-3/5. Vgl. auch Nürnberger Nachrichten vom 29. November 1945. Liste der Sponsors und Programm der DDP in Fürth, in: NA, RG 260, CO 448/1.

<sup>122</sup> Nicht näher bezeichneter Bericht, in: NA, RG 260, 9/97-1/32.

neu zu stellen und festzumachen“, dabei sein wollte<sup>123</sup>. Der spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard, der mit Lotter verwandt war, sollte ebenfalls für die DDP gewonnen werden<sup>124</sup>. Einige Unterredungen mit ihm blieben aber erfolglos. Ein Zusammengehen mit der CSU war für Ostler und seine Gruppe ausgeschlossen; dazu waren die Gegensätze zwischen den Freimaurern und der bald als „Pfaffenpartei“ verspotteten CSU zu groß. Im Winter 1945 zählten sich 80 Personen aus den besseren Kreisen Fürths zur DDP, die sich zu ihren Veranstaltungen im Schwedenzimmer des Gasthauses „Grüner Baum“ trafen. Erst nach und nach stießen einige angesehene Landwirte aus Buchschwabach, Kirchfarnbach und Leichendorf hinzu.

Die Gründung der Demokratischen Partei in Ansbach geschah im wesentlichen nach demselben Muster. Auch hier hatten kleine liberale Zirkel die NS-Zeit überdauert. Die graue Eminenz der Stadt, Justizrat Bayer, in der Weimarer Zeit Fraktionschef der DDP im Ansbacher Stadtrat, hatte auch im Dritten Reich, so gut es ging, die liberale Fahne hochgehalten. Um ihn scharten sich einige DDP-Veteranen und Mitglieder der Loge „Alexander zu den 3 Sternen“<sup>125</sup>. Der Kreis um Bayer setzte sich fast ausschließlich aus alten honorigen Angehörigen des Besitzbürgertums zusammen. Die meisten waren lange vor der Jahrhundertwende geboren, Bayer selbst 1876, Georg Schlee, ein Wäschereibesitzer, 1878 und der Fabrikbesitzer Leonhard Stecher 1888. Bald zogen die Liberalen in Ansbach auch jüngere politisch unbelastete Leute an, Geschäftsleute vor allem, die Bayer, Stecher und Schlee gut kannten und sich bei ihrer Entscheidung für die Demokratische Partei wohl nicht zuletzt von der Überlegung leiten ließen, daß es nie verkehrt sein könne, diese einflußreichen Männer auf ihrer Seite zu haben<sup>126</sup>.

Während der Kreis um Bayer eher dem nationalliberalen Flügel des Liberalismus zuzurechnen war, traten im Landkreis kleine Gruppen hervor, die liberale und soziale Ziele verfolgten. Im erzkonservativen Leutershausen, das auf keinerlei liberale Tradition zurückblicken konnte, entstand ein solcher Zirkel um Hans Eschenbacher, einem etwa 50jährigen Mechaniker, der in der Reichstagswahl vom November 1932 für die „Nationale Freiheitspartei Deutschlands“ kandidiert hatte. „Es sieht gegenwärtig nicht so aus“, so urteilte die Militärregierung, „als ob diese Partei außerhalb ihrer eigenen ländlichen Gemeinde Bedeutung erlangen könnte. Möglicherweise geht sie in nächster Zukunft mit einer der größeren Parteien zusammen, vielleicht mit der SPD, der sie am nächsten steht.“<sup>127</sup> In der Tat unterschied sich das wirtschaftspolitische Programm der Leutershausener Demokraten kaum von den Forderungen der Sozialdemokraten. So befürworteten sie namentlich die Sozialisierung aller Bodenschätze und Großbanken und eine Bodenreform zur „Schaffung von Eigenheimen für alle schaffenden Menschen“<sup>128</sup>. In der Gesamtpartei blieben die Leutershausener krasse Außenseiter.

<sup>123</sup> Schriftliche Mitteilung von Hans Lotter vom 19. Februar 1984.

<sup>124</sup> Mündliche Mitteilung von Hans Lotter vom 2. Februar 1984.

<sup>125</sup> Zu Bayer vgl. Weise, Justizrat Dr. Adolf Bayer zum 75. Geburtstag, und Fränkische Landeszeitung vom 2. und 11. Februar 1976. Mündliche Mitteilung von Friedrich Rabel vom 7. Februar 1984.

<sup>126</sup> Die Daten beruhen auf einer Auswertung der Fränkischen Landeszeitung.

<sup>127</sup> Annual Hist. Rep., Det. Ansbach, 1. September 1946, in: NA, RG 260, 10/80-3/6.

<sup>128</sup> Programm, in: StA Nürnberg, LRA Ansbach (1961), Nr. 681.

#### 4. Weitere Parteigründungsversuche: Die Loritz-Partei (WAV) und die Königspartei

Im Frühjahr 1946 trat schließlich mit der WAV noch eine fünfte Partei hervor. Der Anstoß war von dem Münchener Rechtsanwalt Alfred Loritz ausgegangen, der Anfang 1946 aufgrund seiner besonderen Beziehungen zur Militärregierung eine Lizenz für eine Landespartei erhalten hatte und nun rastlos bemüht war, Anhänger zu finden<sup>129</sup>. Auf der Suche nach seiner Partei machte er im Frühjahr auch in Fürth Station, und seine rhetorischen Fähigkeiten verfehlten auch hier ihre Wirkung nicht. Arbeitslose, desorientierte Mittelständler und Intellektuelle, insgesamt kaum mehr als zwei Dutzend vorwiegend jüngere Personen, schlossen sich in Fürth der Loritz-Partei an, die sich besonders für die Interessen der kleinen Pgs einzusetzen versprach. Richard Leupoldt (Jg. 1907), ein ausgebombter, ehemals selbständiger Kaufmann, der auf Schriftsteller umgesattelt hatte und 1932/33 förderndes Mitglied der Roten Hilfe gewesen war, wurde zum Vorsitzenden gewählt<sup>130</sup>. Zusammen mit dem 38jährigen Werkmeister Hans Bauer zog er im Mai 1946 in den Fürther Stadtrat ein<sup>131</sup>. In Ansbach blieb Loritz ein ähnlicher Erfolg versagt, obwohl es zunächst anders ausgesehen hatte. Als er im Frühsommer erstmals an der Rezat auftauchte, konnte er sich über mangelndes Interesse nicht beklagen. Der Zulauf war ebenso groß wie in Fürth, so daß Loritz wieder nach München zurückfuhr im Bewußtsein, einen weiteren schlagkräftigen Kreisverband geschaffen zu haben. Bald bekam er aber zu hören, daß sich seine Ansbacher Anhängerschaft wieder zerstreut hatte<sup>132</sup>.

Etwa zur selben Zeit, als Loritz in Mittelfranken Furore machte, liefen dort auch die Vorbereitungen zur Gründung der bayerischen Königspartei auf Hochtouren. Im Februar 1946 kam Walter Hemmeter, der Generalsekretär der neuen Partei, nach Ansbach und suchte den ehemaligen Hoflieferanten und Alt-Monarchisten Eugen Graf auf, um ihn für seine Idee zu gewinnen. Graf, Tabakhändler und Landwirt, zögerte nicht lange. Er reiste sofort in der Region herum und besprach sich mit alten Gesinnungsgenossen<sup>133</sup>. Unterstützung erhoffte er sich in den wenigen katholischen Enklaven der Region, die vor 1933 die BVP gewählt hatten, und von Teilen der konservativen Landbevölkerung, denn diese, so glaubte auch der Ansbacher Oberbürgermeister Ernst Körner, „liebten nach wie vor ihren ‚Bayerischen Käni‘“<sup>134</sup>. Die Militärregierung bereitete den überall in Bayern aufkeimenden monarchistischen Gruppierungen aber noch im Frühjahr 1946 ein Ende. Damit erhielt die CSU – ohnehin sehr heterogen aus Katholiken und Protestanten, ehemaligen Deutschnationalen und BVP-Politikern, kleinen Pgs und politischen Neulingen zusammengesetzt – noch Zuzug aus dem gar

<sup>129</sup> Vgl. Woller, Loritz-Partei, passim.

<sup>130</sup> Zur Fürther WAV und zu Leupoldt vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 18. Mai 1946 und 4. Januar 1947. Vgl. auch Aufstellung der wichtigsten Funktionäre vom 16. März 1947, in: LRA Fürth, EAP 070.

<sup>131</sup> Ebenda.

<sup>132</sup> Vgl. OB Ansbach an MilReg, Stimmungsbericht vom 28. Juni 1946, in: Stadtverwaltung Ansbach, EAP 022-95/19; ebenda, Stimmungsbericht vom 4. Dezember 1946.

<sup>133</sup> Vgl. Political Activity Report, Det. Ansbach, 2. April 1946, in: NA, RG 260, CO 447/4.

<sup>134</sup> Dorn, Inspektionsreisen, S. 69.

nicht so kleinen Lager der Monarchisten, die ihr aber 1948, als mit der Bayernpartei auch viele monarchistische Hoffnungen belebt wurden, wieder den Rücken kehrten<sup>135</sup>.

## 5. Wahlkämpfe und Wahlen 1946

Nachdem es zuvor tagelang heftig geregnet und gestürmt hatte, herrschte am Samstag, den 13. Oktober 1945, mildes freundliches Herbstwetter. Eine „vieltausendköpfige Menschenmenge“ – 7000 waren es nach den Schätzungen der Militärregierung – drängte sich auf dem Hindenburgplatz. Viele Transparente waren zu sehen, umgefärbte Wehrmachtsuniformen, dünn gewordene Arbeitsanzüge, wollene Joppen, Schirmmützen – schäbiges Grau und Blau der Mäntel, Jacken und Anzüge herrschte vor. Anlaß der Versammlung in der Fürther Innenstadt war das erste Auftreten unter freiem Himmel der offiziell noch nicht lizenzierten Parteien nach Kriegsende. Für die SPD sprach Stadtschulrat Albert Schorer, die Demokratische Partei schickte Professor Ostler, für die Kommunisten betrat Anton Hausladen das Rednerpult, der mit der moralischen Autorität des langjährigen KZ-Häftlings zur tonangebenden Figur der Veranstaltung wurde. Die CSU konnte im Oktober 1945 noch keinen Repräsentanten vorstellen<sup>136</sup>.

Die Kundgebung auf dem Fürther Hindenburgplatz war der Wahlkampfauftritt für die Serie der Wahlen, die nach dem Willen der amerikanischen Militärregierung am 27. Januar 1946 mit den Kommunalwahlen in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern beginnen sollte. Am 28. April 1946 standen Kreistagswahlen auf dem Programm, am 26. Mai Stadtkreiswahlen. Am 30. Juni 1946 war der Bürger aufgerufen, eine Verfassungsgebende Landesversammlung zu wählen, am 1. Dezember 1946 sollte schließlich über die Zusammensetzung des Landtags entschieden werden<sup>137</sup>. Der frühe, von General Lucius D. Clay festgesetzte Wahltermin war innerhalb der amerikanischen Militärregierung heftig umstritten gewesen. Hochrangige Militärregierungsbeamte wie etwa Professor James K. Pollock widersetzten sich ihrem Chef<sup>138</sup>. Die Wahlen, so argumentierten sie, seien nur von geringem Nutzen, weil die Parteien bisher organisatorisch kaum Fuß gefaßt hatten. Clays Berater zweifelten auch daran, ob das deutsche Volk schon kurze Zeit nach dem Ende der NS-Zeit politisch reif genug sei für eine so schwerwiegende Entscheidung. Außerdem befürchteten sie angesichts des Mangels an Lebensmitteln und des Lahmliens der Industrie einen Wahlsieg der Kommunisten.

Ähnlich dachten die im süddeutschen Länderrat versammelten Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner, Karl Geiler und Reinhold Maier, die sich am 4. Dezember 1945 vehement für eine Verschiebung der Wahlen bis zum Frühjahr einsetzten. Die Anfälligkeit breiter Schichten des Volkes für demagogische Parolen in der Endphase der Weimarer Republik war ihnen wie auch vielen anderen Politikern noch frisch in Erinne-

<sup>135</sup> Vgl. dazu S. 221 ff.

<sup>136</sup> Weekly Summary, Det. Fürth, 13. Oktober 1945, 20. Oktober 1945, in: NA, RG 260, 9/96-2/12. Hist. Rep., Det. Fürth, Oktober 1945, in: NA, RG 260, 10/81-1/5; vgl. auch Annual Hist. Rep., Det. Fürth, 20. Juni 1946, in: NA, RG 260, 10/81-1/5.

<sup>137</sup> Zu den Wahlen vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 165 ff.

<sup>138</sup> Vgl. Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/Main 1950, S. 107.

rung. Ihr Vertrauen in die politische Mündigkeit der Wähler war – zumal nach zwölf Jahren NS-Propaganda – entsprechend gering. Das deutsche Volk sei, so faßte Hoegner seine Skepsis zusammen, „in seinem heutigen Zustand noch nicht so demokratisch erzogen, ... daß es zwischen Demokratie und Demagogie immer zu unterscheiden vermag. Es ist in den letzten zwölf Jahren so sehr mit Demagogie gefüttert worden, daß sein Unterscheidungsvermögen ... verhältnismäßig gering sein wird.“<sup>139</sup> Besonders widerstrebte den Ministerpräsidenten der Vorschlag Clays, zu den Wahlen alle politischen Gruppen und freien Listen zuzulassen. „Die Zulassung freier Gruppen“, so hieß es im Beschluß des Länderrats, „würde zu völliger Wahlzersplitterung und damit zu Zuständen führen, wie sie vor 1933 bestanden.“<sup>140</sup>

Auch der evangelische Pfarrer Kurt Klein aus der Ortschaft Vach bei Fürth machte sich, nachdem er mit „Menschen verschiedenster Berufs- und Altersschichten, der Kirche fern und nahe stehenden“ gesprochen hatte, Gedanken über den frühen Wahltermin – Gedanken, die damals wohl viele evangelische Geistliche teilten, die nach den bitter enttäuschten Hoffnungen auf das „positive Christentum“ des Nationalsozialismus weit unsicherer und ratloser waren als große Teile der Wählerschaft. „Viele Menschen“, schrieb er Anfang Dezember 1945, zeigen „politischen Handlungen und Entscheidungen gegenüber eine große Hilflosigkeit, Interessenlosigkeit und Resignation“. Die „große Masse unseres Volkes“, fuhr er fort, „ist von je politisch unmündig und unfähig gewesen und geblieben. Diese politische Unfähigkeit zeigte sich in den Jahren vor 1933 im demokratischen Parteienstaat, der schließlich der nationalsozialistischen Partei auf den Thron verhalf. Sie zeigte sich in der Zeit nach 1933 in einem blinden, oft nur aus Opportunismus und Egoismus entspringenden Nachläufertum und Hurratriotismus. Hand in Hand mit der politischen Fanatisierung aber ging eine entwürdigende politische Entmündigung. Das führte dazu, daß unser Volk heute weiterhin unfähig ist, eine politische Entscheidung zu treffen. Was bei einer solchen heraus käme, wäre eine aus Haß und Enttäuschungen gereifte Frucht, die dem Wiederaufbau hemmend entgegenstehen könnte.“ Noch ganz unter dem Eindruck von „Parteibonzentum“ und „Meinungsknechtung, wie sie im nationalsozialistischen Staate ihre Blüten trieben“, und offensichtlich mit wenig Vertrauen in die christliche Sammelpartei CSU ausgestattet, glaubte er, daß es langer Jahre der politischen Erziehung bedürfe, bis die Deutschen zu „parteipolitischer Tätigkeit im demokratischen Sinne, die das Allgemeinwohl im Auge hat, fähig“ seien. Bis dahin gelte es, den Einfluß der Parteien so weit wie möglich einzudämmen.<sup>141</sup>

Clay aber wischte die Einwände vom Tisch. Angesichts der schnellen Reduzierung der amerikanischen Truppen im besetzten Deutschland hatte er schon im Herbst 1945 die Verwaltung der Städte, Landkreise und Regierungsbezirke auf deutsche Organe übertragen, die allerdings immer noch „von der Besatzungsmacht ernannt und weder vom deutschen Volk gewählt, noch ihm Rechenschaft schuldig“ waren.<sup>142</sup> Um ihnen eine demokratische Legitimation zu verschaffen und die „Methoden einer demokratischen Regierung schnellstens“ einzuführen, bestand er auf dem frühen Wahl-

<sup>139</sup> Hoegner, Verfassungsausschuß der bay. Verfassungsgebenden Landesversammlung, 8. Sitzung vom 30. Juli 1946, S. 178.

<sup>140</sup> AVBRD, Bd. 1, S. 178. Vgl. ebenda, S. 177.

<sup>141</sup> Kurt Klein an LR Fürth, 4. Dezember 1945, in: StA Nürnberg, LRA Fürth, Nr. 10.

<sup>142</sup> Clay, Entscheidung, S. 106.

termin. Ganz Militär, schrieb er dazu später in seinen Memoiren: Man müsse „ins Wasser gehen, um schwimmen zu lernen“<sup>143</sup>.

Zwischen der öffentlichen Bekanntgabe des Wahltermins und dem Tag der Wahl lagen kaum mehr als zehn Wochen. Diese kurze Frist stellte die Parteien vor größte Schwierigkeiten. Um die Jahreswende 1945/46 existierten in Bayern gerade in der Hälfte aller Landkreise politische Organisationen, manchmal nur ein Kreisverband von KPD, SPD oder CSU, selten mehrere Parteien in einem Kreis. In 16 der 34 Gemeinden des Landkreises Fürth etwa stellten sich ausschließlich parteilose Kandidaten zur Wahl; in 6 Gemeinden trat nur eine Partei an, in weiteren 5 Gemeinden hatten die Bürger die Wahl zwischen zwei, in 6 Gemeinden zwischen drei Parteien. Nur in Zirndorf konnten sich alle vier damals lizenzierten Parteien an der Wahl beteiligen<sup>144</sup>. Im Landkreis Ansbach waren SPD, KPD und FDP überhaupt noch nicht hervorgetreten. Auch der unermüdliche Georg Mack von der CSU hatte seine Partei in der kurzen Zeit noch kaum bekannt machen können. Kein Wunder also, daß im Januar 1946 von Wahlkampf nicht viel zu spüren war. Lediglich die Sozialdemokraten und in geringerem Maße die KPD starteten kleine Wahlkampagnen, die zuweilen auch das flache Land erfaßten. Diese von der Militärregierung genau registrierten Schönheitsfehler fochten Clay in seiner Entscheidung für den frühen Wahltermin freilich nicht an. Wenn es den Parteien nicht gelänge, genügend ihrer Leute zu präsentieren, dann werde es eben die Tendenz geben, so berichtete er im Dezember 1945 lakonisch nach Washington, „vertrauenswürdige, gut bekannte Nachbarn zu wählen“, die keiner Partei angehörten<sup>145</sup>.

Die amerikanische Militärregierung maß der Wahl vom 20. Januar 1946 große Bedeutung bei. Vor allem Clay, der seinen Berater Pollock mit den Worten aufgezogen hatte, ein „liberaler Professor der Staatswissenschaften“ versuche, „einem abgebrühten Soldaten“ in den Arm zu fallen, wenn dieser „einem Volk, das seiner Stimme beraubt wurde, das Wahlrecht schnell“ zurückgeben wolle<sup>146</sup>, fieberte dem Ausgang der Wahl, mehr noch der Meldung über die Höhe der Wahlbeteiligung entgegen. Der erste Schritt der Deutschen „toward democratic processes“<sup>147</sup>, wie er die ersten freien Wahlen seit 1933 bezeichnete, konnte leicht zum Ausrutscher werden, wenn die Wahlbeteiligung zu wünschen übrig ließ. Die Ergebnisse der Meinungsbefragungen, die in den Monaten vor der Wahl in seinem Büro einliefen, waren zunächst ganz und gar dazu angetan, ihn zu beruhigen. In seinem Monatsbericht für November 1945 konnte er nach Washington schreiben: „Mitte November wurden einige, die bevorstehenden Wahlen betreffenden Fragen in eine Meinungsumfrage aufgenommen, die eine kleine Gruppe von Deutschen, ausgewählt aus verschiedenen Schichten und Gegenden der US-Zone, betraf. Mit Bezug auf die angekündigten Kommunalwahlen in den Monaten Januar, März und Mai wurde die Frage gestellt: ‚Glauben Sie, daß Sie an diesen Wahlen teilnehmen?‘ 82 Prozent antworteten mit ‚Ja‘, 16 Prozent mit ‚Nein‘, die restlichen

<sup>143</sup> Ebenda, S. 107.

<sup>144</sup> Vgl. Ergebnisse der Gemeindewahlen im LK Fürth vom 27. Januar 1946, in: StA Nürnberg, LRA Fürth, Nr. 10.

<sup>145</sup> Monthly Report of the Military Governor, U.S. Zone, Nr. 6: 20. Januar 1946, hrsg. von Office of Military Government for Germany (U.S.).

<sup>146</sup> Clay, Entscheidung, S. 107.

<sup>147</sup> Monthly Report of the Military Governor, U.S. Zone, Nr. 6: 20. Januar 1946, hrsg. von Office of Military Government for Germany (U.S.).

zwei Prozent hatten keine Meinung oder gaben keine Antwort. Eine darauffolgende Frage „Wie sicher sind Sie, daß Sie wählen gehen?“ beantworteten 55 Prozent mit „ganz sicher“, 19 Prozent mit „ziemlich sicher“, sieben Prozent gaben keine Antwort ... Die Ergebnisse dieser Umfrage weisen wohl auf ein individuelles Interesse an Wahlen hin, das sich in der Tätigkeit der Parteien noch nicht geäußert hat.“<sup>148</sup>

Als der Wahltag näherrückte, trafen bei Clay auch Meldungen ein, die zur Skepsis rieten. „Letzte Berichte zeigen, daß im ganzen Regierungsbezirk Niederbayern/Oberpfalz wenig Interesse an den bevorstehenden Gemeindewahlen herrscht“, hieß es im zusammenfassenden Weekly Report der bayerischen Militärregierung vom 10. Januar 1946, „die meisten Militärregierungsbeamten glauben, daß die Wahlen zu früh stattfinden, und würden vorschlagen, sie um einige Monate zu verschieben“<sup>149</sup>. Der gleiche Bericht sagte eine Wahlbeteiligung von nur 40 bis 50 Prozent in Ober- und Mittelfranken und von 60 bis 70 Prozent in Unterfranken voraus. Das politische Leben, so kommentierten auch die Nürnberger Nachrichten am 9. Januar 1946, befinde sich in „tiefem Schlafe mit mehr oder weniger wüsten Träumen“. Der „Gemeindebürger“ bewege sich „nach wie vor schlaftrunken im politischen Felde“. Kurz vor der Wahl rechnete die bayerische Militärregierung, die eigens eine Untersuchung in allen Regierungsbezirken durchgeführt hatte, mit einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent<sup>150</sup>.

An Ermahnungen, vom Wahlrecht möglichst vollzählig Gebrauch zu machen, fehlte es in den Tagen vor der Wahl nicht. Regierungspräsident Schregle, die Landräte Neff und Hörndlein sowie die von der Militärregierung eingesetzten Bürgermeister riefen mehrmals zur Wahl auf. Auch die Zeitungen taten ihr Bestes. Man müsse, so hieß es in der auch im Fränkischen viel gelesenen Süddeutschen Zeitung, der „Besatzungsmacht zeigen, ob das bayerische Volk fähig und gewillt ist, sein politisches Schicksal wieder selbst in die Hände zu nehmen, nachdem es zwölf Jahre am Gängelband der Nazidiktatur geführt worden ist“<sup>151</sup>. Auch die evangelische Kirche verlangte: „Kein wahlberechtigtes Gemeindemitglied darf an der Wahlurne fehlen.“ In ihrer Erklärung hieß es: „Was sollen wir tun? Nicht wenige sind geneigt, sich politisch zurückziehen, indem sie sagen: Nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit wollen wir mit der Politik nichts zu tun haben und sind es zufrieden, wenn wir nur unser täglich Brot essen dürfen. Wir verstehen diese politische Müdigkeit wohl, wir dürfen uns ihr aber nicht hingeben ... Wenn wir wollen, daß Gottesfurcht und Sittenreinheit, daß christliches Verantwortungsbewußtsein und Gehorsam gegen die Gebote Gottes wieder im Schwange gehen, daß die Kirche in Freiheit ihren Dienst tun darf und die Jugend in der Schule im christlichen Glauben unverkürzt unterwiesen wird, daß im politischen, im sozialen, wirtschaftlichen Leben Recht und Gerechtigkeit und die göttlichen Grundordnungen im Zusammenleben der Menschen Geltung haben und behalten sollen, dann müssen wir wählen und unsere Stimme solchen Männern geben, die Gewähr für die Durchführung dieser Grundsätze und für eine christliche Obrigkeit geben ... Zeigt, daß wir in den letzten zwölf Jahren etwas gelernt haben, daß wir nicht

<sup>148</sup> Ebenda, Nr. 5: 20. Dezember 1945.

<sup>149</sup> In: NA, RG 260, 10/85-3/6.

<sup>150</sup> Vgl. Weekly Military Government Report, 24. Januar 1946, in: Ebenda.

<sup>151</sup> Süddeutsche Zeitung vom 25. Januar 1946.



auf alle Schlagworte hereinfließen und nicht mehr dulden, mit Sprüchen abgespeist zu werden.“<sup>152</sup>

Am 27. Januar 1946 um acht Uhr wurden die Wahllokale geöffnet. Amerikanische Soldaten und Offiziere konnte man an diesem Tag kaum sehen. Sie hatten von höchster Stelle Befehl erhalten, „sich an dem Tag so wenig wie möglich auf den Straßen zu zeigen“<sup>153</sup>, um den Verdacht amerikanischer Wahlbeeinflussung gar nicht erst aufkommen zu lassen. Wahlberechtigt war, so hieß es in der Wahlordnung zur Gemeindewahl, wer das 21. Lebensjahr vollendet hatte, die deutsche Staatsbürgerschaft besaß und seit mindestens einem Jahr seinen ständigen Wohnsitz in der Gemeinde hatte<sup>154</sup>. In den späteren Wahlordnungen wurde diese strenge Regelung etwas gelockert; an der Landtagswahl vom 1. Dezember 1946 durfte jeder teilnehmen, der vor dem 1. Juli 1946 den dauernden Wohnsitz in Bayern genommen hatte<sup>155</sup>. Gleichwohl waren damit große Teile der Flüchtlinge von der Wahl ausgeschlossen; auch Pgs, die vor dem 1. Mai 1937 der NSDAP beigetreten waren, NS-Aktivisten und -Amtsträger sowie Internierte durften an der Wahl nicht teilnehmen. Die Quote der aus politischen Gründen nicht Wahlberechtigten schwankte in der Region Ansbach/Fürth zwischen sieben und elf Prozent<sup>156</sup>.

Die große Überraschung der Wahlen vom 27. Januar 1946 war die Höhe der Wahlbeteiligung: 86,9 Prozent in Bayern. Das war, so kommentierte Clay später, „etwa das Doppelte dessen, womit wir in Amerika hätten rechnen können“<sup>157</sup>. Im Landkreis Fürth lag die Wahlbeteiligung mit 91,8 Prozent noch deutlich über dem Landesdurchschnitt, im Landkreis Ansbach mit 81 Prozent deutlich darunter. Die „vorausgesagte ‚Wahlmüdigkeit‘ und Lethargie der Wähler“, mußten die Nürnberger Nachrichten am 30. Januar eingestehen, „wurde ... durch die Tatsachen ganz beträchtlich widerlegt“.

Ergebnisse der Gemeindewahlen vom 27. Januar 1946 in den Landkreisen Ansbach und Fürth in Prozent<sup>158</sup>:

	Wahlbeteilig.	CSU	SPD	KPD	FDP	Parteilos
Ansbach	81,0	11,8	4,1	0,3	0,9	82,9
Fürth	91,8	21,1	38,7	5,4	6,7	26,0
Bayern	86,9	43,6	16,6	2,3	0,8	36,7

<sup>152</sup> Kundgebung der Nürnberger Kirchenleitung zu den Gemeindewahlen, in: LKA Nürnberg, Bestand: Kreiskirchenamt Nürnberg, Nr. 36–50.

<sup>153</sup> Clay, Entscheidung, S. 107.

<sup>154</sup> Wahlordnung für die Gemeindewahlen vom 18. Dezember 1945, in: BGVBl. 17/1946; vgl. auch Wahlordnung für die Kreistagswahlen vom 21. Februar 1946, in: Ebenda; Wahlordnung für die Wahlen zur Verfassungskommisssion des Landesparlamentes, 14. Februar 1946, in: Ebenda 18/1946.

<sup>155</sup> Vgl. Gesetz Nr. 45 betreffend des Volksentscheids über die Bayerische Verfassung und die Wahl des Bayerischen Landtags vom 3. Oktober 1946, in: BGVBl. 21/1946.

<sup>156</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, S. 304 ff.

<sup>157</sup> Clay, Entscheidung, S. 107.

<sup>158</sup> Zu den Wahlergebnissen vgl. Nürnberger Nachrichten vom 30. Januar 1946; StA Nürnberg, LRA Fürth, Nr. 10 und Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, S. 304 f.

Beobachter aus allen politischen Lagern waren sich nach dem Auszählen der Stimmen einig, daß der Ausgang der Wahl angesichts des schwachen Organisationsgrades der Parteien kaum Rückschlüsse auf deren wahre Stärkeverhältnisse erlaubte. Als Trend ließ sich aber beobachten: Die CSU erzielte ihre besten Ergebnisse in kleinen ländlich-dörflichen Gemeinden, die vor 1933 NSDAP- und/oder DNVP- oder BVP-Hochburgen gewesen waren. Die Chancen der SPD in rein agrarischen Gebieten Fuß zu fassen, waren begrenzt. Beständig hohe Gewinne verbuchte sie in ihren alten Hochburgen und in größeren gewerblichen Orten, die 1933 ebenfalls Domänen der NSDAP gewesen waren. Eine herbe Enttäuschung erlebte die KPD, die nicht einmal ihr früheres Wählerpotential in Arbeitersiedlungen ganz ausschöpfen konnte. Die Hoffnungen einiger Parteifunktionäre, nach dem Mitgliederzuwachs aus bürgerlichen und intellektuellen Kreisen könne es der KPD gelingen, ihr neues Image in politisches Kapital umzumünzen und neue Wähler zu gewinnen, erfüllten sich nicht. Die KPD wurde sogar noch von der äußerst organisationsschwachen FDP überflügelt, die ihre Anhängerschaft vor allem im gewerblichen Mittelstand fand<sup>159</sup>.

Nach der Schließung der Wahllokale blieben den Parteien bis zu den Kreistags- und Stadtkreiswahlen (28. April bzw. 26. Mai 1946) bzw. den Wahlen zur Verfassungskgebenden Landesversammlung am 30. Juni 1946 einige Monate Zeit, ihre Organisationen zu konsolidieren, Kandidaten aufzustellen und Wahlkampfstrategien zu entwickeln. Sie nutzten diese Zeit. Vor allem die Funktionäre von SPD und KPD, die schon zu Weimarer Zeiten so manche Wahlkampfschlacht geschlagen hatten, schienen nun wieder in ihrem Element zu sein. Am aktivsten waren die Kommunisten, wie ein Blick in die Fürther Ausgabe der Nürnberger Nachrichten zeigt. 20. März: KPD-Veranstaltung im Alhambra-Theater mit Hans Singer aus Nürnberg; 23. März: Genosse Hermann Schirmer im Platzl; 27. März: Großkundgebung mit Anton Hausladen im Stadttheater ... so ging es bis zum Wahltag. Ende April fanden in Fürth und Umgebung täglich eine, manchmal mehrere KPD-Kundgebungen statt. Dabei versuchten Hausladen und seine Genossen immer wieder ihr neues demokratisches Image herauszustellen. Besonderen Wert legten sie auf Frauenkundgebungen und Treffen für Intellektuelle. Zu einer Versammlung im Kulturverein luden sie die Fürther Intelligenz sogar persönlich ein, der Vortragende, Dr. Ganse von der Universität Erlangen, hob hervor: „Die Intelligenz müsse mit den ideologischen Überresten, dem Ballast aus der bürgerlichen und feudalen Epoche brechen und auch gedanklich den Weg finden zu der Klasse, bei der einzig und allein die Zukunft liege, zu den Arbeitern und Schaffenden des Landes.“<sup>160</sup>

Die Fürther Sozialdemokraten verfolgten eine andere Wahlkampfstrategie. Sie setzten vor allem auf spektakuläre, wohlinszenierte Großkundgebungen. Mitte März sprach der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher im Stadttheater, Anfang Mai war Nürnbergs Oberbürgermeister Ziegler zu Gast, Mitte Mai fand im Kulturverein eine Doppelveranstaltung mit Lisa Albrecht und Heinrich Stöhr statt und am 20. Mai kam Ministerpräsident Wilhelm Hoegner nach Fürth<sup>161</sup>. Voller Stolz, den Nationalsozialisten getrotzt zu haben, schien die SPD das Zutrauen zu sich selbst wieder gefunden

<sup>159</sup> Ebenda.

<sup>160</sup> Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 15. Mai 1946.

<sup>161</sup> Vgl. ebenda, 20. März 1946, 8., 15. und 22. Mai 1946.

und insbesondere die Fähigkeit wieder entdeckt zu haben, die Hoffnungen und Sehnsüchte der Bevölkerung anzusprechen. Kraftvoll präsentierte sie sich als verlässliche und rechtschaffene Retterin in der Not. Zugleich aber betonten Schumacher und Hoegner, ihre Partei sei eine moderne, sozialreformerische politische Kraft, eine allen offenstehende „wahre Volkspartei“, die – einmal am Ruder – für wirtschaftlichen und nationalen Wiederaufstieg und soziale Egalität sorgen werde<sup>162</sup>.

CSU und FDP suchten es den beiden Arbeiterparteien gleichzutun. Die Landesleitung der Christlich-Sozialen schickte im April/Mai den Münchener Oberbürgermeister Karl Scharnagl, den ehemaligen Botschafter Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron, Landwirtschaftsminister Josef Baumgartner und auch den Parteivorsitzenden Josef Müller nach Fürth<sup>163</sup>. Die CSU betonte: „Wir sind nicht die Fortsetzung einer alten, überlebten Partei unter einem neuen Firmenschild und nicht die Reaktionäre von rechts und nicht die ‚Schwarzen‘ von ehemals.“<sup>164</sup> Vor allem Josef Müller beschwor in seinen temperamentvollen Reden ein neues Aufbruchgefühl; man solle die Vergangenheit hinter sich lassen und etwas völlig Neues ohne Schema und Zwang schaffen. Geschickt appellierte er an die religiösen Gefühle seiner Zuhörer, wenn er etwa die Idee einer christlichen Gemeinschaft aller Wohlmeinenden vorstellte: Die diabolischen Kräfte, die in den zurückliegenden Jahren am Werk gewesen seien, müßten durch die Sammlung aller christlichen Konfessionen überwunden werden. Hauptziel sei es, „daß sich alle Menschen wieder vor Gott verantwortlich fühlen“<sup>165</sup>.

Die Liberalen konzentrierten sich auf viele kleine Stadtteilversammlungen mit der Lokalprominenz. Im Zentrum ihrer Werbung standen der Aufruf, eine starke Partei der Mitte gegen die überkommenen konfessionellen und Klassenparteien zu schaffen, die Absage an alle sozialistischen Experimente<sup>166</sup>, und – nicht zuletzt – die Anknüpfung an die traditionellen vaterländischen Gefühle der fränkischen Bevölkerung. Die FDP habe, so hieß es etwa bei den Fürther Liberalen, die „Einigkeit Deutschlands auf ihr Banner“ geschrieben, „da nur auf diese Weise der völlige Untergang des Vaterlandes hintangehalten werden könne“<sup>167</sup>. In der Hitze der Wahlkämpfe blieb diese Vaterlandsliebe nicht immer frei von Tönen, die in den zurückliegenden zwölf Jahren fleißig strapaziert worden waren. „Deutsch sein und treu sein“, lautete beispielsweise der Titel eines Referats der Fürther Liberalen. „Deutsch sein“, so wandte sich Schulrat Dr. Korf aus Lauf an die Jugend, „heißt alle Dinge um ihrer selbst Willen tun, still, bescheiden und jeder an seinem Platz.“<sup>168</sup>

Die kleinste und am spätesten gestartete Partei, die WAV, sorgte für die kräftigsten Farbtupfer im Wahlkampf. Sie nahm sich besonders des innenpolitischen Themas Nr. 1, der Entnazifizierung, an, das die anderen Parteien mit Rücksicht auf die Militärregierung nur streiften oder ganz vernachlässigten. So weit wie Loritz, der im Sommer 1946 unermüdlich von Stadt zu Stadt zog, ging kein anderer Redner. Die Spruchkam-

<sup>162</sup> Ebenda.

<sup>163</sup> Ebenda, 16. April 1946 und 22. Mai 1946.

<sup>164</sup> Ebenda, 25. Mai 1946.

<sup>165</sup> Ebenda, 26. Juni 1946.

<sup>166</sup> Ebenda, 4., 11. und 25. Mai 1946.

<sup>167</sup> Ebenda, 11. Mai 1946.

<sup>168</sup> Ebenda, 26. Juni 1946.

mervorfahren seien eine „Unmöglichkeit“<sup>169</sup>, ein Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes. Im Onoldiasaal in Ansbach tönte Karl Meißner, die rechte Hand von Loritz: Das deutsche Volk sei nicht in seiner Gesamtheit schuldig zu sprechen. Die Ja-Sager des Ermächtigungsgesetzes seien die wirklichen Schuldigen, die „hineingepreßten“ kleinen Pgs solle man ungeschoren davonkommen lassen<sup>170</sup>.

Die lebhaftige Tätigkeit der Parteien fiel durchaus auf fruchtbaren Boden. Im Laufe des Dauerwahlkampfes von 1946 verzeichneten zumindest die beiden Linksparteien einen enormen Mitgliederzuwachs. Die Kommunisten nahmen – wie gezeigt – einen nie erwarteten Aufschwung. Die Fürther Sozialdemokraten erreichten bald wieder ihre Stärke der Weimarer Zeit von 4000 Mitgliedern. Die Ansbacher SPD kam mit 400 Mitgliedern sogar weit über ihren alten Stamm hinaus. Die bürgerlichen Parteien CSU und FDP taten sich schwerer; sie hatten immer noch darunter zu leiden, daß die Amerikaner noch nicht entnazifizierten Pgs die Mitarbeit in Parteien verboten. Die Ansbacher CSU stagnierte nach einer ersten kleinen Eintrittswelle bei 100 Mitgliedern, die Fürther CSU konnte sich 1947 erst auf 250 Mitglieder stützen. Und der FDP waren in beiden Kreisverbänden etwas mehr als je 100 Mitglieder beigetreten<sup>171</sup>.

Gewiß, viele – vor allem bürgerliche Kreise – hatten den Schock des Zusammenbruchs noch nicht überwunden, sahen sich von den Parteien nicht ausreichend repräsentiert oder waren noch zu sehr in alten Antiparteienressentiments befangen, um sich zum Parteieintritt entschließen zu können. Alles in allem aber war die von der amerikanischen Militärregierung vor allem in der Frühphase der Besatzungszeit so häufig beobachtete phlegmatisch-passive Einstellung der deutschen Bevölkerung längst einer politischen Aufgeschlossenheit gewichen. Keine der zahlreichen Wahlkundgebungen mußte – wie es in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren oft gewesen war – abgesagt werden, weil Besucher ausblieben. Im Gegenteil, in den Sälen, Hinterzimmern und Kinos blieb meist kaum ein Platz unbesetzt. Nicht selten mußten Versammlungsräume sogar wegen Überfüllung geschlossen werden. Besonderes Interesse weckten Josef Müller, als er das Konzept einer interkonfessionellen Sammelpartei vortrug, und Schumacher, dessen Auftritt im Stadttheater von Fürth einen außergewöhnlichen Zulauf hatte<sup>172</sup>. Die Neugierde war groß. Viele, die den Führer der SPD ja nur aus der Zeitung kannten, wollten den Mann, dem der Ruf vorausging, bald die Gesicke Deutschlands zu bestimmen, persönlich sehen und seine politischen Vorstellungen kennenlernen. Auch Anton Hausladen, ein gewandter und zupackender Redner, erwies sich als Publikumsmagnet. Seine Reden im Stadttheater oder in Dorfwirtschaften lockten regelmäßig Hunderte von interessierten Zuhörern an.

Dabei waren es nicht nur eingeschriebene Mitglieder, die zu den Versammlungen ihrer Parteien strömten, sondern, so die Nürnberger Nachrichten, auch „unpolitische Menschen“, die aber politischen Anschluß suchten und sich deshalb bei allen Parteien umhörten. Unter diesem „großen Heer der Suchenden“ befanden sich nach dem Urteil der gleichen Zeitung „viele neue ... noch unerfahrene Gesichter, die neue Wege

<sup>169</sup> Vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 44.

<sup>170</sup> Vgl. Fränkische Landeszeitung vom 9. November 1946.

<sup>171</sup> Vgl. Annual Hist. Rep., Det. Ansbach, 11. August 1947, in: NA, RG 260, 9/144-2/1; Quarterly Hist. Rep., Det. Fürth, 1. Januar–31. März 1948, in: NA, RG 260, 9/96-3/1-2.

<sup>172</sup> Vgl. Nürnberger Nachrichten vom 20. März 1946.

suchen und Wahrheiten erforschen wollen“<sup>173</sup>. Nur einer Minderheit ging es um neue, hochfliegende Zukunftspläne, die meisten erwarteten sich Antworten auf ihre brennenden Alltagsprobleme. Kleine Kaufleute wollten erfahren, wie es um die Währung bestellt war. Drohte eine Inflation, wie nach dem Ersten Weltkrieg? Invaliden und Hinterbliebene wollten etwas über staatliche Unterstützung erfahren, und die Masse der kleinen Pgs interessierte sich für die Vorstellungen der Parteien zur politischen Säuberung.

Ob sie fanden, was sie suchten? Diese Frage stellten die Journalisten der Nürnberger Nachrichten im Frühjahr 1946 einigen Versammlungsbesuchern<sup>174</sup>. Sie spürten dabei zwar ein beträchtliches Maß an enttäuschten Hoffnungen, aber kaum Indizien für allgemeine Anti-Parteien-Vorurteile auf. U. a. wurde etwa kritisiert, daß die Redner ihr Publikum mit allgemeinen Ausführungen zum Wiederaufbau oder oberflächlichen Darstellungen der Parteiprogramme abspeisten. Ein Arbeiter bedauerte, daß seine Partei, die KPD, die Frage der Einheitsfront mit der SPD zu sehr in den Mittelpunkt stellte. Ein Kaufmannsgehilfe beklagte sich über die heftigen Polemiken und persönlichen Angriffe, zu denen sich die Parteiführer immer wieder hinreißen ließen. Einige spotteten auch über die Angewohnheit der Redner, bei jeder Gelegenheit von Demokratie zu sprechen. Große Worte, so scheint es, wollte nach den Jahren der ideologischen Strapazierung und Mobilisierung im Zeichen des Nationalsozialismus niemand hören. Das Bedürfnis nach einem „grand design“ war allgemein gering. Das Volk, schrieben die Nürnberger Nachrichten, hat nach den gemachten Erfahrungen gelernt, genauer abzuwägen. Die Bevölkerung, das bestätigte auch der Ansbacher Landrat, sei für „Propaganda wenig empfänglich“. Nüchterner und skeptischer geworden, verlangte sie vor allem glaubwürdige Sachvorschläge<sup>175</sup>.

Nach der Wahl hatten die Analytiker der Parteien das Wort. Bei der SPD herrschte Hochstimmung: „Der Wahlausgang hat gezeigt, daß wir nicht nur auf die Arbeiterstimmen, sondern auch auf die fortschrittlichen bürgerlichen Stimmen rechnen können, vor allem bei den Männern, bei den Frauen ist das noch nicht der Fall“, so faßte der Ansbacher Sozialdemokrat Ludwig Kembügler<sup>176</sup> das wohl hervorstechendste Ergebnis der Wahlen vom Frühjahr bzw. Frühsommer 1946 in der Region um Ansbach und Fürth zusammen, daß es nämlich der SPD gelungen war, ihre alten Hochburgen wieder zu gewinnen und zugleich traditionelle sozialstrukturelle Barrieren zu überwinden, in das bürgerlich-protestantische Milieu einzudringen und auch ihre Basis in ländlich-agrarischen Regionen, die während der gesamten Weimarer Zeit zu ihren Sorgegebieten gehört hatten, wenigstens etwas zu verbreitern.

Ergebnisse der Kreistagswahlen vom 28. April 1946 in den Landkreisen Ansbach und Fürth in Prozent<sup>177</sup>:

<sup>173</sup> Ebenda, 10. April 1946.

<sup>174</sup> Ebenda.

<sup>175</sup> Ebenda und Memorandum von LR Neff über die Kreistagswahlen, in: StA Nürnberg, Reg von Mittelfranken (1978), Nr. 389. Zu Fragen der politischen Apathie vgl. auch Beatrix Hochstein, *Die Ideologie des Überlebens. Zur Geschichte der politischen Ideologie in Deutschland*, Frankfurt/New York 1984.

<sup>176</sup> Prot. der Mitgliederversammlung vom 3. Juni 1946, in: Stadtarchiv Ansbach, Protokollbuch der SPD Ansbach, o. Signatur.

<sup>177</sup> Vgl. dazu Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, S. 308–315.

	Wahlbeteilig.	CSU	SPD	KDP	FDP	WAV
Ansbach	67,8	83,2	12,2	1,5	3,1	–
Fürth	80,8	33,3	40,3	6,9	19,5	–
Bayern	73,1	67,9	22,9	3,9	1,5	0,5

Ergebnisse der Stadtkreiswahlen vom 26. Mai 1946 in den Städten Ansbach und Fürth in Prozent<sup>178</sup>:

	Wahlbeteilig.	CSU	SPD	KPD	FDP	WAV
Ansbach	84,9	44,0	38,0	2,4	15,6	–
Fürth	92,9	28,9	47,1	9,3	10,0	4,7
Bayern	86,8	45,1	38,0	6,9	3,9	3,3

Ergebnisse der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung vom 30. Juni 1946 in den beiden Landkreisen und Städten Ansbach und Fürth in Prozent<sup>179</sup>:

	Wahlbeteilig.	CSU	SPD	KPD	FDP	WAV
Ansbach/S	65,4	41,2	42,8	2,6	9,4	4,0
Ansbach/L	69,4	75,4	15,5	1,8	3,0	4,3
Fürth/S	80,9	24,8	47,7	9,9	6,4	11,2
Fürth/L	72,6	34,6	42,1	7,7	11,9	3,7
Bayern	72,1	58,3	28,8	5,3	2,5	5,1

Der Fürther Stimmbezirk „Siedlung Hard“<sup>180</sup> war während der Weimarer Zeit fest in der Hand der SPD gewesen. Nördlich und südlich der breiten Würzburgerstraße waren hier um die Jahrhundertwende auf dem sandigen Gelände auf Initiative der so-

<sup>178</sup> Vgl. ebenda, S. 306 f.

<sup>179</sup> Vgl. ebenda, S. 316–325.

<sup>180</sup> Zu den Wahlergebnissen in Fürth vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 29. Mai 1946; Fürther Zeitung vom 1. August 1932; Fürther Tagblatt vom 6. März 1933. Informationen über die Siedlung „Hard“ verdanke ich Konrad Grünbaum und Fritz Rupprecht. Der Vergleich von Wahlergebnissen aus den Jahren 1933 und 1946 ist mehr als problematisch, denn: dreizehn Jahrgänge an Neuwählern kamen seit 1933 hinzu; Krieg und NS-Zeit hatten viele Opfer gefordert; Evakuierte und Flüchtlinge waren in die Dörfer und Städte gekommen. Gleichwohl sind noch so problematische Vergleiche von Wahlergebnissen ein wichtiges Mittel, um Kontinuitäten und Brüchen in den politischen Orientierungen auf die Spur zu kommen. Zu methodischen Problemen der historischen Wahlforschung vgl. u. a. Peter Steinbach, Stand und Methode der historischen Wahlforschung. Bemerkungen zur interdisziplinären Kooperation von moderner Sozialgeschichte und den politisch-historischen Sozialwissenschaften am Beispiel der Reichstagswahlen im deutschen Kaiserreich, in: Hartmut Kaelble u. a. (Hrsg.), Probleme der Modernisierung in Deutschland,

zialdemokratischen Genossenschaft „Eigenes Heim“ zahlreiche kleine Siedlerhäuschen, von Spöttern „Hundshütten“ oder „Muckenhäuser“ genannt, entstanden, die vor allem von den Facharbeitern der Möbel- und Spielwarenfabriken bewohnt wurden. Endlich ein eigenes Dach über dem Kopf zu haben, das verlohnten die Arbeiter der Siedlung Hard den Sozialdemokraten, die hier regelmäßig einen Stimmenanteil von 60 Prozent erreichten, der dann allerdings unter dem Eindruck der großen Arbeitslosigkeit Anfang der dreißiger Jahre, als fast jeder zweite Arbeiter auf der Straße stand, knapp unter 50 Prozent sank. Der NSDAP blieb das Facharbeiter-Milieu lange verschlossen. In der Märzwahl 1933 lag ihr Anteil hier aber immerhin bei 30 Prozent; die Kommunisten erreichten damals 16 Prozent der Stimmen. In der Stadtkreiswahl vom Mai 1946 kehrten viele Wähler, die vor 1933 das Vertrauen in die SPD verloren und sich der NSDAP bzw. den Kommunisten zugewendet hatten, wieder zur SPD zurück, die mit rund 60 Prozent der Stimmen an ihre alte Stärke aus den guten Weimarer Jahren anknüpfen konnte. Ähnlich verlief die Stimmbewegung im reinen Arbeiterbezirk „Wilhelmshöhe“ nördlich der Würzburgerstraße. Auch hier wurde noch 1933 fast jede zweite Stimme für die SPD abgegeben. Die Nationalsozialisten brachten es auf etwas mehr als ein Drittel der Stimmen, die Kommunisten rangierten bei etwa 7 Prozent. Sie konnten diesen Anteil auch 1946 wieder erreichen, der Anteil der SPD aber lag wieder bei fast 60 Prozent<sup>181</sup>. Auch hier erzielte also die SPD in ihrer alten Hochburg wieder Stimmenanteile wie 1928/30.

In welchem Maße es der SPD gelang, Breschen in das ihr einst fast ganz verschlossene bürgerlich-protestantische Milieu zu schlagen und damit ehemalige NSDAP-Wähler auf sich zu ziehen, zeigte sich besonders deutlich am Beispiel des Fürther Stimmbezirks „Goldene Krone“ in der Gustavstraße. Im Herzen der Altstadt wohnte der „bürgerliche Durchschnitt“, wie es bei den Sozialdemokraten hieß, die hier über 30 Prozent kaum je hinausgekommen waren, während die Nationalsozialisten 1933 mehr als die Hälfte aller Stimmen erhalten hatten. Nach Kriegsende wandten sich viele kleine Industrielle, Händler und gutsituierte Rentner dieses Stadtteils weder der christkonservativen CSU, die bei der säkularisierten Stadtbewölkerung als „Pfaffenpartei“ abgestempelt war, noch der FDP zu, die in Fürth im Ruf stand, eine Großbürgerpartei zu sein, sondern der anscheinend moderner gewordenen SPD, die im Wahlkampf eine Reihe von Veranstaltungen speziell für Geschäftsleute und Handwerker abgehalten hatte<sup>182</sup>. Hier, wie auch im Bezirk „Restaurant Kirschbaum“ in der Heilstättenstraße konnte die SPD im Frühjahr 1946 ihren Stimmenanteil fast auf 50 Prozent hochschrauben. Heilstättenstraße, vor den Toren der Stadt – das war eine Gegend der kleinen Ackerbürger und schlecht bezahlten Angestellten sowie vieler ärmerlicher Nebenerwerbslandwirte und sozial deklassierter Gelegenheits- und Hilfsarbeiter, die in den umgebauten Kasernen der ehemaligen Fürther Garnison zur Miete wohnten

Opladen 1978, S. 171–234, sowie Otto Büsch u. a. (Hrsg. und Bearbeiter), *Wählerbewegung in der deutschen Geschichte*, Berlin 1978 und Karl-Heinz Naßmacher, *Regionale Traditionen als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems*, in: Wolfgang Günther (Hrsg.), *Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert*, Oldenburg 1981, S. 153–187; ders., *Kontinuität und Wandel eines regionalen Parteiensystems*, in: Ebenda, S. 221–251.

<sup>181</sup> Vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 29. Mai 1946; Fürther Zeitung vom 1. August 1932; Fürther Tagblatt vom 6. März 1933.

<sup>182</sup> Vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 11. Mai 1946; vgl. auch Nürnberger Nachrichten vom 12. Dezember 1945.

und vor 1933 ihre politischen Hoffnungen auf die NSDAP gesetzt hatten. Die NSDAP fand hier 1933 mehr als doppelt so viele Wähler wie die SPD, die mit nur einem Viertel der Stimmen eines ihrer schlechtesten Ergebnisse im gesamten Stadtgebiet erzielte.

Aufgrund solcher Erfolge auch im bürgerlich-protestantischen Milieu war die SPD in 69 der 81 Fürther Stimmbezirke die stärkste Partei. Gegenüber dem Ergebnis der Märzwahl von 1933 konnte sie in vielen Bezirken 10- bis 20prozentige Zugewinne aus dem ehemals deutschnationalen bzw. später nationalsozialistischen Wählerpotential verbuchen; sie war insofern eine Haupterbin des NSDAP-Wählernachlasses in der Stadt. Übertroffen wurde sie freilich noch von der CSU, die in allen NS-Hochburgen überdurchschnittlich gut abschnitt: Das südlich der Fürther Altstadt gelegene, erst 1901 eingemeindete Dambach war schon 1930 eine Domäne der Nationalsozialisten gewesen. Der ehemals rein bäuerliche Vorort hatte nach der Jahrhundertwende seinen alten Dorfcharakter durch die Ansiedlung vieler städtischer Beamter und Angestellter verloren. In diesem halb bäuerlichen, halb Beamtenmilieu erreichten die Nationalsozialisten im Juli 1932 55 Prozent, 1933 sogar rund 60 Prozent. Die CSU erzielte in Dambach mit mehr als 45 Prozent der Stimmen ihr bestes Ergebnis in der Stadt. Im Stimmbezirk „Restaurant Rauscher“ in der gutbürgerlichen Gebhardtstraße hatten die Nationalsozialisten vor 1933 ebenfalls Rekordergebnisse erzielen können; die CSU lag mit über 36 Prozent um mehr als 7 Prozent über ihrem Durchschnittswert in Fürth<sup>183</sup>.

In einigen Fürther Wahlbezirken mischte sich die Demokratische Partei kräftig in den Kampf um die früheren NS-Wähler ein; erfolgreich vor allem dort, wo es sich um einstige Hochburgen der DDP bzw. Deutschen Staatspartei handelte, die nach 1930 an die NSDAP gegangen waren. Im Stimmbezirk „Humberbräu“ in der Friedrichstraße vermochte die Deutsche Staatspartei noch in der Juliwahl von 1932 annähernd 18 Prozent der Stimmen zu gewinnen, während sie im übrigen Stadtgebiet fast zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschmolzen war. In dieser Gegend um den Bahnhof, in der große luxuriöse Geschäfte vorherrschten, wohnten vor dem Krieg die wohlhabenden Kaufleute und Fabrikanten der Stadt, die traditionell liberalen „höheren Stände“ Fürths, die teilweise auch noch 1933 den Demokraten die Treue hielten. Im Mai 1946 konnten die Liberalen hier an ihre Weimarer Glanzzeiten anknüpfen und auch noch viele NS-Wähler hinzugewinnen, so daß sie schließlich auf ein Spitzenergebnis von über 21 Prozent kamen<sup>184</sup>.

Mußte sich die CSU in den Städten das Potential der ehemaligen DNVP- bzw. NS-Wähler mit den Sozialdemokraten und – wenn auch in geringerem Maße – der FDP teilen, so trat sie auf dem flachen Lande häufig unangefochten die Nachfolge der früheren Rechtsparteien an. Vor allem im rein ländlich-agrarischen Landkreis Ansbach, der 1933 mit über 75 Prozent für die NSDAP und mit 17 Prozent für die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot gestimmt hatte, konnte sie wahre Triumphe feiern, wie die folgenden Beispiele zeigen: Das kleine Dorf Kettenhöfstetten im Norden von Ansbach hatte in den zwanziger Jahren rund 350 Einwohner, von denen sich drei Viertel zum evangelischen Glauben bekannten. Während der gesamten Weimarer Zeit zeigte das

<sup>183</sup> Wie Anm. 181.

<sup>184</sup> Wie Anm. 181.



Wahlverhalten der überwiegend national eingestellten Bevölkerung Unsicherheit und Ratlosigkeit, häufig blieben die Bauern der Wahl auch ganz fern, weil sie sich von keiner Partei recht vertreten sahen. Zunächst eine Domäne der DNVP, stimmten die Kettenhöfsetter 1930 für das Landvolk, ehe sie im Juli 1932 fast geschlossen zu den Nationalsozialisten umschwenkten; 1933 gaben 93 Prozent der Einwohner ihre Stimme der NSDAP. Die CSU, die von vielen konservativen Protestanten als neue christlich-konservative Heimatpartei in der Tradition der DNVP angesehen wurde, erlangte hier 95 Prozent der Stimmen. Die Zwerggemeinde Malmersdorf mit ihren rund 220 Einwohnern, die überwiegend von den kärglichen Einkünften aus der Landwirtschaft lebten, war bis 1933 eine Hochburg der deutschnationalen Kampffront Schwarz-Weiß-Rot geblieben. Die Kampffront erhielt in der Märzwahl 56 Stimmen, die NSDAP 47, eine einzige Stimme wurde für die SPD abgegeben. Auch hier konnte die CSU 1946 mit 94 Prozent der Stimmen glänzend abschneiden<sup>185</sup>.

Nicht anders war es in den katholischen Gemeinden im Ostzipfel des Landkreises Ansbach, die bis 1933 uneinnehmbare Hochburgen der BVP gewesen waren. In der von einer wuchtigen Deutschordensburg beherrschten Bauerngemeinde Virnsberg mit ihren 300 Einwohnern (95 Prozent römisch-katholisch) hatte die NSDAP 1930 keine einzige Stimme erhalten. Die BVP behauptete selbst 1933 eine Dreiviertel-Mehrheit, die offensichtlich auch später den Verführungen der NSDAP gegenüber resistent blieb. „In Virnsberg besteht keine SA“, schrieb der Kreisleiter im Juli 1935 verärgert an das Ansbacher Bezirksamt, „und die Gründung einer HJ oder eines BdM ist überhaupt unmöglich“. Die „Verhetzung“ sei so groß, „daß der Dorfpfarrer Schüleraufsätze schreiben läßt, die den Lehrer unmöglich machen sollen und zwar nur deshalb, weil er Stützpunktleiter der NSDAP“ sei. Im Frühsommer 1946 konnte die CSU, die hier offensichtlich als Nachfolgerin der BVP betrachtet wurde, mit 95,6 Prozent der Stimmen eines ihrer besten Ergebnisse im Landkreis erzielen; in Sondernöhe (100 Prozent r.k.) erhielt sie 99 Prozent, in Veitsaurach (90% r.k.) 91 Prozent der Stimmen<sup>186</sup>.

Landrat Neff führte den überwältigenden Sieg der CSU im Landkreis Ansbach vor allem auf das „Beiwort ‚christlich‘ im Namen der Christl. Soz. Union“<sup>187</sup> zurück, das seine Wirkung weder bei der katholischen Minderheit noch bei der protestantischen Mehrheit verfehlt habe, dies umso weniger, als sich die beiden Konfessionen – vor allem Kern, Seiler und Fruth – uneingeschränkt für die CSU erklärten und sich auch von der Kanzel herab für die „christliche Sache“ einsetzten. Außerdem machte es sich für die CSU bezahlt, daß sie mit dem angesehenen Bauernführer der Region, Georg Mack, einen glaubwürdigen Politiker an der Spitze hatte, der eine fast magnetische

<sup>185</sup> Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung. Sie wurden nicht veröffentlicht und sind weder im LRA Ansbach, noch im StA Nürnberg vorhanden. Ich verdanke sie dem Bayerischen Statistischen Landesamt in München. Vgl. dazu auch Fränkische Zeitung vom 6. März 1933 und Fränkische Zeitung vom 15. September 1930 sowie Fränkische Zeitung vom 1. August 1932. Angaben zur Sozialstruktur der Gemeinden im Landkreis Ansbach finden sich in: Amtliches Gemeindeverzeichnis für Bayern. Wohnbevölkerung nach der Volkszählung am 29. Oktober 1946. Heft 141 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 101 f.

<sup>186</sup> Wie Anm. 185. NSDAP-Kreisleiter an BA Ansbach, 26. Juli 1935, in: StA Nürnberg, LRA Ansbach (1961), Nr. 4885.

<sup>187</sup> Memorandum von LR Neff über die Kreistagswahlen, in: StA Nürnberg, Reg von Mittelfranken (1978), Nr. 389.

Wirkung auf die ländlichen Meinungsführer ausübte. Er gewann viele parteilose Bürgermeister für die CSU und sicherte sich die Unterstützung von Neff; auch der „Macher“ der gerade aus der Taufe gehobenen Fränkischen Landeszeitung, der Katholik Wilhelm Wiedfeld, war auf seiner Seite. Gleichwohl gelang es der CSU im Landkreis Ansbach nicht, das frühere Wählerreservoir von NSDAP, DNVP, Christlich-Sozialem Volksdienst und BVP ganz aufzusaugen. Mochten Kreisdekan Kern und Mack noch so kräftig die Werbetrommel rühren, viele blieben ihren alten Anschauungen treu und höhnten nur über diejenigen, die so schnell ihre Hemden wechselten. Andere, vor allem die Neuem gegenüber traditionell skeptischen Bauern, wußten mit der interkonfessionellen CSU, die weder Fisch noch Fleisch zu sein schien, wenig anzufangen und blieben der Urne fern; bei den Kreistagswahlen und bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung war es im Landkreis Ansbach fast jeder dritte Wahlberechtigte<sup>188</sup>.

Bescheidener fielen die Erfolge der CSU im Landkreis Fürth aus. Auch in kleinen, rein agrarischen Orten schnitt sie zuweilen relativ schlecht ab. Hier fehlten ihr der Beistand der evangelischen Geistlichkeit, die sich nur unter Vorbehalten zur CSU bekannt hatte und im Wahlkampf fast überhaupt nicht in Erscheinung getreten war, sowie die Schützenhilfe von Landrat und Presse, die sich in sozialdemokratischer Hand befand. Ein Handicap war es auch, daß sie keine zugkräftigen Kandidaten präsentieren konnte. Der steife, auf dem Lande fast unbekannte Diplomkaufmann Heinrich Emmert aus Nürnberg etwa, der später für den Landtag kandidierte, war kein Mack, der es verstanden hatte, der CSU das Image der neuen Heimatpartei zu verleihen<sup>189</sup>.

Auch im Landkreis Fürth blieben so am Wahltag viele ehemalige NSDAP- oder DNVP-Wähler zu Hause oder gaben ihre Stimme der FDP, die einige respektable, im ländlichen Milieu festverwurzelte Bauern in ihren Reihen hatte, und außerdem mit ihrer Betonung des Nationalen gut an gleichsam brachliegende vaterländische Gefühle appellieren konnte. In einigen Gemeinden überflügelte sie die CSU sogar. Im Bauerndorf Großweismannsdorf mit seinen etwa 200 Wahlberechtigten hatten die Liberalen bis 1933 nie eine Rolle zu spielen vermocht. Die Bauern wählten deutschnational, 1933 zu fast 95 Prozent nationalsozialistisch. Als sie im April 1946 aufgerufen wurden, zur Urne zu gehen, blieben mehr als die Hälfte zu Hause; 53 gaben ihre Stimme der FDP, 30 der CSU. Dasselbe Bild bot sich im rein bäuerlichen Obermichelbach, das 1933 eine Domäne der Nationalsozialisten und Schwarz-Weiß-Roten gewesen war. Hier schnitten die Liberalen in der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung mit über 45 Prozent der Stimmen sehr günstig ab<sup>190</sup>.

Die Chancen der SPD, in das konservative ländlich-agrarische Milieu der winzigen Dörfer einzudringen, waren – wie sich schon bei den Gemeindewahlen vom Januar 1946 gezeigt hatte – gegenüber der Weimarer Zeit kaum größer geworden. Daß sie auf

<sup>188</sup> Vgl. dazu Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, S. 312 und S. 320.

<sup>189</sup> Zu Emmert vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 30. November 1946 und Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1948.

<sup>190</sup> Die Wahlergebnisse beziehen sich auf die Kreistagswahlen am 28. April 1946. Die Ergebnisse für die einzelnen Gemeinden finden sich in: StA Nürnberg, LRA Fürth, Nr. 9. Daten zur Sozialstruktur der einzelnen Gemeinden in: Amtliches Gemeindeverzeichnis für Bayern. Wohnbevölkerung nach der Volkszählung am 29. Oktober 1946. Heft 141 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 106. Vgl. auch StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 71.

dem flachen Lande dennoch einige spektakuläre Erfolge verbuchen konnte, verdankte sie vor allem einer Maßnahme der Militärregierung. Diese hatte nämlich 1945 in einigen ländlichen Dörfern Sozialdemokraten zu Bürgermeistern ernannt, die offensichtlich auch viele konservative Bauern zur SPD herüberziehen konnten, wie am Beispiel Seukendorfs deutlich wurde: 1933 errangen die Sozialdemokraten dort ganze 6 Prozent der Stimmen, in der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung – also schon in der Ära des sozialdemokratischen Bürgermeisters Burger – fast 44 Prozent, bei der Landtagswahl fünf Monate später über die Hälfte aller Stimmen<sup>191</sup>.

In etwas größeren Orten (mit mehr als 1000 Einwohnern), die von der Industrialisierung nicht völlig unberührt waren, vermochte aber die SPD die ihr gegenüber reservierte oder feindliche Gesinnung zu durchbrechen und ihre bescheidenen Stimmanteile aus der Weimarer Zeit beträchtlich aufzustocken. Exemplarisch dafür war die Wählerbewegung in Großhabersdorf im Landkreis Fürth: Die zu 80 Prozent evangelische Gemeinde war seit der Jahrhundertwende – auch durch den Zuzug von Pendlern der Nürnberger MAN-Werke und der Vereinigten Deutschen Metallwerke – schneller gewachsen als die umliegenden Ortschaften. Die Zahl der Handwerksbetriebe stieg; einige profitierten vom Wirtschaftsboom im nahen Ballungsraum Nürnberg/Fürth und entwickelten sich zu kleineren Gewerbebetrieben, die meist wenig klassenbewußte Arbeiter beschäftigten. Das alte Gefüge von Normen und Traditionen büßte durch diesen rapiden Wandel innerhalb von zwei Jahrzehnten an Prägekraft ein – ein Prozeß, der während der NS-Zeit noch beschleunigt wurde, wie etwa Oberkirchenrat Kern<sup>192</sup> im nahegelegenen, ähnlich strukturierten Heilsbronn beobachtete: „... Die Haltung der Jugend dem kirchlichen Leben gegenüber zeigt schon, daß sich die elterliche Autorität nicht mehr in allen Fällen weder der Jugend noch den antikirchlichen Einflüssen gegenüber durchsetzt, besonders dort, wo die Väter im Felde sind ... Der autoritätswidrige Einfluß antikirchlicher Persönlichkeiten hat es dahin gebracht, daß selbst die Stadtbehörde der Jugend nicht mehr Herr wird.“ Die Nationalsozialisten gewannen in diesem heterogenen Handwerker-, Bauern- und Arbeitermilieu schnell die Oberhand. 1933 erhielten sie 80 Prozent, die Sozialdemokraten nur 12 Prozent der Stimmen, die sich aber nach Kriegsende mehr als verdreifachten: In der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung vom Juni 1946 erzielte die SPD in Großhabersdorf 43,8 Prozent<sup>193</sup>. Die SPD war hier – wie auch in vielen anderen halb-industrialisierten Landgemeinden der Region um Ansbach und Fürth – „salonfähig“ geworden. Fast schien es so, als habe hier der Nationalsozialismus durch die Auflockerung traditioneller Strukturen und Gesinnungen der SPD gleichsam den Weg gebahnt. Ihre sozialreformerischen, modernen Züge kamen den in den „gebrochenen“ Orten bestehenden vagen politisch-sozialen Emanzipationshoffnungen eher entgegen als das konfessionelle, konservative Image der CSU.

In den Reihen der KPD breitete sich nach den Wahlen vom Frühjahr bzw. Frühsommer Ernüchterung aus, weil sich der schon in den Gemeindewahlen beobachtete negative Trend fortsetzte. Die deutliche Zunahme der Mitgliederzahl, das große allgemeine Interesse an den Kundgebungen eines Hausladen oder Sessler, das fast bürger-

<sup>191</sup> Vgl. ebenda, Nr. 9. Vgl. auch Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 3. Juli 1946.

<sup>192</sup> Bericht über die Kirchenvisitation in Heilsbronn, 11. Juni 1944, in: LKA Nürnberg, Bestand: Kreisdekan Ansbach, Nr. 14/57.

<sup>193</sup> Vgl. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 3. Juli 1946; Fürther Tagblatt vom 6. März 1933.

liche Image der KPD – dies alles schien zu großen Hoffnungen auf eine neue soziale Basis zu berechtigen. Doch weit gefehlt. Die erhoffte Hinwendung der bäuerlichen Bevölkerung zur KPD blieb aus, die Distanz zwischen Kommunisten und rückständig-konservativer Landbevölkerung war unüberwindlich. In vielen kleinen Dörfern erhielt die KPD keine Stimme, nur selten erreichte sie einen 5-prozentigen Stimmenanteil. Selbst im proletarischen Milieu kam sie nicht mehr an ihre Spitzenergebnisse aus dem Jahre 1932 heran, wie die Nahuntersuchung der Fürther Wahlbezirke verdeutlicht: Vor der Machtergreifung der NSDAP hatte die Fürther KPD im südlich des Bahnhofs gelegenen Viertel um die Flößau- und Waldstraße ihre größten Erfolge verbuchen können. Hier hatten die großen Spiegelglasfabriken von Weltruf wie Wiederer und Co. ihre Fertigungshallen. Gleich daneben, im sogenannten Glasscherbenviertel, wohnten viele Arbeiter, die häufig erst nach dem Ersten Weltkrieg aus dem agrarischen Umland zugezogen waren. In den ruhigen Weimarer Zeiten konnte die SPD im Wahlbezirk 54 „Frauenstraße“ im Glasscherbenviertel glänzende Ergebnisse erzielen. Noch 1930, als die Weltwirtschaftskrise bereits ihre Schatten vorauswarf, wurde fast jede zweite Stimme für sie abgegeben. Zwei Jahre später, als einige der traditionsreichen Glasfabriken schließen mußten und zahlreiche Arbeiter stempeln gingen, war es nur noch jede dritte Stimme. Vom Rückgang der SPD profitierte vor allem die kämpferisch-radikale KPD, die von 6 Prozent im Jahre 1930 auf 40 Prozent im Juli 1932 anstieg. 1933 erreichten die Kommunisten noch einen Stimmenanteil von rund 28 Prozent. Im Mai 1946 blieben davon nicht einmal 12 Prozent übrig. Die SPD hingegen konnte mit fast zwei Dritteln der Stimmen ihre guten Weimarer Ergebnisse sogar noch übertreffen. Der Weimarer Trend, wonach die SPD in Krisenzeiten vor allem „infolge Abwanderung nach links“<sup>194</sup> Wähler verlor, hatte sich also in sein Gegenteil verkehrt: Die Sozialdemokraten erhielten Zuwanderung von links. Die angebliche Wandlung der KPD kam gerade im proletarischen Milieu kaum an, das schon vor dem allgemeinen Anwachsen antikommunistischer Ressentiments im Kalten Krieg gegen neue Appelle radikaler Ideologien besonders resistent war. „Wir haben die Nase voll gehabt mit Kommunismus, von Rußland her, wissen Sie?“, erzählte später ein Arbeiter, und ein Sozialdemokrat, der 1932/33 selbst mit dem Gedanken gespielt hatte, kommunistisch zu wählen, meinte: „Ja, ich war sehr unzufrieden mit der SPD, aber als ich im KZ mit Kommunisten zusammenkam, war ich froh, daß die nicht an die Macht gekommen sind. Viel besser als die Nazis waren die auch nicht.“<sup>195</sup>

Der Niedergang im proletarischen Milieu, der allerdings nicht überall solche Ausmaße hatte wie im Fürther Glasscherbenviertel, schlug nicht sofort auf das Gesamtergebnis der KPD durch, weil die Kommunisten zugleich bescheidene Zugewinne in fast allen mittelständischen Wohngebieten, die früher zu den Bastionen der NSDAP gehört hatten, notieren konnten. Der Wahlbezirk 29 „Schulhaus Rosenstraße“ etwa war in der Weimarer Zeit kein gutes Pflaster für die KPD gewesen. Im Schatten von Rathaus und Theater wohnten kaum Arbeiter, sondern kleine Fabrikanten, Händler und viele städtische Angestellte, die in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität liberal oder

<sup>194</sup> Mehninger, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, S.323. Zu den Wahlergebnissen in Fürth vgl. Fürther Tagblatt vom 1. August 1932; Fürther Tagblatt vom 6. März 1933; Fürther Tagblatt vom 15. September 1930.

<sup>195</sup> Mündliche Mitteilungen von Ludwig Zahn vom 30. November 1984 und Konrad Grünbaum vom 29. November 1984.

sozialdemokratisch wählten, gegen Ende der Weimarer Republik aber – als viele kleine Existenzen bedroht waren – zu den Nationalsozialisten überliefen: Im Juli 1932 erhielten diese knapp 50 Prozent, 1933 etwas mehr als die Hälfte aller Stimmen. Die Kommunisten kamen im Wahlbezirk 29 auch zu ihren besten Zeiten kaum über 8 Prozent hinaus, während im gesamten Stadtgebiet annähernd 14 Prozent der Stimmen für sie abgegeben wurden. Im Mai 1946 holten sie hier immerhin 12,5 Prozent der Stimmen<sup>196</sup>.

Das „große Heer der Suchenden“, das die Fürther Ausgabe der Nürnberger Nachrichten vor den Wahlen beobachtet hatte, ging im Frühjahr bzw. Frühsommer 1946 trotz nicht zu übersehender Skepsis gegenüber den Parteien zu den Urnen. Die Entscheidungen aber, die in den Wahlkabinen getroffen wurden, ließen ein hohes Maß an Unsicherheit erkennen. Die Intensität und Stabilität der Zuwendung zu Parteien war nur in alten sozialdemokratischen Hochburgen sehr stark, in ehemaligen NSDAP- und DNVP-Hochburgen aber sehr gering<sup>197</sup>, wie sich in der Wahl zum bayerischen Landtag vom 1. Dezember 1946 zeigte, die z. T. beträchtliche Änderungen in der Parteienlandschaft brachte. Die geringste Bindekraft konnte die so triumphal gestartete CSU entfalten, die anfangs große Teile des ehemaligen Wählerpotentials von NSDAP, DNVP und BVP auf sich zu ziehen vermocht hatte. Die mit bayerischer Derbheit geführten Richtungskämpfe an der Parteispitze mit ihrer schrillen Begleitmusik in der Presse begannen ihren Tribut zu fordern. In den evangelischen Gemeinden wuchs angesichts der oft beklagten Uneinsichtigkeit Hundhammers und Schäffers die Sorge, die CSU könne ganz in die Hände der alten BVP-Traditionalisten geraten und doch zur Neuaufgabe der BVP werden. Der „zarte Keim ‚Union‘“ drohe allzu früh zu ersticken, so der Sprecher der evangelischen Gruppe August Hausleiter. Noch einige „Schritte weiter auf diesem Wege“, warnte er, „und wir erleben das gleiche wie nach 1918, nämlich nach ersten schüchternen Versuchen der interkonfessionellen Zusammenarbeit die Rückbildung zur katholisch-konfessionellen Partei mit einigen Renommier-Protestanten, die sich in einer unmöglichen und lächerlichen Lage befinden“<sup>198</sup>. In den katholischen Gebieten Ober- und Niederbayerns stellte sich – wie in den katholischen Enklaven der Region um Ansbach und Fürth – ebenfalls bald Unzufriedenheit ein. Der katholisch-konservative Flügel der Gesamtpartei war in der Frage der Verankerung eines bayerischen Staatspräsidenten in der neuen Verfassung gescheitert<sup>199</sup>. Dies war mehr als eine gewöhnliche Niederlage gewesen, es war das Ende des weiß-blauen Traumes von bayerischer Eigenstaatlichkeit, und ausgerechnet die evangelischen CSU-Abgeordneten um Josef Müller hatten seine Erfüllung vereitelt.

<sup>196</sup> Vgl. Anm. 181.

<sup>197</sup> Besonders deutlich zeigte sich dies im 500-Seelen-Dorf Puschendorf im Landkreis Fürth, wo das Heer der Suchenden offenbar immer Neues fand und einem Heer der Wechselwähler glich. Die Puschendorfer hatten 1933 fast geschlossen für die Nazis gestimmt; im Januar 1946 wählten sie einhellig die SPD. Fünf Monate später, bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung, sank der SPD-Anteil auf ca. 24 Prozent; die CSU erhielt fast zwei Drittel aller Stimmen. Als weitere fünf Monate darauf der Landtag gewählt wurde, nahm der SPD-Anteil auf über 44 Prozent zu, der CSU lief die Hälfte der Wähler wieder davon. Vgl. StA Nürnberg, LRA Fürth, Nr. 9, 10. Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 3. Juli 1946 und 4. Dezember 1946.

<sup>198</sup> Hausleiter an Schieder, 10. Juli 1946: Die Evangelische Gruppe in der Union. Eine Analyse ihrer Stellung nach den Wahlen vom 30. Juni 1946, in: LKA Nürnberg, Bestand: Kreisdekan Nürnberg, Nr. 36–510.

<sup>199</sup> Vgl. Henke/Woller, Lehrjahre der CSU, S. 13.

Der Stern der CSU begann zu verblassen. Die evangelische Geistlichkeit in Fürth ging nun auf noch größere Distanz zur CSU, und selbst die beiden Ansbacher Pfarrer Kern und Seiler zweifelten, ob es richtig gewesen war, sich so vorbehaltlos für die CSU eingesetzt zu haben. Auch sie schränkten ihr früheres Engagement ein. Und Mack, der Motor der Christsozialen im Landkreis Ansbach, büßte an Überzeugungskraft ein, weil er im fernen München manchmal etwas anders reden mußte als vor seinen mittelfränkischen Bauern. Das in der fränkischen Provinz vorherrschende, ebenso werbewirksame wie illusionäre Doppelimage der CSU als neue konservativ-nationale Heimatpartei *und* Nachfolgerin der BVP verlor an Glaubwürdigkeit. Schon in der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung vom Juni 1946 mußte die CSU in fast allen evangelischen Gemeinden der Region um Ansbach und Fürth leichte Verluste hinnehmen. Die Landtagswahl vom 1. Dezember 1946 endete dann mit einem Debakel.

Ergebnis der Landtagswahl vom 1. Dezember 1946 in der Region Ansbach/Fürth in Prozent<sup>200</sup> (in Klammern Ergebnis der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 30. Juni 1946):

	CSU	SPD	KPD	FDP	WAV
Stadt Ansbach	32,9 (41,2)	37,8 (42,8)	4,5 (2,6)	7,8 (9,4)	7,8 (4,0)
Stadt Fürth	20,3 (24,8)	44,9 (47,7)	11,6 (9,9)	10,0 (6,4)	13,2 (11,2)
Landkreis Ansbach	65,1 (75,4)	16,5 (15,5)	2,7 (1,8)	11,0 (3,0)	4,7 (4,3)
Landkreis Fürth	26,6 (34,6)	39,7 (42,1)	8,9 (7,7)	16,4 (11,9)	8,4 (3,7)
Bayern insgesamt	52,3 (58,3)	28,6 (28,8)	6,1 (5,3)	5,6 (2,5)	7,4 (5,1)

Seit dem Frühjahr 1946 hatte die CSU ein Viertel ihrer früheren Wählerschaft eingebüßt. Besonders groß war der Vertrauensverlust dort, wo sie einige Monate zuvor spektakuläre Erfolge hatte feiern können. Veitsbronn, die etwa 2000 Einwohner zählende Ortschaft im Nordwesten von Fürth, die 1933 zu fast 80 Prozent für die NSDAP gestimmt hatte, gehörte im Januar 1946 zu den wenigen Gemeinden im Landkreis Fürth, in denen es der CSU gelungen war, die SPD zu übertrumpfen. Mit 75,6 Prozent erzielte sie ein Ergebnis, das weit über dem Landkreisdurchschnitt lag. Daß dies freilich nur eine halbherzige Hinwendung zur CSU gewesen war, zeigte sich in den folgenden Wahlen immer deutlicher. Bis zur Landtagswahl im Dezember schrumpfte der stattliche Anteil zunächst auf 59 (April), dann auf 57 Prozent (Juni), schließlich wurde nur noch jede dritte Stimme für die CSU abgegeben. Im Fürther

<sup>200</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, S. 340 f.

Stimmbezirk Dambach, wo vor allem Beamte, Angestellte und Ackerbürger wohnten, sank der CSU-Anteil zwischen Mai und Dezember von 45 auf 29 Prozent<sup>201</sup>. In den überwiegend katholischen Gemeinden hielten sich die Verluste der CSU in Grenzen, doch ließ sich auch hier der Erosionsprozeß nicht verkennen: In Virnsberg verlor die CSU 17 Prozent, in Veitsaurach über 12 Prozent und in Sondernöhe sank ihr Anteil von 99 auf 90 Prozent<sup>202</sup>.

Von den Verlusten der CSU in der Landtagswahl vom 1. Dezember 1946 profitierten FDP und WAV – die Liberalen vor allem auf dem Lande, die Loritz-Partei in den städtischen Gebieten. Daß die Liberalen im konservativ-bäuerlichen Milieu gute Chancen besaßen, hatte sich schon in den vorausgegangenen Wahlen gezeigt. Jetzt, da die Schwäche der CSU offenbar wurde und die Liberalen zugleich verstärkt nationale Töne vernehmen ließen, holte die FDP weiter auf und machte der CSU sogar häufig den Ruf einer Heimatpartei streitig.

Die WAV, im Frühjahr 1946 noch kaum mehr als die Ein-Mann-Partei des exzentrischen Münchener Rechtsanwalts Alfred Loritz, war inzwischen zur viertstärksten Landespartei aufgestiegen. Sie bezog ihre Dynamik freilich nicht in erster Linie aus der inneren Schwäche der CSU, sondern machte sich die besonders in den Städten aufgeheizte Stimmung zunutze, die wegen der politischen Säuberung, der zunehmenden Wohnungsnot und der gravierenden Versorgungsengpässe entstanden war. Vor allem die Auswirkungen der verfehlten amerikanischen Säuberungspolitik wurden von Loritz und seinen Leuten immer wieder aggressiv angeprangert<sup>203</sup>. Das zahlte sich aus. In der Beamtenstadt Ansbach und in den gutbürgerlichen Stadtbezirken von Fürth standen viele Angestellte und Beamte aufgrund ihrer politischen Belastung auf der Straße. Im Frühjahr hatten sie – wenn sie überhaupt wahlberechtigt gewesen waren – noch CSU gewählt, jetzt strömten sie der WAV zu. Besonders deutlich zeigte sich dies im Fürther Wahlbezirk „Rosenstraße“, wo die WAV zwischen Mai und Dezember 1946 von 6,6 auf fast 20 Prozent zunahm, während die CSU im gleichen Zeitraum von 29 auf 16,7 Prozent abnahm. Auf dem Lande hingegen, wo das Entnazifizierungsproblem längst nicht die Schärfe erreichte wie in den Städten, blieb der WAV der Erfolg versagt. Die Propagandatöne von Loritz waren den nüchternen Bauern zu schrill.

Der gereizten Atmosphäre in den Städten verdankte auch die KPD leichte Gewinne in der Landtagswahl. Offensichtlich konnte sie viele Arbeiter gewinnen, die in der Endphase von Weimar kommunistisch gewählt und dann im Frühjahr 1946 auf die SPD gesetzt hatten. Enttäuscht darüber, daß sich unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner die allgemeine Misere noch verschärfte, die Lebensmittel knapper und knapper wurden und die Wohnungsnot zunahm, kehrten sie nun zur KPD zurück. In ihren traditionellen Hochburgen im Glasscherbenviertel und im Arbeitervorort Ronhof machte die KPD so gegenüber der SPD einigen Boden gut, wenngleich sie auch jetzt ihre Weimarer Spitzenergebnisse weit verfehlte<sup>204</sup>.

<sup>201</sup> Zu den Wahlergebnissen vgl. StA Nürnberg, LRA Fürth, Nr. 9, 10; Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 3. Juli 1946 und 4. Dezember 1946; vgl. auch Fürther Tagblatt vom 6. Mai 1933; Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 29. Mai 1946.

<sup>202</sup> Vgl. dazu Anm. 185. Die Ergebnisse der Landtagswahl vom 1. Dezember 1946 im Landkreis Ansbach wurden ebenfalls nicht veröffentlicht; ich verdanke sie dem Bayerischen Statistischen Landesamt.

<sup>203</sup> Vgl. dazu Woller, Loritz-Partei, S. 42 ff.

<sup>204</sup> Vgl. dazu Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 4. Dezember 1946.

Trotz vieler ungelöster sozialer Fragen blieben radikale Parteien in den Wahlen des Jahres 1946 schwach. Die Sorgen von Hoegner, der Anfang des Jahres mehrfach vor frühen Wahlen gewarnt hatte, weil er die politische Mündigkeit des Volkes in Zweifel zog und dessen Anfälligkeit für radikale Propaganda befürchtete, erwiesen sich als weitgehend unbegründet. Die Wähler gingen anscheinend viel nüchterner und mit größerem politischen Gespür zu den Urnen, als es der skeptische Sozialdemokrat erwartete, der zwölf Jahre im Schweizer Exil verbracht und womöglich die in den letzten Kriegsjahren massiv einsetzende politisch-ideologische Ausnüchterung großer Teile der Bevölkerung nicht erkannt hatte. Die KPD kam, wie in der Region Ansbach/Fürth so auch im gesamten Land Bayern, nicht mehr an ihre Glanzzeiten von Weimar heran. Sie konnte zwar bürgerliche Protestwähler erreichen, in ihren ehemaligen proletarischen Hochburgen aber büßte sie auch auf Landesebene zugunsten der SPD beträchtlich ein. Auch von der Protestpartei WAV mit ihrem „blonden Hitler“ an der Spitze, dessen Wahlkampf zuweilen an die Propaganda der NSDAP erinnerte, ging zunächst keine größere Gefahr aus, obwohl sie im mittelständischen Milieu einige spektakuläre Erfolge erzielen konnte. Die ehemaligen NS-Wähler schienen – manche vielleicht auch nur mangels Gelegenheit, weil die Militärregierung der Gründung von radikalen Parteien einen Riegel vorgeschoben hatte – besonnener geworden zu sein und drängten zur politischen Mitte. Auf dem Lande wandten sie sich vor allem der CSU und in geringerem Maße der FDP zu, in den Städten sowie in den industriellen Dörfern und Marktflecken fiel das Erbe der NS-Stimmen häufig der SPD zu, die auf Landesebene gegenüber ihrem Ergebnis von 1933 so mächtig zulegen konnte (10 Prozent), daß man von einem Linksrutsch zu sprechen begann – übereilt, wie sich bei der Bundestagswahl von 1949 herausstellte.

## 6. Kräfteverschiebungen innerhalb des Parteiensystems vor der Bundestagswahl 1949

Die Wahlkämpfe des Jahres 1946 erschöpften die Kräfte der Parteien. Sich um den Aufbau der Organisationen zu kümmern, eingehende Programmdiskussionen zu führen – all das hatte man bis nach den Wahlen verschoben. Die Atempause nach den Monaten der angespannten Mobilisierung trat jedoch nicht ein. Die ohnehin überlasteten aktiven Parteimitglieder hatten sogar noch weitere öffentliche Ämter zu übernehmen. Sie saßen in Gemeinde- und Stadträten, einige seit Anfang 1947 zusätzlich noch im Landtag in München, auf ihren Schultern lastete die Arbeit von Spruchkammern und Flüchtlingsbetreuung. Die „Anstrengungen für uns sind manchmal so, daß Stunden der Resignation verständlich sind“, schrieb im November 1947 der Münchener Sozialdemokrat Franz Marx. „Jede Minute ist ausgefüllt mit einer dringenden Arbeit, und man hat tatsächlich immer nur zu entscheiden zwischen der Möglichkeit diese Arbeit liegen zu lassen und dadurch sein Gewissen zu belasten oder diese Arbeit zu machen und dadurch seine physischen Kräfte bis an die äußerste Grenze oder vielleicht noch darüber hinaus anzuspannen.“<sup>205</sup>

<sup>205</sup> Franz Marx an Joseph Lang, 2. November 1947, in: Helga Grebing (Hrsg.), *Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945–1949*, Stuttgart 1983, S. 193.



Daß den Parteien nach den aufreibenden Wahlkämpfen so wenig Zeit blieb<sup>206</sup>, ihre Organisationen zu festigen, hatte seinen Grund freilich auch in inneren und äußeren Einflüssen, die 1947/48 wirksam wurden. Es vollzogen sich innerhalb der Parteien tiefgreifende Umwälzungsprozesse, die bei der CSU die teilweise Preisgabe des interkonfessionellen Gründungsgedankens, bei der KPD das Ausscheiden eines eher bürgerlichen Flügels und bei der SPD die schrittweise Ablösung eines Teils der Gründergeneration durch neue Kräfte zur Folge hatten. Zugleich wurde das von der Militärregierung bisher abgeschirmte Parteiensystem auf eine ernste Bewährungsprobe gestellt, als neben den „etablierten“ Parteien SPD, CSU, KPD, FDP und WAV Flüchtlingsorganisationen und die Bayernpartei die politische Bühne betraten und dort für schwere Erschütterungen sorgten.

Erste Veränderungen des Parteiensystems in Ansbach und Fürth bahnten sich an, als Anfang 1948 eine kleine Gruppe von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen im Ansbacher Gasthaus „Mohren“ eine Selbsthilfeorganisation gründete, die sie „Notgemeinschaft“ nannten<sup>207</sup>. Die Anfänge dieser „Neubürger“-Initiative, die sich um die Nöte der rund 7000 Flüchtlinge in der Stadt kümmern wollte, reichten bis in das Jahr 1946 zurück. Damals hatten sich landsmannschaftliche Gruppen der Schlesier, Sudentendeutschen und Pommern gebildet, die in regelmäßigen Treffen in Wirtsstuben vor allem ihre Erfahrungen im Umgang mit den Behörden austauschten. Als die Kommunalwahlen des Jahres 1948 näherrückten, bekamen diese Treffen politischen Charakter. Die Jüngeren und Aktiveren fragten sich, wie sie ihre Interessen im künftigen Stadtrat besser zur Geltung bringen könnten: mit einer eigenen Partei oder über die Listen der anderen Parteien? Für politisch aktive Flüchtlinge, die schon in ihrer Heimat den Arbeiterparteien zugeneigt hatten, stellte sich diese Frage nicht. Sie schlossen sich, wie noch zu zeigen ist, sofort wieder der SPD bzw. KPD an und erhielten dort auch aussichtsreiche Listenplätze. Die anderen aber, die – wie es ein Flüchtling formulierte – „mit den Roten nichts im Sinn“ hatten<sup>208</sup>, schwankten. Die Bayernpartei schied als Partner aus, ebenso die Freien Demokraten, die zumindest in Ansbach eine Partei des einheimischen Besitzbürgertums waren und auf Distanz zu den Neuan-

<sup>206</sup> In den beiden bürgerlichen Parteien hatten Kreis- und Ortsvereinsitzungen ohnehin Seltenheitswert, jetzt schlofen sie ganz ein. Die Linksparteien trafen sich ebenfalls seltener, der Besuch von Sitzungen und Tagungen ging merklich zurück. Ausdruck dieser allgemeinen Kräfteüberspannung, die zuweilen in Ermattung umschlug, war auch die Stagnation der Mitgliederzahlen nach einer ersten Eintrittswelle im Jahre 1946. Die Sozialdemokraten in Fürth, die bald wieder die Stärke der Weimarer Zeit erreichten, blieben bei etwa 4000 Mitgliedern stehen. Vgl. dazu Quarterly Hist. Rep., Det. Fürth, 1. Januar–31. März 1948, in: NA, RG 260, 9/96-3/1-2. Die Ansbacher Sozialdemokraten übertrafen mit 400 Mitgliedern (1947) ihre Weimarer Stärke erheblich. Trotzdem war man im Ortsverein unzufrieden. Der „ganze Mitgliederstand“, so hieß es in der Generalversammlung vom 15. Januar 1948 im Brandenburger Hof, „muß als sehr schlecht bezeichnet werden, gegenüber dem Vorjahre hatten wir fast keinen Zuwachs“. Protokollbuch der SPD Ansbach, in: Stadtarchiv Ansbach, o. Signatur. Anlaß zur Unzufriedenheit hatten vor allem die bürgerlichen Parteien, die noch immer darunter zu leiden hatten, daß ehemalige Pgs, die noch nicht entnazifiziert waren, nicht als Mitglieder aufgenommen werden durften. Die Ansbacher CSU tat sich schwer, die 100-Mitglieder-Grenze zu erreichen; die Fürther Christlich-Sozialen, die sich 1946 auf nur 250 Mitglieder gestützt hatten, beklagten Abgänge. Vgl. Annual Hist. Rep., Det. Ansbach, 11. August 1947, in: NA, RG 260, 9/144-2/1; Quarterly Hist. Rep., Det. Fürth, 1. Januar–31. März 1948, in: NA, RG 260, 9/96-3/1-2. Lediglich bei den Kommunisten war trotz der entmutigenden Wahlergebnisse von 1946 von Stagnation noch nichts zu spüren. Ihre eingeschriebene Anhängerschaft schnellte in Ansbach von 150 in der Gründungsphase auf 350 im Jahre 1947 hoch, in Fürth von 1000 auf fast 1700 – ihre Weimarer Stärke hatte sich damit vervielfacht. Ebenda.

<sup>207</sup> Zur Gründung der Notgemeinschaft vgl. Weekly Intelligence Report, Det. Ansbach, 20. Mai 1948, in: NA, RG 260, 9/143-1/6. Mündliche Mitteilung von Hans Riedl vom 14. Februar 1984.

<sup>208</sup> Mündliche Mitteilung von Richard Glaser vom 14. Februar 1984.

kömmlingen hielten. So blieb nur die CSU, mit deren Vorsitzenden Rechtsanwalt Ebert auch einige Sondierungsgespräche geführt wurden, die aber erfolglos endeten, weil sich die CSU-Spitze nicht dazu entschließen konnte, Flüchtlingsvertreter auf vorderen Plätzen der Kandidatenlisten zu placieren<sup>209</sup>. Die Neubürger entschieden sich schließlich in einer Versammlung, an der Vertreter aller Landsmannschaften teilnahmen, mit einer eigenen Liste in die Wahl zu ziehen.

An der Spitze der Notgemeinschaft stand der Vorsitzende des Schlesierbundes, Dr. Waldemar Rumbaur, ein 58jähriger Augenarzt, den Zeitgenossen und Weggefährten als einen überaus ehrgeizigen und tatkräftigen Mann schilderten, der auf eine Karriere in der Politik zusteuerte<sup>210</sup>. Um Rumbaur, der als glänzender, manchmal allzu aggressiver Redner und guter Organisator galt, sammelten sich vor allem jüngere Flüchtlinge aus dem Mittelstand: ein Dentist, ein Landwirt, ein Diplom-Ingenieur, ein Arzt und viele Angestellte, die – im Unterschied zur Mehrzahl ihrer Schicksalsgenossen – in der neuen Heimat schon wieder etwas Fuß gefaßt hatten. Zu dieser „Flüchtlingsaristokratie“ zählte der 34jährige Hans Riedl, ein aus Mies im Sudetenland stammender, kleiner Beamter, der im Sommer 1945 eher zufällig nach Ansbach gekommen war, wo er schon Ende des Jahres eine Stelle bei der Regierung von Ober- und Mittelfranken antreten konnte<sup>211</sup>. Auch Richard Glaser (Jg. 1905) aus der Hopfenstadt Saaz engagierte sich in der Notgemeinschaft<sup>212</sup>. Der Lebensmitteleinzelhändler, der im März 1945 einen Schenkeldurchschuß erlitten hatte, war nach dem Krieg in seine Heimat zurückgekehrt. Dort hatte man ihm eröffnet, daß sein Geschäft nun von einem Tschechen geführt werde. Wenig später war er verhaftet und zu Zwangsarbeit in einem Eisenwerk in Komotau verpflichtet worden. Neun Monate hatte er es ausgehalten, dann war er über Thüringen nach Leutershausen geflüchtet, wo ein Kamerad aus der Wehrmacht lebte. Zunächst arbeitslos und in einem Wirtshaussaal untergebracht, raffte sich der seit jeher agile Richard Glaser schnell wieder auf. Er sattelte auf Ofensetzer um und lernte dann den Ankläger der Spruchkammer Ansbach kennen, der ihn als Ermittler in seiner Behörde unterbrachte.

Die meisten Funktionäre der neuen Partei waren wie Glaser und Riedl eigentlich unpolitische Menschen. Durch Krieg und Verlust der Heimat waren sie aber aus ihren gewohnten Bindungen herausgerissen und in eine neue, teilweise feindlich gesonnene Umwelt gestellt worden. Wenn sie in ihrer Sache etwas erreichen wollten, mußten sie sich zwangsläufig – zumindest vorübergehend – in die Politik begeben. Eine Minderheit hatte sich in den dreißiger Jahren für den Nationalsozialismus begeistert und behielt Hitler auch nach der Vertreibung noch in guter Erinnerung, „weil er uns befreit hatte“, wie ein ehemaliger Kreisrat aus Ansbach betonte<sup>213</sup>. Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Meinungen, eines war allen Angehörigen der neuen Partei gemeinsam: Sie wollten sich mit dem Verlust ihrer alten Heimat nicht abfinden. So war die „Notgemeinschaft“ denn auch anfällig für nationalistische Töne, wie sie im Juni

<sup>209</sup> Mündliche Mitteilung von Hans Riedl vom 14. Februar 1984.

<sup>210</sup> Zu Rumbaur vgl. OB Ansbach an MilReg, Stimmungsbericht vom 19. Mai 1948, in: Stadtverwaltung Ansbach, EAP 022-95/19.

<sup>211</sup> Mündliche Mitteilung von Hans Riedl vom 14. Februar 1984.

<sup>212</sup> Mündliche Mitteilung von Richard Glaser vom 14. Februar 1984.

<sup>213</sup> Mündliche Mitteilung von Richard Glaser vom 14. Februar 1984. Vgl. auch Verzeichnis der neugewählten Stadträte Ansbachs, 10. Juni 1948, in: Stadtarchiv Ansbach, AbC T/11/9, aus dem die politische Vergangenheit der Stadträte hervorgeht.

1948 etwa auf einem Heimattreffen der früheren Einwohner von Saaz in Ansbach zu hören waren. Die Festrede in der Rezathalle enthielt, so Oberbürgermeister Körner, „nicht nur höchst gefährliche und bedenkliche Redewendungen und Formulierungen, sondern auch ganze Sätze und Stellen, mit denen er [der Redner] im Nazireich bestimmt alle Ehre eingelegt hätte. Nationalismus, Chauvinismus und unmißverständliche Drohungen waren in dieser Rede an der Tagesordnung.“<sup>214</sup>

Die etablierten Parteien Ansbachs reagierten auf die Nachricht von der Gründung einer Flüchtlingspartei höchst aufgeregt. Altliberale vom Schlage Bayers, CSU-Angehörige wie der alteingesessene Deffner und selbst Sozialdemokraten wie Oberbürgermeister Körner konnten sich nur schwer mit dem Gedanken anfreunden, daß im künftigen Stadtrat eine neue Fraktion aus Flüchtlingsvertretern sitzen und über die Belange ihrer Stadt mitbestimmen würde. Bei vielen Gelegenheiten rechneten sie einander vor, wieviele Nicht-Ansbacher schon in den Ämtern und Behörden beschäftigt waren. Nun sollte es auch noch eine Flüchtlingsfraktion im Stadtrat geben, die vielleicht ebenso stark wäre wie die Liberalen oder die Sozialdemokraten. Sie wollten zwar nicht – wie es in anderen Orten durchaus vorkam – soweit gehen und den Flüchtlingen schlichtweg das Wahlrecht vorbehalten oder zum Boykott der Wahl aufrufen, wenn auch die „Neuen“ daran teilnahmen. Als gute Demokraten mußten sie anerkennen, „daß es das gute Recht eines jeden ist, sich um ein Stadtratsmandat zu bewerben“. Sie versäumten aber nicht zu betonen, daß die „einheimische Bevölkerung das Vorgehen der Flüchtlinge mit einer eigenen Liste als einen Akt der Unfreundlichkeit“ empfände<sup>215</sup>.

Gerade noch rechtzeitig erhielt die „Notgemeinschaft“ im Frühjahr 1948, wie viele andere Flüchtlingsgruppen in der amerikanischen Zone, von der Militärregierung die Erlaubnis zur Teilnahme an den Kommunalwahlen. Die Wahlerfolge der Flüchtlingsgruppen in Bayern konnten sich sehen lassen: 19,6 Prozent bei den Gemeindewahlen, rund 7 Prozent bei den Stadtkreiswahlen und 15 Prozent bei den Kreistagswahlen<sup>216</sup>. Die „Notgemeinschaft“ in Ansbach blieb mit 16 Prozent etwas hinter den Erwartungen zurück, da es ihr nicht gelungen war, alle Flüchtlinge für sich zu gewinnen. Trotzdem feierte man es, fünf Stadtratsmandate erobert zu haben<sup>217</sup>. Von diesen Erfolgen beflügelt, verstärkten die Vertreter der Flüchtlingsgruppen 1948/49 ihre Bemühungen, sich auf Landesebene zusammenzuschließen. Rumbaur war an diesen Bestrebungen führend beteiligt. Eine Besprechung folgte der anderen. Satzungen und ein Programm wurden ausgearbeitet, in dem sich die Notgemeinschaft zu einem „einheitlichen Deutschland auf stammesmäßiger Grundlage“ und zur „abendländischen Kultur“ bekannte<sup>218</sup>. Alle Bemühungen, eine Landespartei zu gründen, scheiterten aber am Veto der Militärregierung, die an ihrer 1946 eingeschlagenen Politik festhielt: Flüchtlinge und Vertriebene konnten sich auf Kreisebene organisieren, auf Landes-

<sup>214</sup> OB Ansbach an MilReg, Stimmungsbericht vom 9. Juli 1948, in: Stadtverwaltung Ansbach, EAP 022-95/19.

<sup>215</sup> OB Ansbach an MilReg, Stimmungsbericht vom 19. Mai 1948, in: Ebenda.

<sup>216</sup> Vgl. Die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen Bayerns 1946 und 1948. Heft 147 der Beiträge zur Statistik Bayerns, München 1949.

<sup>217</sup> Vgl. Fränkische Landeszeitung vom 16. Juni 1948. In Fürth hatte sich ebenfalls eine kleine Gruppe von Flüchtlingen zur „Union der Heimatvertriebenen“ zusammengeschlossen, die aber im Stadtrat nur einen Sitz erreichte und kaum größere Bedeutung erlangte.

<sup>218</sup> Programm und Satzungen der Notgemeinschaft, in: NA, RG 260, 9/143–1/5.

ebene aber sollten sie ihre politischen Interessen innerhalb der etablierten Parteien zur Geltung bringen<sup>219</sup>.

Die Aufregung wegen der Flüchtlingsgruppen war um so größer, als zum selben Zeitpunkt eine weitere neue Partei auftauchte, die das 1945/46 entstandene örtliche Parteiensystem ebenfalls erschütterte. Fünfundzwanzig Bürger, vornehmlich aus Ansbach und Heilsbronn, lösten diese Erschütterung aus, als sie im Februar 1948 an die Militärregierung herantraten und die Lizenzierung eines Ortsverbandes der Bayernpartei in Ansbach beantragten<sup>220</sup>. Vorausgegangen war eine Kundgebung im „Braunen Roß“ mit Josef Baumgartner und Ernst Falkner, den beiden führenden Köpfen der 1946 in Altbayern gegründeten Bayernpartei, die inzwischen auf etwa 30 Kreisverbände angewachsen war, aber noch immer auf die offizielle Zulassung als Landespartei wartete<sup>221</sup>. Baumgartner und Falkner waren so recht nach dem Geschmack der Gäste im „Braunen Roß“<sup>222</sup>: volkstümlich, geradeheraus und mit viel Sinn für das Bayerische. Sie sprachen aus, was viele dachten: Die Posten in den Verwaltungen sind eine Domäne der Flüchtlinge, die bayerischen Beamten aber stehen auf der Straße. Die Flüchtlinge, die man lieber heute als morgen wieder weggeschickt hätte, sollten ihre Ansprüche drastisch zurückschrauben und nur ja nicht so tun, als hätten sie die Kultur nach Bayern gebracht. „Bayern habe schon Klöster gegründet“, so sagten sich die Anhänger der Bayernpartei selbstbewußt, „als im Osten noch Missionarsknochen abgefieselt worden sind.“<sup>223</sup> Außerdem solle Bayern wieder eine Monarchie werden, ein König müsse den Parteien das Ruder aus der Hand nehmen.

Im Ansbacher Gründungsprogramm stand von alledem natürlich nichts. Schließlich mußte man auf die Militärregierung Rücksicht nehmen, die von allzu bayerisch-monarchistischen Tönen wenig hören wollte. Deshalb flüchtete man sich in wohlklingende Forderungen wie:

„Wir erstreben nach der Niederwerfung des Hitlerreichs und nach dem staatsrechtlichen Wegfall des Deutschen Reiches durch Kapitulation:

- a) Den Gesamt-Neuaufbau des bayerischen Staates unter Wahrung der deutschen Wirtschaftseinheit.
- b) Die Schaffung der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ auf dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts und Gleichberechtigung aller europäischen Staaten und Länder.
- c) Auf- und Ausbau einer paneuropäischen Wirtschaftsunion mit dem Ziele des Anschlusses an die Weltwirtschaftsunion.
- d) Die Errichtung eines paneuropäischen Sicherheitsrates, der zugleich ein Glied des Weltsicherheitsrates ist.
- e) Gründung eines Weltstaates.“<sup>224</sup>

Der Besuch in Ansbach sei keine „Schneiderfahrt“ gewesen, freute sich Baumgartner<sup>225</sup>, als sich sogleich etwa 50 Gäste des „Braunen Rosses“ als Mitglieder einschrie-

<sup>219</sup> Vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 117.

<sup>220</sup> Vgl. Antrag auf Lizenzierung und Programm der Bayernpartei vom 3. Februar 1948, in: NA, RG 260, 9/143-3/12.

<sup>221</sup> Vgl. Unger, Bayernpartei, S. 18–31.

<sup>222</sup> Mündliche Mitteilung von Alois Stempf vom 1. Februar 1984.

<sup>223</sup> Ebenda.

<sup>224</sup> Programm der Ansbacher Bayernpartei, in: NA, RG 260, 9/143-3/12.

<sup>225</sup> Mündliche Mitteilung von Alois Stempf vom 1. Februar 1984.

ben: Handwerksmeister und Landwirte zumeist, die sich durch die einströmenden Flüchtlinge gefährdet fühlten, sowie Beamte und ehemalige Soldaten, die im traditionsreichen königlich-bayerischen 2. Ulanenregiment „König“ in der Hindenburg-Kaserne gedient hatten und in Ansbach die monarchistische Tradition hochhielten. Der größte Teil der Parteifunktionäre war älter als 50 Jahre, der Anteil von Katholiken und Protestanten hielt sich in etwa die Waage<sup>226</sup>. Nicht wenige waren früher Mitglieder der NSDAP gewesen; allein unter den vier, im Mai 1948 gewählten Stadträten der Bayernpartei befanden sich zwei Pgs<sup>227</sup>. Vor der Gründung der Bayernpartei hatten fast alle Mitglieder mit der CSU sympathisiert, freilich mit großen inneren Vorbehalten, weil sich die CSU in ihren Augen die Ansichten eines Josef Müller hatte aufzwingen lassen und bayerische Interessen zu verraten drohte.

Die Militärregierung zögerte die Zulassung des Ansbacher Ortsvereins der Bayernpartei noch etwas hinaus, doch als die Bayernpartei Ende März 1948 die Lizenz als sechste Landespartei erhielt, stand der „Bildung einer örtlichen Vereinigung ... jenes bayerisch separatistischen Gebilde(s)“, wie das Ansbacher Stadtoberhaupt die neue Partei etwas abschätzig nannte, nichts mehr im Wege<sup>228</sup>. Die Frage, wie groß die Aussichten der Bayernpartei waren, in der überwiegend protestantischen Region um Ansbach und Fürth Fuß fassen und damit der CSU Wähler abspenstig machen zu können, bewegte 1948 viele Gemüter. Die einen verwiesen auf das Schicksal der BVP in der Weimarer Zeit, der es nie gelungen war, die gesamte katholische Bevölkerung um sich zu scharen, und die in Mittelfranken immer eine Splitterpartei geblieben war. Die anderen schätzten die Unzufriedenheit mit der CSU so hoch ein, daß sie glaubten, die Bayernpartei werde binnen kurzem großen Zulauf erhalten.

In der Münchener Parteizentrale der CSU herrschte jedenfalls größte Sorge, denn im Frühjahr 1948 schossen überall im Lande Kreisverbände der Bayernpartei aus dem Boden. Vor allem in Altbayern liefen CSU-Mitglieder und -Wähler in Scharen zur Bayernpartei über<sup>229</sup>. Wollte die CSU ihr Kernland Altbayern nicht verlieren, so mußte sie ihrer dortigen katholisch-konservativen Anhängerschaft in wesentlichen Fragen entgegenkommen. Das aber mußte bedeuten, den interkonfessionellen Gründungsgedanken in den Hintergrund zu rücken, dabei die „Preisgabe der fränkisch-protestantischen Wählerschaft“<sup>230</sup> zu riskieren und sich auf eine Politik der Sammlung des von der Spaltung bedrohten katholischen Lagers zu besinnen. Als Josef Müller – für viele fränkische Protestanten *der* Garant gegen eine Übermacht der BVP-Traditionalisten – Ende 1946 bei der Wahl zum Ministerpräsidenten von den altbayerisch-katholischen Abgeordneten der eigenen Partei im Stich gelassen wurde, schien das Experiment einer interkonfessionellen Sammelpartei in Bayern endgültig gescheitert zu sein<sup>231</sup>. Der katholisch-konservative Flügel hatte die Oberhand gewonnen. Die evangelische CSU-Anhängerschaft, die diese Entwicklung von Beginn an befürchtet hatte, wollte nun endlich handeln.

<sup>226</sup> Vgl. dazu die mündliche Mitteilung von Alois Stempf vom 1. Februar 1984 sowie verstreute Angaben im OMGUS-Material sowie in der Fränkischen Landeszeitung von 1948.

<sup>227</sup> Vgl. Verzeichnis der neugewählten Stadträte, 10. Juni 1948, in: Stadtarchiv Ansbach, ABc T/11/9.

<sup>228</sup> OB Ansbach an MilReg, Stimmungsbericht vom 19. Mai 1948, in: Stadtverwaltung Ansbach, EAP 022-95/19.

<sup>229</sup> Vgl. dazu Mintzel, CSU, S. 187 ff.

<sup>230</sup> Ebenda, S. 227.

<sup>231</sup> Vgl. Henke/Woller, Lehrjahre der CSU, S. 18.

Ein Beispiel der hier herrschenden Aufbruchstimmung ist der Brief eines fränkischen Steuerberaters an den Exponenten der Protestanten in der CSU, Oberkirchenrat Wilhelm Eichhorn: „Die Entwicklung in der CSU in der letzten Zeit macht es mir altem Demokraten immer schwerer, auszuharren, denn daß wir Evangelischen durch unser Ausharren nur Vorspanndienste für die ultramontane Richtung innerhalb dieser Partei leisten, dürfte mittlerweile einem Blinden und Tauben klar geworden sein. Sie schrieben mir seinerzeit, ... ein Austritt aus der CSU sei verfrüht, man würde das zu gegebener Zeit wirkungsvoller im großen Rahmen machen. Daß der Zeitpunkt mittlerweile wirklich mehr als gekommen sein dürfte, liegt für mich auf der Hand. Allerdings bleibt die Frage offen: Wohin dann? Wenn wir von dem Prinzip der großen Partei nicht abgehen wollen! Für mich rein persönlich wäre die Antwort nicht besonders schwierig zu lösen, nachdem ich von der früheren deutsch-demokratischen Richtung herkomme und ich lediglich meine liberale Einstellung dem Gedanken des Großparteiensystems geopfert habe. Ich kann mir aber sehr denken, daß der Großteil der konservativ orthodox eingestellten Kreise sich weder für die liberale noch für die sozialdemokratische Linie erwärmen kann. Gerade weil ich dieses Gewissensdilemma verstehen kann, halte ich es für notwendig, daß Sie ... aus Ihrer Reserve heraustreten und den evangelischen Kreisen in der Union als evangelischer Führer derselben eine klare Linie aufzeigen, nach welcher wir entweder weiter mitmachen oder unter Protest zurücktreten wollen.“<sup>232</sup>

Die Folgen der Kurskorrektur der Parteispitze traten in Ansbach um so stärker hervor, als hier 1947 mit Willibald Kornburger<sup>233</sup> ein Katholik an die Spitze des Ortsvereins gewählt wurde. Seine Wahl war ein schwerer Mißgriff, der sich aber wohl nicht vermeiden ließ, denn der Ansehensverlust der CSU war in der überwiegend evangelischen Stadt mittlerweile so groß, daß nur noch Kornburger den Posten des Vorsitzenden übernehmen wollte. Der neue Vorsitzende stammte aus einer BVP-Familie, sein Vater war Stadtrat der BVP gewesen. Noch während der Kriegsgefangenschaft in Großbritannien hatte er sich für die CSU interessiert und schon damals an Fritz Schäfer, den alten Vorsitzenden der BVP, geschrieben. Nach Kornburgers Wahl schien es endgültig festzustehen, daß die CSU um keinen Deut anders war als die katholische BVP. Laut, fast ein Choleriker, stellte er schon nach kurzer Zeit eine schwere Belastung für die ohnehin strapazierten Verbindungen zwischen Katholiken und Evangelischen in der Ansbacher CSU dar, die es damals wohl vor allem der nach wie vor intakten interkonfessionellen Achse Seiler – Fruth zu verdanken hatte, daß sie nicht ganz auseinanderbrach. Daß Kornburger in der NSDAP gewesen war, störte innerhalb der CSU nicht viele. Gleichwohl machte es in der Öffentlichkeit keinen guten Eindruck, daß Kornburger erst seinen Parteifreund Messerer, der bei der Spruchkammer als Beisitzer fungierte, bitten mußte, für ein Blitz-Entnazifizierungsverfahren zu sorgen, ehe er den Vorsitz der CSU übernehmen konnte.

Ein deutliches Zeichen der Unzufriedenheit mit der Wahl Kornburgers und der Politik der CSU insgesamt war die Gründung eines evangelischen Gesprächskreises der CSU in Ansbach, der Anfang der fünfziger Jahre in den Evangelischen Arbeits-

<sup>232</sup> Schreiben vom 13. Juli 1947, in: LKA Nürnberg, Bestand: Ev.-Luth. Landeskirchenrat, XV 1665 a. Vgl. dazu Franz Kühnel, CSU und fränk. Protestantismus.

<sup>233</sup> Mündliche Mitteilung von Willibald Kornburger vom 13. Juni 1983.

kreis in der CSU einmündete<sup>234</sup>. Oberkirchenrat Georg Kern, der schon bei der Bildung eines Kreisverbandes der CSU in Ansbach die Hauptrolle gespielt hatte, war auch dabei wieder die treibende Kraft. Gespräche zwischen politisierenden Protestanten hatte es in Ansbach schon seit 1945/46 gegeben. Man traf sich in der Wohnung Kerns und debattierte über aktuelle Fragen. Pfarrer Seiler saß mit am Tisch, auch der spätere Bundestagsabgeordnete der CSU, Friedrich Bauereisen, und natürlich Georg Mack. Es bestanden auch Kontakte zu württembergischen und hessischen evangelischen Kreisen<sup>235</sup>. Als Kern im Juni 1947 verstarb, leitete sein Nachfolger, Oberkirchenrat Koch, wie Kern ein engagierter Gegner der Deutschen Christen und des Nationalsozialismus, die Zusammenkünfte. Allmählich nahm der Gesprächskreis festere Formen an. Die beiden Landtagsabgeordneten Paul Nerretter aus Nürnberg und Karl Sigmund Mayr aus Fürth kamen hinzu, ebenso Ansbachs Landrat Neff und der Dinkelsbühler Landrat Hans Küsswetter. Auch Hermann Ehlers, der spätere Bundesvorsitzende des „Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU“, diskutierte einmal mit den Ansbacher Protestanten<sup>236</sup>. Ständig wiederkehrende Themen waren die innere Zerrissenheit der CSU und die Dominanz der alten BVP-Politiker<sup>237</sup>. So groß die Unzufriedenheit freilich auch war, nur die wenigsten im Ansbacher Gesprächskreis konnten es über sich bringen, die CSU zu verlassen. Sie war und blieb das „kleinere Übel“<sup>238</sup>, den Gedanken einer Wiederbelebung des Christlich-Sozialen Volksdienstes der Weimarer Republik in Gestalt des „Evangelischen Volksdienstes“, wie er 1949 in Nürnberg hervortrat, fanden in Ansbach nur wenige attraktiv<sup>239</sup>.

Die Linksparteien KPD und SPD konnten aus den Bruderkämpfen im bürgerlichen Lager kein politisches Kapital schlagen, denn auch sie waren mit großen Problemen beschäftigt. Am schwersten taten sich die Kommunisten. Viele, die sich der KPD 1945/46 voller Idealismus angeschlossen und mit großer Hingabe für die Verwirklichung der kommunistischen Ideale gearbeitet hatten, kehrten ihr ab 1947/48 wieder den Rücken, so daß die KPD schon bald von Auszehrung bedroht war. Das Prestige, als einzige Partei den Nationalsozialisten entschlossen Widerstand entgegengesetzt zu haben, war schnell aufgebraucht. Die Vorstellungen, die KPD werde nach Kriegsende ihr Schattendasein überwinden, erwiesen sich als Illusionen, die wie Seifenblasen zerplatzten, als die Wahlerfolge ausblieben. Abgeschreckt wurden viele von der harten stalinistischen Linie, auf die die Parteispitze nach der Gründung der Kominform im September 1947 einschwenkte. Danach hieß es nicht mehr, es gelte die „1848 begonnene Demokratisierung ... zu Ende zu führen“, sondern: „Wir treten *bedingungslos* für die Politik der Sowjetunion ein, weil wir Marxisten-Leninisten sind.“<sup>240</sup> Überall verstärkte sich nun eine Tendenz, die schon vorher feststellbar gewesen war: Die Resonanz der Partei nahm ab. Die KPD verlor Wähler, ihre Minister mußten aus den Landesregierungen ausscheiden: in Hannover und Braunschweig (den

<sup>234</sup> Zum Evangelischen Arbeitskreis in der CSU vgl. Mintzel, CSU, S. 216 ff.

<sup>235</sup> Mündliche Mitteilung von Heinrich Seiler vom 5. Januar 1984; vgl. auch Kühnel, CSU und fränk. Protestantismus, S. 76 ff.

<sup>236</sup> Mündliche Mitteilung von Heinrich Seiler vom 5. Januar 1984.

<sup>237</sup> Vgl. Kühnel, CSU und fränk. Protestantismus, S. 76 ff.

<sup>238</sup> So Wilhelm Eichhorn in einem Schreiben vom 25. Juli 1947, in: LKA Nürnberg, Bestand: Ev.-Luth. Landeskirchenrat, XV 1665 a.

<sup>239</sup> Vgl. dazu Kühnel, CSU und fränk. Protestantismus, S. 57 ff.

<sup>240</sup> Zur Politik der KPD nach 1945 vgl. Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik, S. 29 und 32.

Vorläufer-Ländern von Niedersachsen) im Dezember 1946 Elfriede Paul und Rudolf Wiesener als Minister für Arbeit und Aufbau, in Hessen Oskar Müller als Minister für Arbeit und Wohlfahrt (Januar 1947) und in Nordrhein-Westfalen Heinz Renner und Hugo Paul (Februar 1948). Und schließlich sank ab Mitte 1948 auch die Zahl der Mitglieder überall rapide ab<sup>241</sup>.

In Ansbach und Fürth zeigten sich diese Probleme am deutlichsten am Beispiel von Hans Sessler, dem ersten Mann der Ansbacher KPD. Ab 1946 machten sich Spannungen zwischen ihm und der Partei bemerkbar, die Ende des Jahres schon so angewachsen waren, daß ihn seine Genossen nicht nur im Stich ließen, sondern sogar verrieten. Was war geschehen? Am 30. August 1946 sandte William Whitaker, der Chef der örtlichen Militärregierung, ein zweiseitiges Schreiben an den öffentlichen Kläger der Ansbacher Spruchkammer, in dem neben einer Reihe offensichtlich aus der Luft gegriffener Vorwürfe die Geschichte von Sesslers Aufnahmegesuch an die NSDAP aus dem Jahre 1940 aufgewärmt und außerdem der Verdacht geäußert wurde, daß Sessler möglicherweise als Nutznießer zu betrachten sei, weil sich seine finanzielle Situation seit der Übernahme des „Drechselsgarten“ etwas gebessert hatte. Der Kläger Julius Gäbel, ein aus Ostpreußen stammender Kommunist, hätte die von der Militärregierung erhobenen Vorwürfe mit einem Federstrich aus der Welt schaffen können. Schließlich mußte er über Sesslers antifaschistische Vergangenheit Bescheid wissen und schließlich hätte er auf eine peinlich genaue Untersuchung der Militärregierung aus dem Jahre 1945 hinweisen können, die nach ähnlichen Denunziationen gegen Sessler durchgeführt worden war und mit der vollkommenen Rehabilitierung des KP-Führers geendet hatte.

Gäbel, ein linientreuer Kommunist, der sich mit dem oft etwas bohemienhaften Sessler nie anfreunden konnte, tat es nicht. Stattdessen sandte er einen ortsunkundigen Flüchtling, der kein Hehl daraus gemacht hatte, daß sein Herz überall, nur nicht links schlug, als Ermittler aus, um Informationen über Sessler einzuholen. Als der Ermittlungsbericht im Januar 1947 fertig war, stand fest: Sessler hatte eine reine Weste. Gleichwohl war der Bericht in einem Ton abgefaßt, der einen Rest der alten Vorwürfe unausgeräumt ließ. „Sessler ist ein Mensch“, so hieß es, „der es verstanden hat, in politischer Hinsicht während des Krieges zwei Gesichter zur Schau zu tragen ... Persönlich war Sessler nirgends beliebt ... Man war in politischer Hinsicht ihm gegenüber immer vorsichtig ...“ Im Februar 1947 erhielt Sessler die Klageschrift zugestellt, sein Parteifreund hatte ihn tatsächlich wie einen schwerbelasteten Nationalsozialisten behandelt und als Nutznießer (Gruppe II) angeklagt. Sessler verlor seinen Posten beim Arbeitsamt, den er allerdings schon kurze Zeit später wieder einnehmen konnte, als die Spruchkammer das weise Urteil fällte: „Der Betroffene ist vom Gesetz nicht betroffen.“<sup>242</sup>

Das Verhältnis zwischen dem KP-Chef und seiner Partei war nach der Spruchkammer-Affäre aufs äußerste gespannt. Sessler war außerdem empört darüber, daß seine Genossen seine Heimatstadt als „Hochburg der spießbürgerlichen Verdummung“<sup>243</sup> bezeichneten, und es bereitete ihm zunehmend mehr Verdruß, sich mit Gegenspielern aus den eigenen Reihen herumschlagen zu müssen, die der Ansbacher KPD ihr

<sup>241</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Staritz zur KPD, in: Stöss, Parteien-Handbuch, Bd. 2, S. 1765, 1767 f. und 1784.

<sup>242</sup> Alle Nachweise in: Amtsgericht Ansbach, Registratur S: Nr. 23.

<sup>243</sup> Fränkische Landeszeitung vom 22. Januar 1947.



„bürgerliches“ Gesicht nehmen wollten. Diese Streitigkeiten nahmen sogar, wie die Fränkische Landeszeitung genüßlich schrieb, „handgreifliche“ Formen“ an<sup>244</sup>. Dennoch wollte sich Sessler nicht von seiner Partei trennen, und auch die KPD wußte, daß sie sich in Ansbach ganz ins Abseits manövrieren würde, wenn sie gegen ihr Zugpferd, das 1948 sogar in den Stadtrat gewählt wurde, ein Parteiausschlußverfahren anstrengen würde. 1949 zog Sessler, der sich seiner Partei schließlich ganz entfremdet hatte, selbst die Konsequenzen, weil er als Pächter des mittlerweile gutgehenden „Drechselsgartens“ auch wirtschaftliche Nachteile für sich befürchten mußte. Mitte 1949 noch Kandidat seiner Partei für den Bundestag, gab er Ende des Jahres sein Parteibuch zurück. Einige seiner Gesinnungsgenossen waren schon vorher ausgetreten; Dutzende folgten seinem Beispiel, darunter viele, die 1948 auf den vorderen Plätzen für den Stadt- bzw. Kreisrat kandidiert hatten. 1949/50 war die Ansbacher KPD, die 1946/47 einen so guten Start gehabt hatte, auf etwa 100 Mitglieder zusammengeschrumpfen<sup>245</sup>.

In der SPD herrschte dagegen Ruhe. Viele Genossen hatten sich 1945/46, ebenso „besessen vom Verlangen nach Praxis“ wie Schumacher<sup>246</sup>, in den Stadtverwaltungen engagiert, sich dort als unpolitische, fast neutrale Sachwalter aufgerieben und dabei die eigene Partei vernachlässigt. Schon zwei Jahre später trat das ein, wovon der enge Vertraute Schumachers, Herbert Kriedemann, 1945 gewarnt hatte: „Aus meiner Befassung mit den Fragen des Wiederaufbaus der Partei habe ich den Eindruck, daß wir heute überall zu viele Genossen an die Verwaltung abtreten, die in die Partei gehören und die dort dringend gebraucht werden. Ich glaube, daß nur die Partei das Fundament ist, auf dem wir aufbauen können, da nur eine starke, geschlossene, innerlich erneuerte Partei imstande ist, den scheinbar aussichtslosen Versuch zur Überwindung der Katastrophe zu unternehmen. Wenn an der Spitze der Parteiorganisation andererseits durch Mangel an Kräften ein Zustand ähnlich dem vor 1933 neu entsteht, wird auch der beste Mann in der Verwaltung schließlich in der Luft hängen.“<sup>247</sup>

Die Sozialdemokraten trafen sich alle zwei bis drei Monate im Vereinslokal, die führenden Genossen berichteten über die Ergebnisse von Parteikonferenzen, die Ereignisse im Parlament oder allgemein über die politische Lage – alles Informationen, die man besser und aktueller aus der Presse oder über den Rundfunk erhalten konnte. Das „sogenannte Parteileben“ war, wie Theo Pirker<sup>248</sup> für die SPD allgemein treffend bemerkte, „durch zähe Langweiligkeit“ gekennzeichnet. Die Fürther SPD war von der „Verknöcherung“ besonders bedroht. Seit Mitte 1947 konnte sie kaum neue Mitglieder hinzugewinnen. An den Schaltstellen des Parteiapparates saßen die alten Weimarer, die sich noch ganz an die überlieferten Formen des Parteilebens hielten. Die 20köpfige Stadtratsfraktion des Jahres 1946 war ein Spiegelbild der Partei: langjährige SPD-Zugehörigkeit, Durchschnittsalter 55 Jahre, biedere, gestandene Leute, die für

<sup>244</sup> Ebenda, 15. Oktober 1947.

<sup>245</sup> Zur Mitgliederentwicklung vgl. Monatsbericht der Ansbacher KPD, August 1949, in: NA, RG 260, 9/143-1/5. Mündliche Mitteilung von Peter Sessler vom 1. Februar 1984. Zu Sesslers Parteiaustritt vgl. auch die Auseinandersetzungen um sein Stadtratsmandat, das er nach dem Willen der KPD an die Partei zurückgeben sollte, im Briefwechsel zwischen dem KPD-Kreisverband und der Ansbacher Stadtverwaltung, in: Stadtarchiv Ansbach, ABc K/3/21.

<sup>246</sup> Klotzbach, Auf dem Weg zur Staatspartei, S. 55.

<sup>247</sup> Zit. nach ebenda, S. 64.

<sup>248</sup> Pirker, SPD nach Hitler, S. 127.

Neuerungen nicht viel übrig hatten. Jüngeren Genossen aus der Generation der Frontsoldaten, die nach dem Willen Schumachers in ihren „besten Exemplaren auch verantwortlich öffentlich“<sup>249</sup> herausgestellt werden sollten, blieb der Weg an die Spitze der Fürther Partei meist versperrt. Resigniert zogen sie sich bald zurück. Sie hatten sich von der SPD mehr erhofft als rechtschaffene Arbeit in den Verwaltungen, und auch der routinierte, gleichsam seelenlose Versammlungsalltag schreckte sie ab. Der Stiefsohn des alten Weimarer Hans Segitz, der umtriebige Alfred Kanofsky, ein im Krieg hochdekoriertes Offizier, war so erbost über den „alten Mief“ in der SPD, daß er sogar eine Altersgrenze für sozialdemokratische Funktionäre von 65 Jahren forderte<sup>250</sup>. Auch Parteineulinge wie Kluth und Rosenthal, die 1945 mit großen Erwartungen in die SPD eingetreten waren, verloren bald das Interesse<sup>251</sup>.

Die Ansbacher SPD hatte sich dagegen seit Kriegsende etwas erneuert. 1945 war von der alten SPD nicht mehr viel übrig gewesen. NS-Zeit und Krieg hatten große Lücken gerissen, die nun zunehmend von jüngeren tatkräftigen Genossen aus den Reihen der Vertriebenen und Flüchtlinge ausgefüllt wurden. Ihre Möglichkeiten, Spitzenpositionen zu erlangen und den Kurs der lokalen Partei zu beeinflussen, waren in der SPD-Diaspora weitaus größer als in alten SPD-Hochburgen wie Fürth. Dort war zwar das proletarische Milieu brüchig geworden, gleichwohl konnte sich die SPD noch auf eine ausreichende Zahl von Genossen aus der Weimarer Zeit stützen, die schnell die Schlüsselpositionen einnahmen. Es waren vor allem Genossen aus dem Sudetenland, die im Laufe der Jahre 1946/47 zu den Versammlungen in den Ansbacher Brandenburger Hof kamen: Josef Otta, ein 1896 in Hradzen geborener Glasschleifer, der seit frühester Jugend der SPD angehört und während der NS-Zeit zwei Jahre im KZ verbracht hatte; der aus Trinksaifen im Erzgebirge stammende kaufmännische Angestellte Otto Fink (Jg. 1917) sowie Max Schröpfer (Jg. 1903) aus Holleischen, der sich mit 18 Jahren der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei angeschlossen hatte und von 1938 bis 1945 in Dachau und Mauthausen gewesen war<sup>252</sup>. Wie stark ihre Stellung in der Ansbacher SPD war, zeigte sich, als Otta im Januar 1948 einstimmig zum Vorsitzenden des Ortsvereins gewählt wurde<sup>253</sup>.

Die sudetendeutschen Sozialdemokraten hatten in ihrer Heimat eine starke, kämpferische Arbeiterpartei kennengelernt, die in vielen Stadt- und Gemeindeparlamenten den Ton angegeben hatte. Diese Erfahrungen kamen nun der bis dahin eher betulichen Ansbacher SPD zugute. Vor allem der einfallsreiche, fast unbegrenzt belastbare Fink sorgte für viel frischen Wind. Er regte öffentliche Diskussionsabende für Frauen an, um einem Defizit der Partei abzuhelpen, das Oberbürgermeister Körner einmal so

<sup>249</sup> Kurt Schumacher, Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren, in: Dieter Dowe, Kurt Klotzbach (Hrsg.), Programatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 279.

<sup>250</sup> Mündliche Mitteilung von Alfred Kanofsky vom 11. Oktober 1984; vgl. auch Privatmaterial Alfred Kanofsky.

<sup>251</sup> Vgl. dazu die Verzeichnisse über die Fraktion im Beratenden Ausschuß sowie die Stadtratsfraktionen von 1946 und 1948, in: Fürth 1946–1955. Wiederaufbau eines Gemeinwesens. Entwicklung zur Groß-Stadt, Fürth 1956. Vgl. auch Stadtverwaltung Fürth, EAP 025 a.

<sup>252</sup> Biographische Daten über Otta in: Fränkische Landeszeitung vom 20. August 1952. Zu Fink und Schröpfer vgl. die Unterlagen des Kreisverbandes Ansbach der Seliger-Gemeinde, die Herbert Altenberger zur Verfügung gestellt hat.

<sup>253</sup> Vgl. Prot. der Generalversammlung der Ansbacher SPD vom 15. Januar 1948, in: Stadtarchiv Ansbach, Protokollbuch der SPD Ansbach, o. Signatur.

bezeichnet hatte: „Ein Pfarrer kann bei den Frauen mehr machen als 100 Soz. dem. Parteiredner.“<sup>254</sup> Er rief außerdem eine Jungsozialisten- und eine Falkengruppe ins Leben, und zusammen mit Otta setzte er „Parteiwerbewochen“ durch, in denen es sich jedes Mitglied zur „Pflicht machen“ sollte, „einen neuen Genossen für die Partei zu gewinnen“<sup>255</sup>. Der frische Wind verfieng sich aber nur allzu oft in dem Geflecht von defensiven Einstellungen der einheimischen Funktionäre. Dies wurde besonders deutlich, als die Flüchtlingsgenossen zur Bildung von Betriebsgruppen aufriefen, „um den Gegnern unserer Partei wirksam entgegentreten zu können“<sup>256</sup>, bei den Einheimischen aber nur kühle Aufnahme fanden. „Man würde zu leicht von soz. dem. Betriebsräten sprechen“, hielt ihnen Xaver Fischer entgegen, „und dies sei für eine Stadt wie Ansbach sehr gefährlich.“<sup>257</sup> Dennoch: Die Anziehungskraft der Ansbacher SPD auf die Flüchtlinge war groß. Zwischen Januar 1946 und Dezember 1947 konnte der Kassenwart monatlich etwa 10 neue Mitglieder begrüßen, so daß der Ansbacher Ortsverein mit 400 Mitgliedern (davon 61 Frauen) in das Jahr 1948 ging<sup>258</sup>.

Vom Zustrom sudetendeutscher Sozialdemokraten profitierte vor allem die vor 1933 kaum existente SPD des Landkreises Ansbach, die sich im März 1947 tatsächlich stark genug fühlte, „in den kleinsten Dörfern den Gedanken des Sozialismus zu verbreiten“<sup>259</sup>. In fast allen wichtigen Parteiämtern saßen Flüchtlinge: Adolf Ulbrich (Jg. 1897), Sozialdemokrat seit 1920, der von 1924–1927 dem Gemeinderat von Katharinberg angehört hatte und seit 1946 als Leiter des Kreiswohnungs- und Flüchtlingsamtes fungierte, war stellvertretender Vorsitzender. Der 1909 in Holleischen im Kreis Mies geborene Kaufmann Karl Wenzlik (seit 1925 in der Sozialistischen Jugend und ab 1931 in der SPD), der seit 1947 im Stadtjugendamt Ansbach arbeitete<sup>260</sup>, war Kassier – damals wegen des ständigen Kontakts mit dem Parteivolk einer der einflussreichsten Funktionärsposten in der SPD. Ulbrich und Wenzlik zogen so viele Schicksalsgenossen aus den Kreisen der Flüchtlinge an, daß man im Ortsverein der Stadt mit Neid auf die schier unglaublichen Zuwachsraten auf dem Lande blickte. 1946 zählte man etwa 150 Mitglieder, 1947 schon ca. 500 und 1948 weit über 1000. Damit hatte die SPD aber allem Anschein nach ihr Potential ausgeschöpft. Die einheimische ländliche Bevölkerung hielt weiterhin Distanz zur SPD, der mehr und mehr der Geruch anhaftete, eine Partei der „Ortsfremden“<sup>261</sup> zu sein.

Abgesehen von den Teilerfolgen in ehemaligen Diaspora-Gebieten auf dem Lande befand sich die SPD schon vor der Niederlage in der Bundestagswahl vom August 1949 fast überall in der Defensive. Ein politischer Klimaumschwung bahnte sich an, der die Großwetterlage zuungunsten der SPD merklich veränderte. Im Frankfurter Wirtschaftsrat verzichtete die SPD auf die Mitwirkung in einer „Großen Koalition“

<sup>254</sup> Prot. der Mitgliederversammlung der Ansbacher SPD vom 7. November 1946, in: Ebenda.

<sup>255</sup> Prot. der Generalversammlung der Ansbacher SPD vom 15. Januar 1948, in: Ebenda.

<sup>256</sup> Prot. der Mitgliederversammlung der Ansbacher SPD vom 18. April 1947, in: Ebenda.

<sup>257</sup> Prot. der Vorstands- und Ausschußsitzung der Ansbacher SPD vom 14. Dezember 1949, in: Ebenda.

<sup>258</sup> Ebenda und detaillierte Aufstellung über Zugänge von Mitgliedern, in: NA, RG 260, 9/144-2/3.

<sup>259</sup> Prot. der Mitgliederversammlung der Ansbacher SPD vom 4. März 1947, in: Stadtarchiv Ansbach, Protokollbuch der SPD Ansbach, o. Signatur.

<sup>260</sup> Zu den biographischen Daten vgl. Anm. 252.

<sup>261</sup> Vgl. Anton Großmann, Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, S. 438.

mit den bürgerlichen Parteien, weil sie sich in der Frage der personellen Besetzung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung nicht durchsetzen konnte. In München schieden die Sozialdemokraten aus dem Kabinett Ehard aus, der daraufhin eine reine CSU-Regierung bildete. Vor allem aber machten sich nach der Währungsreform vom Juni 1948 erste Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs bemerkbar, die man in der Öffentlichkeit zunehmend der Politik von Ludwig Erhard und der bürgerlichen CDU/CSU/FDP-Koalition im Wirtschaftsrat gutschrieb. Die Vorstellungen der SPD von einer gelenkten Wirtschaft als Alternative zur Erhardschen Marktwirtschaft waren dagegen zu akademisch und erinnerten wohl viele an die Zwangswirtschaft in den zurückliegenden schlechten Jahren<sup>262</sup>.

Der Traum von einem „Trümmersozialismus“ war bald ausgeträumt. „Wir merkten langsam“, sagte ein Fürther Sozialdemokrat später, „daß die alten Vorbehalte der bürgerlichen Kreise gegen Ballonmützen und rotes Halstuch eben doch nicht so passé waren, wie wir gedacht hatten.“<sup>263</sup> Entscheidend trug dazu auch bei, daß ab 1947 immer mehr ehemalige Pgs durch die „Kontinuitätsschleuse“<sup>264</sup> der Spruchkammern gingen und mit dem „Mitläufer“-Prädikat in der Tasche herauskamen. Sie hatten sich nach Kriegsende etwas ruhig verhalten müssen, manche waren auch orientierungslos und verunsichert gewesen. Viele hatten sogar das Wahlrecht verloren. Jetzt aber kehrten sie wieder – oft sogar mit Hilfe von SPD-Funktionären und -Bürgermeistern – in ihre alten Positionen in der Verwaltung oder im Schuldienst zurück. Sie veränderten die Atmosphäre in den Städten und Dörfern ebenso nachhaltig wie die zunehmende Zahl ehemaliger Pgs, die sich jetzt mit neuem Selbstvertrauen wieder auf die politische Bühne wagte<sup>265</sup>.

Daß sich das politische und atmosphärische Kräftegewicht zusehends nach rechts verschob, bekamen die Ansbacher und Fürther Sozialdemokraten auch daran zu spüren, daß sich die Sportvereine, die nach Kriegsende aus ehemals „roten“ und „bürgerlichen“ Vereinen gebildet worden waren, ausnahmslos wieder trennten. Die Schwierigkeiten, in die beispielsweise der 1945 gegründete TSC Cadolzburg schon bald nach seiner Gründung geriet, waren dem Verein in die Wiege gelegt worden. Die gesamte Führung des TSC bestand aus ehemaligen Arbeitersportlern, die zugleich der SPD angehörten, so daß im Kreise der alten Turner des bürgerlichen TV 1893 das Murren nicht verstummen wollte, man habe sich nach dem Zusammenschluß mit der Germania in einem „roten“ Verein wiedergefunden. Politik spielte zwar auf dem Fußballfeld oder beim Gewichtheben keine Rolle, aber im Vereinslokal und beim Bier nach dem Training wurde doch über Politik debattiert und es zeigte sich schnell, daß die national gesinnten Bürgerlichen mit ihren sozialdemokratischen Sportfreunden selten einer Meinung waren. Je mehr die Unzufriedenheit im bürgerlichen Kreis zunahm, desto öfter tauchte der Gedanke auf, den alten Turnverein wieder ins Leben zu rufen.

Die Voraussetzungen dafür hatten sich inzwischen grundlegend verbessert. Die po-

<sup>262</sup> Vgl. dazu allgemein Günter Plum, Versuche gesellschaftspolitischer Neuordnung – Ihr Scheitern im Kräftefeld deutscher und alliierter Politik, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, München 1976, S. 90–117; Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung, S. 525 ff.

<sup>263</sup> Mündliche Mitteilung von Fritz Rupprecht vom 29. November 1984.

<sup>264</sup> Lutz Niethammer, Zum Wandel der Kontinuitätsdiskussion in: Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 78.

<sup>265</sup> Vgl. dazu Anm. 227.

litisch belastete alte Vorstandschaft und ein großer Teil der Mitglieder hatten nun die Spruchkammern durchlaufen und dort ihre politischen Unbedenklichkeitsbescheinigungen erhalten. Sie konnten nun wieder stärker hervortreten, zumal sie natürlich auch spürten, daß die Militärregierung mittlerweile von ihrer einst unerbittlichen Haltung gegenüber ehemaligen Parteigenossen abgegangen war. Andererseits wuchsen auch bei den Arbeitersportlern die Zweifel, ob es richtig gewesen war, auf die Wiedergründung der vertrauten Germania zu verzichten. Man glaubte Standesunterschiede zu spüren und fühlte sich wohl auch den bürgerlichen Sportlern und Funktionären, die meist eine bessere Schulbildung hatten, gewandter waren und angesehenere Positionen innehatten, intellektuell unterlegen. So war es nur eine Frage der Zeit, wann es zum Bruch kommen mußte.

Am 21. Dezember 1947 war es so weit. Auf Einladung des früheren Vorsitzenden des Turnvereins versammelten sich etwa 15 Personen im Gasthaus Bauer, um den TV 1893 wiederzugründen. „Dieser Vorgang erregte in den antifaschistischen Kreisen große Erregung“, so kommentierte die sozialdemokratische Führung des TSC die Gründungsversammlung. „Es besteht die Vermutung und Gefahr, daß hier Personen (alte Nazis) im Hintergrund stehen, die noch immer belastet sind. Fest steht, daß in dieser Versammlung Leute das Wort führten, die erst kurz zuvor als Mitläufer durch die Spruchkammer gingen.“ Die Wiedergründung des bürgerlichen TV Cadolzburg aber war trotz aller politischen Warnrufe nicht mehr aufzuhalten. Auch ein offizieller Einspruch des TSC beim Landratsamt in Fürth fruchtete nichts. Am 6. September 1948 erhielt der TV 1893 die Lizenzurkunde zugestellt und konnte damit den Sportbetrieb aufnehmen. „Der Turnverein 1893 ist wiedererstanden“, so hieß es in der ersten öffentlichen Proklamation des TV, die sofort unter Beweis stellte, daß hier ein anderer Geist wehte als in den Arbeitervereinen. „Alte Erinnerungen an unvergeßliche Veranstaltungen echter deutscher Turnerei werden erweckt ... Viel ist zusammengebrochen, begraben und verloren, doch die Turnerei soll in unserem Verein wieder aufleben mit dem Ziel bester Leistungen bei umfassender Breitenarbeit.“<sup>266</sup>

Auch der vor allem auf Initiative von Martin Loos geschaffene ASV Zirndorf zerbrach zwei Jahre nach der Gründung, obwohl hier die sozialdemokratischen Funktionäre die Führung des Vereins der bürgerlichen Seite überlassen hatten. Wie groß die Enttäuschung darüber unter den Sozialdemokraten war, geht aus der Festschrift zum zehnjährigen Bestehen des Restvereins aus dem Jahre 1956 hervor: „Im August 1948 löste sich der TSV 1861 wieder aus dem ASV. Ein Entschluß, der von vielen nicht verstanden wurde, vor allem nicht von den Männern, die der ehrlichen Überzeugung waren, durch die Gründung dieses Großvereins den Belangen des Zirndorfer Sportlebens am besten gedient zu haben. Das war eine Enttäuschung, die bis zum heutigen Tag einen bitteren Beigeschmack behalten hat. Der ASV mußte mit leeren Händen, ohne eine Entschädigung für seine Aufbauarbeit und ohne das in diese ‚Ehe‘ mitgebrachte Vermögen die Stätte an der Jahnstraße verlassen.“<sup>267</sup>

<sup>266</sup> 75 Jahre Turnverein 1883 e.V. Cadolzburg, in: Privatbesitz Günther Deindörfer. Mündliche Mitteilungen von Günther Deindörfer vom 9. April 1984 und Georg Gesell vom 9. April 1984. Vgl. Prot. der Gründungsversammlung vom 21. Dezember 1947, in: StA Nürnberg, Landratsamt Fürth (1962), Nr. 106/5 und TSC Cadolzburg an LRA Fürth, 26. Dezember 1947, in: Ebenda. Vgl. auch LRA Fürth an TV Cadolzburg, 6. September 1948, in: Ebenda. Vgl. auch die ausführlichen Schriftsätze, die vom TSC Cadolzburg und vom TV Cadolzburg beim Landratsamt Fürth eingereicht wurden, in: Ebenda.

<sup>267</sup> 10 Jahre ASV Zirndorf, Zirndorf 1956, S. 19. Neben den Fusionen in Cadolzburg und Zirndorf scheiterte auch die Vereinigung in Roßtal wieder. Mündliche Mitteilung von Erich Stoll vom 11. April 1984.

Den alleingelassenen Arbeitersportlern blieb so kaum etwas anderes übrig, als nun doch wieder ihre eigenen Vereine zu gründen, die allerdings mit den alten Vereinen der Kaiser- und Weimarer Zeit nicht mehr viel gemein hatten. Gewiß, in den Arbeitervereinen dominierten Sozialdemokraten. Bei den „Roten“ fanden sich auch überwiegend „kleine Leute“ zusammen, die ihre Vereinsmitgliedschaft von Generation zu Generation weitervererbten, so daß diesen Vereinen noch lange etwas Familiär-Vertrautes anhaftete. Zugleich aber setzten sich nach dem Krieg die Tendenzen zur Entpolitisierung des Arbeitervereinswesens und zur Angleichung zwischen bürgerlichen und proletarischen Vereinen beschleunigt fort. Namentlich die Jungen aus der HJ-Generation wandten sich schnell ab, wenn im Clubheim politische Dinge zur Sprache kamen oder wenn wieder einmal über die alten Feindschaften mit den Bürgerlichen debattiert wurde. Für sie war der Verein nicht mehr Lebensinhalt wie für die Veteranen des Clubs, sondern eine von mehreren Möglichkeiten des Zeitvertreibs und der Geselligkeit. Die krassen Unterschiede der Mentalitäten, Lebensweise und politischen Einstellung, die das sozialdemokratische Lager einst vom bürgerlichen getrennt hatten, waren unter dem Einebnungs- und Gleichschaltungsdruck von NS-Zeit und Krieg so stark vermindert worden, daß sie schließlich nur noch in der Erinnerung der Veteranen der Arbeitervereine wirklich lebendig waren<sup>268</sup>.

Daß der SPD der politische Durchbruch, der 1945/46 nahe schien, nicht gelungen war, läßt sich insbesondere am Ergebnis der Bundestagswahl vom 14. August 1949 ablesen, das auch ganz allgemein die schweren Erschütterungen des Parteiensystems seit 1946 widerspiegelt.

Ergebnisse der Bundestagswahl vom 14. August 1949 in der Region Ansbach/Fürth in Prozent<sup>269</sup> (in Klammern: Ergebnis der Landtagswahl von 1946):

	CSU	SPD	KPD	FDP	WAV	BP
Stadt Ansbach	23,2 (32,9)	24,4 (37,8)	2,4 (4,5)	14,1 (7,8)	22,3 (7,8)	13,6 -
Stadt Fürth	11,7 (20,3)	39,5 (44,9)	8,8 (11,6)	12,6 (10,0)	18,7 (13,2)	8,7 -
Landkreis Ansbach	38,9 (65,1)	16,5 (16,5)	1,5 (2,7)	18,0 (11,0)	19,2 (4,7)	5,9 -
Landkreis Fürth	12,5 (26,6)	28,6 (39,7)	5,1 (8,9)	18,6 (16,4)	27,9 (8,4)	5,0 -
Bayern insgesamt	29,2 (52,3)	22,8 (28,6)	4,1 (6,1)	8,5 (5,6)	14,4 (7,4)	20,9 -

<sup>268</sup> Vgl. dazu die Einleitung (S. 8f.) des von Gerhard A. Ritter herausgegebenen Sammelbandes „Arbeiterkultur“, Königstein/Ts. 1979.

<sup>269</sup> Die erste Bundestagswahl in Bayern am 14. August 1949. Heft 150 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 94ff., S. 101.

Die Älteren in den Reihen der SPD dürften sich nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses an die Frühphase der Weimarer Republik erinnert haben, als sich viele bürgerliche und bäuerliche Kreise in der Reichstagswahl von 1919 auf die „demokratisch-pazifistische Seite“<sup>270</sup> gelegt und sozialdemokratisch gewählt, dann aber der SPD bald wieder den Rücken gekehrt hatten. Wie damals mußte die SPD gegenüber ihrem Wahlergebnis aus der ersten Nachkriegsphase schwere Einbußen hinnehmen. In den reinen Arbeitervierteln im Westen und Süden der Stadt Fürth konnte sie ihre Hochburgen behaupten, um so größer aber war der Rückschlag im bürgerlichen Milieu, in das sie 1946 entscheidende Breschen geschlagen zu haben schien: Im Fürther Stimmbezirk „Goldene Krone“, wo die SPD im Mai 1946 mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten hatte, wurde nun nur noch jede dritte Stimme für sie abgegeben – kaum mehr als 1933. Im Stimmbezirk Nr. 58 „Stadt Schwabach“ hatte die SPD unter den gutbürgerlichen Handwerkern und kleinen Kaufleuten ebenfalls wieder viel Kredit verloren. Ihr Stimmenanteil sank hier von 50 Prozent auf rund 40 Prozent<sup>271</sup>.

Auch in den nicht mehr ganz ländlich-agrarischen, durch die beginnende Industrialisierung etwas in Bewegung geratenen Orten, in denen die SPD 1946 gut abgeschnitten hatte, liefen ihr die Wähler wieder davon: Langenzenn im Landkreis Fürth zählte nach dem Krieg etwa 4000 Einwohner. Ein Zehntel davon lebte von der Landwirtschaft, die große Mehrheit aber fand in einigen Gewerbebetrieben und vor allem in den großen Ziegeleien der Stadt eine Beschäftigung. Die Nationalsozialisten hatten unter den kaum klassenbewußten Arbeitern und Handwerkern schnell Anklang gefunden; 1933 wurden über 70 Prozent der Stimmen für die NSDAP abgegeben. Die SPD kam auf rund 20 Prozent der Stimmen – ein Anteil, den sie in der Landtagswahl von 1946 mit 43 Prozent mehr als verdoppeln konnte. 1949 aber sank sie auf 29 Prozent der Stimmen ab<sup>272</sup>. Nicht ganz so große Einbußen erlitt die SPD in Lichtenau im Landkreis Ansbach, das innerhalb seiner Mauern eine Etikettenfabrik, eine Brauerei und zwei Bauunternehmen beherbergte. Hier hatten die Nationalsozialisten 1933 fast drei Viertel der Stimmen erhalten, der Anteil der SPD hatte 18 Prozent betragen. 1946 war die SPD mit 39 Prozent sogar stärkste Partei im Ort; 1949 aber schmolz sie auf 28 Prozent zusammen<sup>273</sup>. Offenbar wandten sich gerade Wähler aus den kleinbürgerlichen Schichten, die bis 1933 ihre Stimme der NSDAP gegeben und nach Kriegsende zur SPD umgeschwenkt waren, weil sie in ihr eine moderne, auf soziale Egalität bedachte Partei erblickt hatten, wieder von den Sozialdemokraten ab – enttäuscht, weil die SPD mittlerweile viel von ihrem Anfangsschwung verloren hatte und, so urteilten führende Repräsentanten der evangelischen Kirche, sich eine „zunehmende

<sup>270</sup> So drückte sich im Herbst 1918 der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Hintze, aus. Vgl. Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1939, Frankfurt/Main 1961, S. 132.

<sup>271</sup> Zu den Ergebnissen der einzelnen Fürther Stimmbezirke vgl. Fürther Nachrichten vom 15. August 1949; Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 4. Dezember 1946.

<sup>272</sup> Ebenda. Zu sozialstrukturellen Daten von Langenzenn vgl. Amtliches Gemeindeverzeichnis für Bayern. Wohnbevölkerung nach der Volkszählung am 29. Oktober 1946. Heft 141 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 106.

<sup>273</sup> Zu den Ergebnissen von 1949 vgl. Anm. 269; vgl. auch Anm. 185 und 202 und schriftliche Mitteilung der Stadt Langenzenn vom 10. Dezember 1984.

Radikalisierung“ der SPD bemerkbar machte, „mit der die Partei allmählich in den alten marxistischen Kurs zurückstrebt“<sup>274</sup>.

In einem Punkte unterschieden sich aber die Stimmenverluste der SPD in der Bundestagswahl 1949 von der Wählerbewegung in der Frühphase der Weimarer Zeit, als die SPD vor allem auf dem flachen Land verloren hatte: Die SPD büßte in erster Linie in Städten und etwas größeren Ortschaften ein, auf dem Lande konnte sie dagegen ihre Stellung dank der vielen Flüchtlingsstimmen beträchtlich ausbauen. In der rein agrarischen Zwerggemeinde Brünst im Landkreis Ansbach etwa hatte die SPD in der Septemberwahl von 1930 ganze drei von 208 Stimmen, 1933 überhaupt keine Stimme bekommen. In der Landtagswahl von 1946, als der Großteil der Flüchtlinge noch nicht wahlberechtigt gewesen war, schnitten die Sozialdemokraten mit 2,3 Prozent sehr schlecht ab. 1949 lag ihr Anteil aber bei 27,7 Prozent; die Quote der Flüchtlinge betrug 41 Prozent<sup>275</sup>. Im Landkreis Ansbach gewann die SPD noch in 44 weiteren der insgesamt 82 Gemeinden beträchtlich hinzu. Hier kam ihr zweierlei zugute: Mit Josef Otta, Adolf Ulbrich und Karl Wenzlik hatten die Sozialdemokraten bekannte und tatkräftige Genossen aus dem Sudetenland in ihren Reihen, die wohl auch viele ihrer Schicksalsgenossen zur SPD herüberziehen konnten. Zudem hatte sich hier ein CSU-Angehöriger das schwere Amt des Flüchtlingskommissars aufbürden lassen – ein Amt, dessen Inhaber es sich eigentlich mit allen Seiten nur verderben konnte.

Die KPD zog aus dem Niedergang der SPD in halb-industrialisierten Ortschaften keinen Profit. Im Gegenteil: Die von heftigen innerparteilichen Kämpfen geschwächte Partei verlor überall Stimmen. 1946 hatte sie in fünf Fürther Wahlbezirken in Arbeitergegenden über 20 Prozent und in elf über 10 Prozent der Stimmen erhalten, 1949 kam sie in keinem Wahlbezirk über 20 Prozent und nur in sechs über 10 Prozent. Auch in den Arbeitersiedlungen von Oberasbach, Vach und Roßtal wurde sie von mehr als der Hälfte ihrer früheren Wähler im Stich gelassen. Die allmähliche „Schleifung“ der einstigen kommunistischen Hochburgen, die schon 1946 begonnen hatte, setzte sich rapide fort. Zugleich wandten sich auch kleinbürgerliche Kreise in den Städten, die 1946 für die KPD gestimmt hatten, wieder ab: etwa in Ansbach, wo der Anteil der Kommunisten, sicher nicht ganz unbeeinflusst von den dauernden Querelen zwischen Sessler und seiner Partei, fast halbiert wurde. In den ländlich-agrarischen Ortschaften, die schon 1946 mit 2 bis 4 Prozent zur Diaspora gehört hatten, spielte die KPD nun mit 1 bis 2 Prozent überhaupt keine Rolle mehr<sup>276</sup>.

Die CSU erhielt 1949 offensichtlich die Quittung für die jahrelangen heftigen Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei. Der alleinigen Regierungspartei in München kreierte man außerdem an, daß gerade auf dem Lande noch vieles im argen lag. Arbeitslosenquoten von über 20 Prozent und die nur schleppend anlaufende Integration der Flüchtlinge erzeugten eine Proteststimmung, die von der CSU nicht aufgefangen werden konnte. Und schließlich schlug wohl auch negativ zu Buche, daß sich

<sup>274</sup> Vgl. Prot. über eine Besprechung am 20. Oktober 1949 im Kreisdekanat in Nürnberg über die Frage der politischen Verantwortung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern in der gegenwärtigen Lage, in: LKA Nürnberg, Bestand: Ev.-Luth. Landeskirchenrat, XV 1565 a.

<sup>275</sup> Vgl. Anm. 185, 202 und 269.

<sup>276</sup> Vgl. Fürther Nachrichten vom 15. August 1949; Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 4. Dezember 1946; Die erste Bundestagswahl in Bayern am 14. August 1949. Heft 150 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 94 ff., S. 101.



– anders als im Kaiserreich und in der Weimarer Republik – das parteipolitische Bewußtsein vor allem der ländlichen Bevölkerung nicht mehr in erster Linie vom religiösen Bekenntnis ableitete<sup>277</sup>. 1946, als die Kirche überall erheblichen Auftrieb erhalten hatte, mag die Aufforderung der Geistlichen, eine christliche Partei zu wählen, noch ihre Wirkung getan haben. Drei Jahre später mußten die Geistlichen aber zugeben, daß ihr Einfluß abnahm. „Daß auch in einem solchen Dorf wie Ammerndorf die ‚Welt‘ einbricht, ist schmerzlich ... Auch das Dorf wird nun hineingerissen in die allgemeine sittlich-religiöse Krisis“, schrieb Julius Schieder 1950. Sein Urteil nach der Visitation der evangelischen Gemeinde Veitsbronn lautete 1949: „Die Gemeinde hat offenbar ... stark zu kämpfen mit den aus der Großstadt kommenden zersetzenden Einflüssen.“<sup>278</sup>

Hand in Hand mit einer beginnenden Entkonfessionalisierung schien sich eine allmähliche Säkularisierung der Wahlentscheidung anzubahnen, die nun immer stärker durch die materielle Lage bedingt wurde. Nicht nur im katholischen Altbayern, wo ihr die Bayernpartei Wähler abspenstig machte, sondern auch im evangelischen Mittelfranken erlitt die CSU schwerste Verluste. Vor allem die ländliche evangelische Bevölkerung, die nach Kriegsende zu etwa zwei Drittel auf die CSU gesetzt hatte, schien das Vertrauen in die Regierungspartei weitgehend verloren zu haben. Im Landkreis Ansbach ging der Anteil der CSU-Stimmen von 65 auf etwa 39 Prozent zurück, im Landkreis Fürth verlor die CSU mehr als die Hälfte der Stimmen und rutschte von 26,6 auf 12,5 Prozent ab. Am größten waren die Verluste in winzigen Gemeinden, die von der Industrialisierung noch kaum erfaßt worden waren. In den Städten und größeren Ortschaften dagegen hielten sich die Verluste in Grenzen. In Fürth, Ansbach und Zirndorf beispielsweise sank der CSU-Anteil nur um 5 bis 10 Prozent. Auch hier verlor sie vor allem in ihren Hochburgen in den bürgerlichen Wohnvierteln, dort also, wo sie 1946 um die 30 bis 40 Prozent der Stimmen bekommen hatte<sup>279</sup>.

Vom Kursverlust der CSU profitierte – das hatte sich schon 1946 angedeutet – vor allem die WAV, deren Vorsitzender Alfred Loritz einen fast bedenkenlos aggressiven Wahlkampf führte. Im Sommer 1949 sprach er fast täglich an einem anderen Ort, die Zeitungen waren voll mit Meldungen über die WAV. Mit starken Strichen zeichnete Loritz ein Bild der vergangenen dreißig Jahre: Eine Handvoll böswilliger Politiker der alten „Versagerparteien“ trage die Verantwortung für das Aufkommen des Nationalsozialismus und den Krieg. Diese Clique sei nach 1945 wieder ans Ruder gelangt und habe mutwillig eine Politik gegen die Interessen des Volkes betrieben. Das Ergebnis könne jedermann sehen. Es stünden aber noch viel größere Katastrophen bevor. Sie seien nur von der WAV abzuwenden, die binnen kurzem die Wohnungsnot beseitigen, die Steuern senken und die Entnazifizierung beenden werde<sup>280</sup>. Diese Propaganda zog namentlich bei den Wählern in evangelischen ländlich-agrarischen Orten, die schon 1930 überwiegend nationalsozialistisch gewählt hatten. Es waren zumeist

<sup>277</sup> Zu diesen Überlegungen vgl. Martin Broszat, Ein Landkreis in der Fränkischen Schweiz. Der Bezirk Ebermannstadt 1929–1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. I, S. 38.

<sup>278</sup> Bericht über die Kirchenvisitation im Ev.-Luth. Pfarramt Ammerndorf, 6. Juli 1951, in: LKA Nürnberg, Bestand: Kreisdekan Nürnberg, Nr. 14–3, Bd. 4; Bericht über die Kirchenvisitation in der evangelisch-lutherischen Gemeinde Veitsbronn, 25. März 1949, in: Ebenda.

<sup>279</sup> Vgl. Fürther Nachrichten vom 15. August 1949; Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 4. Dezember 1946.

<sup>280</sup> Vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 123 f.

kleine, vom Kriegsgeschehen weitgehend verschont gebliebene Dörfer und Städtchen, in denen erst mit der Invasion der Flüchtlinge aus dem Osten die eigentlich schlechte Zeit begann, während in den umliegenden Städten schon die ersten Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung nach der Währungsreform zu verspüren waren. In diesem Dorf- und Kleinstadtmilieu war das parteipolitische Bewußtsein traditionell nur wenig ausgebildet, die Bindung an die konservative CSU entsprechend labil. Die evangelischen Landbewohner hatten bei den Christ-Sozialen keine politische Heimat gefunden und wandten sich deshalb der WAV zu, wie sich anhand der Wählerbewegung in den drei Zwerggemeinden Laubendorf, Keidenzell und Unterschlaursbach exemplarisch zeigen läßt:

	1946	1949
Laubendorf		
WAV	8,2	50,9
CSU	64,2	22,0
Keidenzell		
WAV	8,3	45,6
CSU	66,1	10,7
Unterschlaursbach		
WAV	0,6	43,6
CSU	59,8	27,0

In den drei Ortschaften hatten die Nationalsozialisten schon 1930 überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Der Anteil der Flüchtlinge lag mit rund 30 Prozent etwa so hoch wie im gesamten Landkreis. 1946 hatte die CSU hier rund 60 Prozent der Stimmen zu gewinnen vermocht, die schlecht organisierte WAV hatte noch keine Rolle gespielt. 1949 war die Partei des „blonden Hitlers“ Alfred Loritz überall die stärkste Partei, während die CSU dramatische Verluste erlitt<sup>281</sup>.

Daß die WAV in reinen NS-Hochburgen außerordentlich gut abschnitt, bedeutete freilich nicht, daß sie 1949 etwa alle ehemaligen Pgs, die 1946 von der Wahl ausgeschlossen gewesen waren, zu sich herüberziehen konnte, wie das Beispiel Roßtal<sup>282</sup> im Landkreis Fürth verdeutlicht: Die Nationalsozialisten hatten in dem aufstrebenden kleingewerblich-handwerklich geprägten Marktflecken (1933: 1805 Einwohner) schnell eine Mehrheit finden können, 1933 waren 72 Prozent der Stimmen für die NSDAP abgegeben worden. Die Roßtaler Arbeiterschaft, zumeist Pendlern der Nürnberger MAN- und Siemens-Werke, war aber ihren Parteien SPD (1933: 17 Prozent) und KPD (1933: 5,3 Prozent) treu geblieben, so daß es häufig zu handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen war. Diese konflikthaltige Atmosphäre mag auch ein wesentlicher Grund für den hohen Prozentsatz von NSDAP-Mitgliedern im Ort ge-

<sup>281</sup> Die erste Bundestagswahl in Bayern am 14. August 1949. Heft 150 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 101; Nürnberger Nachrichten, Fürther Ausgabe, vom 4. Dezember 1946. Zu sozialstrukturellen Daten vgl. Anm. 272.

<sup>282</sup> Wie Anm. 281. Mündliche Mitteilungen von Ludwig Zahn vom 6. April 1984. Zu Roßtal vgl. schriftliche Mitteilung des früheren Bürgermeisters Michael Wiesinger vom 10. Februar 1984.

wesen sein. 1946 war jedenfalls jeder fünfte aufgrund politischer Belastung von der Wahl ausgeschlossen. Damals hatte die WAV 10 Prozent der Stimmen erringen können. 1949 waren es nur rund 23 Prozent, darunter sicherlich auch ein Großteil der Flüchtlinge (Flüchtlingsanteil: 24 Prozent). Das Beispiel Roßtal und anderer Städte (etwa Coburg), in denen die Quote der aus politischen Gründen nicht Wahlberechtigten ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt lag<sup>283</sup>, unterstreicht, daß die Entnazifizierung ihre Wirkung nicht ganz verfehlt hat. Ehemalige NS-Wähler setzten ihre politischen Hoffnungen eher auf den demagogischen Volkstribun Loritz als Parteigenossen und NS-Aktivisten, die 1945/46 im Zuge der Entnazifizierung das Wahlrecht, vielleicht auch ihren Arbeitsplatz verloren hatten, und dies als einen Denkkzettel auf faßten, der sie politisch vorsichtiger werden ließ.

Die Gewinne der Loritz-Partei stammten nur teilweise aus der „Hinterlassenschaft“ der CSU. Die WAV lockte auch enttäuschte SPD- und KPD-Wähler an, und vor allem kam ihr zugute, daß sie kurz vor der Wahl ein Bündnis mit einer der größten Vertriebenenorganisationen in Bayern, dem nationalistischen Neubürgerbund, abgeschlossen hatte, der seine ganze Organisation in den Dienst der WAV stellte<sup>284</sup>. In vielen kleinen Orten scheinen die Neubürger fast geschlossen der Wahlempfehlung ihrer Interessenorganisation gefolgt zu sein: So etwa in Gräfenbuch (Flüchtlingsanteil: 43 Prozent), wo die WAV über 38 Prozent der Stimmen erhielt, oder in Immeldorf (Flüchtlingsanteil: 34 Prozent), wo ihr Anteil bei rund 32 Prozent lag<sup>285</sup>. Da der Neubürgerbund aber nicht überall gut organisiert war, blieben in einigen kleinen Ortschaften die Flüchtlinge, wie schon 1946, immun gegenüber den schrillen Tönen der WAV. In Betzendorf (Flüchtlingsanteil: über 35 Prozent) beispielsweise erreichte die WAV nur magere 6,8 Prozent, in Ammerndorf (Flüchtlingsanteil: fast 40 Prozent) nur 7,4 Prozent. Hier wandten sich die Flüchtlinge allen Parteien zu.

Auf dem Lande gewann auch die FDP viele ehemalige CSU-Wähler. Mehr noch als 1946 schlug sie im Wahlkampf nationalkonservative Töne an, die etwa in der Flaggenfrage deutlich zu vernehmen waren. Die FDP, so hieß es in ihrer Bremer Plattform, „erkenne die Flagge Schwarz-Rot-Gold als die Flagge des neuen Deutschland an, werde aber den schwarz-weiß-roten Farben immer ein ehrfurchtvolles Gedenken bewahren“<sup>286</sup>. Das erinnerte an die Deutschnationalen der Weimarer Zeit und kam auch insbesondere in früheren DNVP- bzw. Landvolk-Hochburgen an, die selbst 1932/33 von den Nationalsozialisten nicht ganz eingenommen werden konnten. In Ketteldorf und Suddersdorf im Landkreis Ansbach<sup>287</sup> beispielsweise hatte die deutschnationale Kampffront Schwarz-Weiß-Rot noch 1933 in der Märzwahl rund ein Drittel der Stimmen auf sich ziehen können. Die „Abtrünnigen“ der CSU wandten sich hier eher den moderat-nationalen Liberalen zu als der aggressiven Loritz-Partei.

<sup>283</sup> Vgl. dazu Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, S. 336–345; Die erste Bundestagswahl in Bayern am 14. August 1949. Heft 150 der Beiträge zur Statistik Bayerns.

<sup>284</sup> Vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 116–123.

<sup>285</sup> Vgl. Die erste Bundestagswahl in Bayern am 14. August 1949. Heft 150 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 94; sozialstrukturelle Daten zu den beiden Orten in: Amtliches Gemeindeverzeichnis für Bayern. Wohnbevölkerung nach der Volkszählung am 29. Oktober 1946. Heft 141 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 101 f.

<sup>286</sup> Zit. nach Eschenburg, Jahre der Besatzung, S. 528 f.

<sup>287</sup> Vgl. Anm. 202 und 285; vgl. auch Fränkische Zeitung vom 15. September 1930, 1. August 1932 und 6. März 1933.

	1946	1949
<hr/> Suddersdorf:		
FDP	11,3	44,1
CSU	80,0	39,2
WAV	4,0	7,9

## Ketteldorf:

	1946	1949
FDP	1,8	33,3
CSU	72,5	37,6
WAV	5,0	13,7

Die Bayernpartei, die in Franken vielfach als die Nachfolgerin der katholischen Bayerischen Volkspartei angesehen wurde, zog aus den Verlusten der CSU nur wenig Profit. In der Region um Ansbach und Fürth konnte sie zwar den Stimmenanteil der BVP aus ihren besten Weimarer Jahren fast verdoppeln, die Wirkung der CSU war aber immer noch zu groß, als daß es der Bayernpartei gelungen wäre, die gesamte katholische Wählerschaft hinter sich zu bringen. Lediglich in den wenigen rein katholischen Ortschaften wie Sondernohe und Virnsberg im Landkreis Ansbach erzielte sie mit 54 und 32 Prozent herausragende Ergebnisse. In beiden Orten betrug der Verlust der CSU 52 und 32 Prozent<sup>288</sup>. Überraschend gut schnitt die Bayernpartei mit fast 14 Prozent der Stimmen auch in der Stadt Ansbach ab, wo sich offensichtlich viele Beamte und ehemalige Soldaten der bayerischen Renommierregimenter für die Wahlslogans „Bayern den Bayern“ und „Ein selbständiges Bayern in einem deutschen Reich“ begeistern konnten<sup>289</sup>.

Auf bürgerlicher Seite herrschte nach der Wahl Zufriedenheit, weil sich das eigene Lager wieder zu stabilisieren schien. Viele durch den Zusammenbruch des NS-Regimes verunsicherte bürgerliche und bäuerliche Kreise, die 1946 den Urnen ferngeblieben waren oder auf die SPD gesetzt hatten, schienen sich nun anders besonnen zu haben. Sie wählten CSU, FDP oder WAV, die sicherlich auch aus dem Heer der 1946 von der Wahl Ausgeschlossenen Zulauf erhielten. Insgesamt nahm die Wahlbeteiligung in bürgerlich-konservativen Gegenden beträchtlich zu, während sie im Arbeitermilieu stagnierte oder sogar abnahm<sup>290</sup>.

Wahlbeteiligung	1946	1949
Stadt Ansbach	66,6	77,8
Landkreis Ansbach	71,9	79,7
Stadt Fürth	82,5	81,7
Landkreis Fürth	76,5	84,7

<sup>288</sup> Vgl. Anm. 202 und 285; Die erste Bundestagswahl in Bayern am 14. August 1949. Heft 150 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 94 f.

<sup>289</sup> Eschenburg, Jahre der Besatzung, S. 526; Fürther Nachrichten vom 13. Juli 1949.

<sup>290</sup> Vgl. dazu die entsprechenden Ausgaben der Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes der Jahre 1924 bis 1933. Vgl. auch Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, S. 340 f. und Die erste Bundestagswahl in Bayern am 14. August 1949. Heft 150 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 36 und 40.

Die gewaltigen Verluste der CSU, der Zulauf für die FDP und der Aufstieg der WAV – dies waren im wesentlichen Umschichtungsprozesse innerhalb des gestärkten bürgerlichen Lagers. Nachdenklich mußte freilich stimmen, daß nun – in stärkerem Maße als 1946 – Teile der Mittelschichten und der bäuerlichen Landbevölkerung sowie ein beträchtlicher Teil der Flüchtlinge anfällig waren für antidemokratische Experimente, wie sie die WAV verhielt. Wenn eine spürbare wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung weiter auf sich warten ließ, mußte eine weitere Radikalisierung befürchtet werden. Die Linksparteien, die 1946 von der geringeren Wahlbeteiligung profitiert hatten, mußten 1949 einige Bastionen, die sie drei Jahre zuvor erobert hatten, wieder abgeben. Insgesamt wurden sie – abgesehen von den stabilen Zugewinnen auf dem Lande – auf den Stand der Juli-Wahlen von 1932 zurückgeworfen.

Summe der Stimmenanteile von SPD und KPD in den Reichstagswahlen 1924, 1928, 1930, 1932 und 1933, der Landtagswahl von 1946 und der Bundestagswahl von 1949 in Prozent<sup>291</sup>:

	Ansbach-Stadt	Ansbach-Land	Fürth-Stadt	Fürth-Land	Bayern rechts des Rheins
1924	25,7	6,9	52,8	33,1	25,4
1928	30,1	6,1	56,0	36,2	27,4
1930	27,2	6,5	51,3	35,5	26,1
1932	25,7	5,1	49,2	29,0	25,1
1933	24,0	3,8	43,5	24,0	21,3
1946	42,3	19,2	56,5	48,6	34,7
1949	26,8	18,0	48,3	33,7	26,9

Die Wahlergebnisse von 1949 zeigen: Die in der Region um Ansbach und Fürth einst dominanten ländlich-protestantischen, proletarischen, katholischen und protestantisch-mittelständischen sozialmoralischen Milieus traten nach dem Ende der NS-Herrschaft wieder hervor. Allerdings hatte ihre Prägekraft etwas nachgelassen. Ehemalige kulturell und konfessionell homogene Regionen verloren im Zuge der Flüchtlings- und Vertriebenenzuwanderung ihre innere Homogenität. NS-Zeit und Krieg hatten die sozialdemokratische Arbeitersubkultur weitgehend aufgelöst und ihre Kraft der politisch-gesellschaftlichen Sozialisation reduziert. Zugleich wurden die früher für das politische Bewußtsein häufig ausschlaggebenden konfessionellen Bindungen der Bevölkerung auf dem Lande leicht abgeschwächt. Darüberhinaus war nach dem Krieg mit der CSU eine Partei entstanden, die den Brückenschlag zwischen Katholiken und Protestanten versuchte und allein schon durch ihre Existenz zur Überwindung der aus

<sup>291</sup> Ebenda.

dem Kaiserreich stammenden „politischen Segregierung der Konfessionen“<sup>292</sup> beitrug. Die alte Milieugesellschaft war also gleichsam in den Schmelztiegel geraten. Die Grenzen zwischen den früher klar getrennten Milieus wurden durchlässiger. Das wiederum eröffnete den politischen Parteien größere Chancen als in der Weimarer Zeit, gesellschaftliche Gruppen, die nicht dem eigenen Milieu angehörten, anzusprechen und zu integrieren.

<sup>292</sup> Vgl. M. Rainer Lepsius, Die Bundesrepublik Deutschland in der Kontinuität und Diskontinuität historischer Entwicklungen: Einige methodische Überlegungen, in: Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1983, S. 12; vgl. auch in ebenda den Beitrag von Josef Mooser, Abschied von der „Proletarität“. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, S. 143–186.